

- **Wie Österreich durch die Krise kam und was nun zu tun ist**
- **Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich.**
Prognose für 2021 bis 2023
- **Unternehmen wollen Investitionen 2022 ausweiten.** Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2021
- **Steuerreform 2022/2024 – Sektorale Effekte**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA • **Technische
Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2022

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



95. Jahrgang, Heft 1/2022

3-14 ■ **Wie Österreich durch die Krise kam und was nun zu tun ist**

Gabriel Felbermayr

Die österreichische Wirtschaftspolitik stand in den letzten beiden Jahren im Zeichen der COVID-19-Krise. Im internationalen Vergleich liegt Österreich im Mittelfeld, was die Pandemiebewältigung betrifft. Dies gilt sowohl mit Blick auf die Übersterblichkeit als auch auf die wirtschaftlichen Einbußen. Trotz der derzeit erneut angespannten Infektionslage muss die wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit wieder verstärkt auf die langfristig wohlstandsrelevanten strukturellen Themen gerichtet werden. Der vorliegende Beitrag beleuchtet schlaglichtartig einige Aspekte der COVID-19-Krise und stellt Überlegungen zur Transformation des Energiesystems und zur Reform der Arbeitsmarktinstitutionen an. Die proaktive Gestaltung beider Politikfelder wird für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft des Landes entscheidend sein.

How Austria Got Through the Crisis and What to be Done Now

15-28 ■ **Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich. Prognose für 2021 bis 2023**

Stefan Ederer, Stefan Schiman

Die kräftige Konjunkturerholung in Österreich im Frühjahr und Sommer 2021 wird im 2. Halbjahr durch den neuerlichen Lockdown, anhaltende Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise gebremst. 2022 dürfte sich die Wirtschaft nach der Aufhebung der Einschränkungen rasch wieder erholen. Aufgrund der schrittweisen Auflösung der Hemmnisse wird für das Gesamtjahr 2022 ein kräftiges Wachstum erwartet. 2023 schwenkt die österreichische Wirtschaft dann auf einen moderaten Wachstumskurs ein. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich im Prognosezeitraum günstig. Die Inflation wird auch 2022 hoch bleiben.

New Lockdown Delays Economic Recovery in Austria. Economic Outlook for 2021 to 2023

29 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

31-39 ■ **Unternehmen wollen Investitionen 2022 ausweiten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2021**

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung lassen für 2022 eine breit getragene Ausweitung der Investitionen erwarten. Dieses Investitionswachstum dürfte vor allem von Unternehmen in den Branchen Information und Kommunikation, Verkehr und Lagerei, den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen getragen werden. Großbetriebe dürften ihre Investitionen dabei stärker ausweiten als kleine und mittlere Unternehmen. Die Investitionstätigkeit wird vor allem durch die Nachfrage und technologische Entwicklungen getrieben. Am häufigsten werden Ersatzinvestitionen als Investitionsziel genannt, wobei 2022 Kapazitätserweiterungen an Bedeutung gewinnen dürften. Für Österreichs Gesamtwirtschaft rechnet das WIFO für 2022 mit einem realen Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen um 4,0%.

Expansion of Corporate Investment in 2022. Results of the WIFO Autumn 2021 Investment Survey

41-54 ■ **Steuerreform 2022/2024 – Sektorale Effekte**

Gerhard Streicher, Claudia Kettner-Marx

Der vorliegende Beitrag präsentiert die Ergebnisse einer Ex-ante-Schätzung der langfristigen Auswirkungen der Steuerreform 2022/2024. Der Fokus liegt auf den Wirkungen auf Branchenebene. Ausgangspunkt der Schätzung ist ein Reformumfang im Vollausbau (ab 2025) von 5,6 Mrd. € pro Jahr. Er ergibt sich aus einer Senkung der Abgaben für Unternehmen und private Haushalte um 7,3 Mrd. € p. a. (einschließlich Klimabonus), der jährlich 1,7 Mrd. € an Mehreinnahmen aus der CO₂-Bepreisung gegenüberstehen. Die langfristigen Schätzungen mit dem globalen Input-Output-Modell ADAGIO ergeben eine expansive Wirkung der Reform im Ausmaß von rund 0,8% des BIP; die Beschäftigung ist langfristig um 0,6% höher als im Basisszenario ohne Steuerreform. Die Struktur der Reform impliziert für energieintensive Sektoren einen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und an Produktionswert. Dienstleistungen, insbesondere konsumnahe Branchen, profitieren dagegen tendenziell von der Steuerreform. Einer der Hauptgründe für diese sektoral unterschiedlichen Effekte ist die Einführung der CO₂-Bepreisung für bisher nicht vom EU-ETS erfasste Sektoren (Preis ab 2025: 55 € je t CO₂). Diese führt gemäß der Modellschätzung zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen CO₂-Emissionen um knapp 5% – dies ist zwar eine spürbare Reduktion, leistet jedoch nur einen moderaten Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

Tax Reform 2022-2024 – Sectoral Effects

55-67 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Economic Indicators

Wie Österreich durch die Krise kam und was nun zu tun ist

Gabriel Felbermayr

Wie Österreich durch die Krise kam und was nun zu tun ist

Die österreichische Wirtschaftspolitik stand in den letzten beiden Jahren im Zeichen der COVID-19-Krise. Im internationalen Vergleich liegt Österreich im Mittelfeld, was die Pandemiebewältigung betrifft. Dies gilt sowohl mit Blick auf die Übersterblichkeit als auch auf die wirtschaftlichen Einbußen. Trotz der derzeit erneut angespannten Infektionslage muss die wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit wieder verstärkt auf die langfristig wohlstandsrelevanten strukturellen Themen gerichtet werden. Der vorliegende Beitrag beleuchtet schlaglichtartig einige Aspekte der COVID-19-Krise und stellt Überlegungen zur Transformation des Energiesystems und zur Reform der Arbeitsmarktinstitutionen an. Die proaktive Gestaltung beider Politikfelder wird für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft des Landes entscheidend sein.

JEL-Codes: E60, F40, H12, J08 • **Keywords:** Österreichische Wirtschaftspolitik, COVID-19-Krise, Arbeitsmarktreformen, Energiesystem

Begutachtung: Hans Pitlik • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 21. 1. 2022

Kontakt: Gabriel Felbermayr (gabriel.felbermayr@wifo.ac.at)

How Austria Got Through the Crisis and What to be Done Now

Economic policy in Austria in the last two years has been dominated by the COVID-19 crisis. In international comparison, Austria ranks only average as far as its pandemic response is concerned, both in terms of excess mortality and economic losses. Despite the current acute infection situation, economic policy must once again focus on structural issues that are decisive for long-term prosperity. This article highlights some aspects of the COVID-19 crisis and offers some thoughts on the transformation of the energy system and the reform of labour market institutions. The proactive design of both policy areas will be crucial for the country's successful economic future.

Die österreichische Wirtschaftspolitik stand in den letzten beiden Jahren im Zeichen der COVID-19-Krise. Nun aber gilt es, den Blick auf die anstehenden transformativen Aufgaben zu richten.

Dieser Beitrag beleuchtet schlaglichtartig einige Aspekte der Krise und stellt Überlegungen zur Transformation des Energiesystems und zur Reform der Arbeitsmarktinstitutionen an. Die proaktive Gestaltung beider Politikfelder wird für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft des Landes wichtig sein.

1. Eine Krise ganz anderer Art

Seit nunmehr zwei Jahren wütet die COVID-19-Pandemie. Mittlerweile gab es in Österreich mehr als 1,5 Mio. nachgewiesene COVID-19-Infektionen; 14.000 Menschen sind der Krankheit erlegen. Vier Wellen liegen bereits hinter uns; eine fünfte ist gerade im Gange. Abbildung 1 zeigt auf der rechten Achse die Hospitalisierungsrate – die Anzahl der an COVID-19 erkrankten Personen in Krankenhausbehandlung je Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Diese Kurve zeichnet das relevante Pandemiegeschehen nach. Je höher die Rate, umso wahrscheinlicher ist eine Überlastung des Gesundheitssystems. Es liegt nahe, die Dynamik als **Achterbahnfahrt** zu beschreiben.

Die Grauschattierung in Abbildung 1 spiegelt die Intensität der Lockdown-Maßnahmen wider. Hier ist es wichtig, daran zu erinnern, dass trotz des allgemeinen Unmuts über die behördlichen Einschränkungen ihre wirtschaftlichen Folgen sehr ungleich verteilt sind. Man kann sagen, dass dies ein wesentliches Merkmal der COVID-19-Krise ist. Einige wenige Branchen verlieren immer wieder massiv an Umsatz und Wertschöpfung, sei es durch behördliche Auflagen, sei es durch freiwillige Verhaltensänderungen der Kundinnen und Kunden. Andere Wirtschaftsbereiche bleiben aber ziemlich ungeschoren, oder gehen sogar mit Umsatzzuwächsen durch die Krise. Ein solch **zweigespaltenes**

Die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise verteilen sich sehr ungleich auf die Branchen. Ein derart zweigespaltenes Konjunkturgeschehen war in früheren Krisen nicht beobachtbar.

Konjunkturgeschehen ist in normalen Wirtschaftskrisen nicht beobachtbar. Der Princeton-Ökonom Markus Brunnermeier (Brunnermeier, 2021) spricht in diesem Zusammenhang von einer *K*-Rezession.

In Österreich trugen vergleichsweise großzügige staatliche Hilfen dazu bei, die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzumildern und Insolvenzen zu verhindern.

Die verschiedenen COVID-19-Hilfsmaßnahmen sollten systematisch auf ihre Wirksamkeit, Treffsicherheit und Kosten hin evaluiert werden, um für kommende Krisen gerüstet zu sein.

Die Korrelation zwischen dem Infektionsgeschehen und den wirtschaftlichen Einbußen hat im Zeitverlauf abgenommen. Die wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit muss wieder verstärkt langfristigen strukturellen Problemen gelten.

Die COVID-19-Krise ist anders. Ihr **interruptiver Charakter** zeigt an, dass staatliche Unternehmenshilfen und die Zahlung von Kurzarbeitsgeld in den am stärksten betroffenen Branchen zur Überbrückung temporärer Umsatz- und Ertragseinbußen bzw. zur Vermeidung von Entlassungen und Einkommenseinbußen sinnvoll sind. Österreich hat hier bisher vergleichsweise großzügig geholfen, was beispielsweise die OECD (2021) in ihrem letzten Länderbericht herausgearbeitet hat¹⁾. Auf diese Weise konnten Unternehmensinsolvenzen vermieden werden. Im Unterschied zu normalen Rezessionen meldeten in den Krisenjahren 2020 und 2021 sogar weniger Unternehmen Insolvenz an als 2019, und zwar quer über alle Branchen hinweg. Im III. Quartal 2021, nach dem Wegfall bestimmter Hilfsmaßnahmen und der Änderung bestimmter rechtlicher Rahmenbedingungen²⁾, kam es zwar zu einer Zunahme der Insolvenzen im Vergleich zum Vorjahr, nämlich konzentriert in den Krisenbranchen Beherbergung und Gastronomie, Lagerei und Verkehr sowie, deutlich schwächer, im Handel. Dennoch liegen auch hier die Zahlen noch unter dem Vorkrisenniveau. Neben den staatlichen Unternehmenshilfen wirkt sich auch die Tatsache positiv aus, dass Fremdkapital immer noch sehr günstig ist; insofern ist auch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank ein wichtiger Faktor für die Stabilisierung der Wirtschaft angesichts wiederholter Schließungen und anderer Beeinträchtigungen. Im Umkehrschluss könnte eine krisenbedingt ausgehöhlte Eigenkapitalbasis der Unternehmen bei einem Auslaufen der Hilfen und wieder steigenden Zinsen zu vermehrten Insolvenzen führen.

Das WIFO hat sich bereits häufig dafür ausgesprochen, die verschiedenen COVID-19-Hilfsmaßnahmen systematisch auf ihre Wirksamkeit, Treffsicherheit und Kosten hin zu evaluieren. Dazu sollte das Bundesministerium für Finanzen Evaluationsstudien in Auf-

trag geben und die notwendige Datenbasis zur Verfügung stellen. Die Hilfsinstrumente haben sich über die Zeit stark gewandelt, und es wäre gut, evidenzbasierte Einschätzungen ihrer Qualität für die nächste Krise zu haben³⁾.

Abbildung 1 zeigt auf der linken Achse, wie sehr sich die aggregierte wöchentliche wirtschaftliche Aktivität vom Durchschnittsniveau des Vorkrisenjahres 2019 unterscheidet. Mit der Ausnahme nur weniger Wochen im Sommer 2021 lag die Wirtschaftsleistung durchgängig unter dem Vorkrisenniveau. Die Abbildung legt vier Schlüsse nahe. Erstens, die Wirtschaftsleistung und das Infektionsgeschehen sind negativ miteinander korreliert. Zweitens, im Zeitablauf wird die Korrelation deutlich schwächer: während die erste COVID-19-Welle bei einer relativ geringen Krankheitslast den stärksten Wirtschaftseinbruch der Nachkriegsgeschichte verursacht hatte, brachten die folgenden Wellen alle eine viel stärkere Belastung des Gesundheitssystems bei schwächeren wirtschaftlichen Einbußen. Drittens, Phasen strenger Lockdowns sind mit einem Absinken der Wirtschaftsleistung verbunden. Aber, viertens, auch bei konstanten Regeln kann eine Veränderung des Infektionsgeschehens zu neuen wirtschaftlichen Kosten führen, wie sich im April 2021 zeigte.

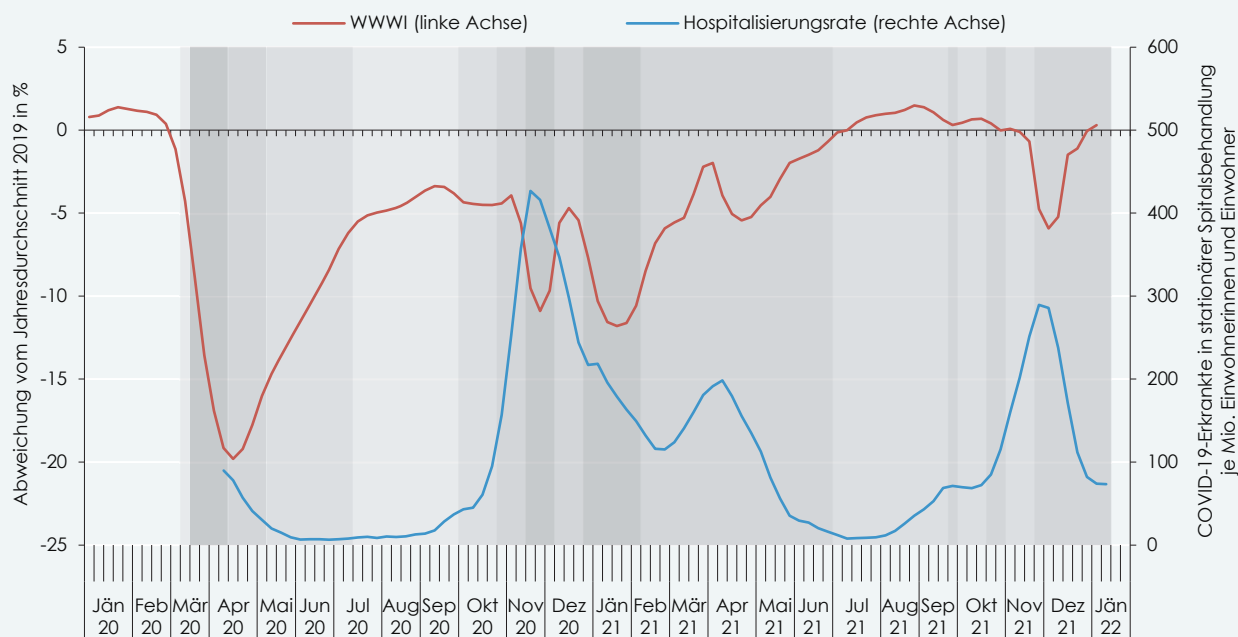
Die **abnehmende Korrelation** zwischen wirtschaftlichen Einbußen und Infektionsgeschehen hängt einerseits mit Lerneffekten in den betroffenen Branchen, in der Administration der Wirtschaftshilfen und im Verhalten der Bürgerinnen und Bürger zusammen, und andererseits mit der simplen Tatsache, dass der Immunisierungsgrad der Bevölkerung steigt, ob durch Impfungen oder durch überstandene Infektionen. Es ist davon auszugehen, dass diese Dynamik bestehen bleibt, und die Pandemie – trotz weiterhin großer Risiken – allmählich ihren Schrecken verliert, jedenfalls für die Gesamtwirtschaft. Trotz der aktuell wieder kritischen Situation kann die wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit daher verstärkt auf die langfristig wohlstandsrelevanten strukturellen Themen gerichtet werden.

¹⁾ Hier sei angemerkt, dass internationale Vergleiche schwierig sind, weil die Länder unterschiedlich stark öffentliche Garantien oder Haftungen eingegangen sind, deren finanzielle Auswirkungen für ihre Budgets noch nicht absehbar sind. In Österreich beliefen sich die tatsächlichen COVID-19-bezogenen Auszahlungen der öffentlichen Hand nach Angaben von Statistik Austria im Jahr 2020 auf 15,9 Mrd. € und 2021 (I. bis III. Quartal) auf 10,8 Mrd. €.

²⁾ Bis Ende Juni 2021 galt eine vorübergehende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und eine Erstreckung der Frist für Insolvenzanmeldungen wegen Zahlungsunfähigkeit von 60 auf 120 Tage. Somit wurden auch Unternehmen mit vorübergehenden Zahlungsschwierigkeiten vor dem Risiko der Haftung wegen Insolvenzverschleppung geschützt.

³⁾ Vgl. dazu auch Burton et al. (2021).

Abbildung 1: **Wirtschaftsaktivität und Hospitalisierungsrate in Österreich in der COVID-19-Pandemie**



Q: Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWVI), Hospitalisierungsrate: Our World in Data. Die Intensität der Grauschattierung zeigt die Stärke der Eindämmungsmaßnahmen gemäß Stringency Index der Universität Oxford, Blavatnik School of Government.

2. Internationaler Vergleich: Pandemiebewältigung in Österreich mittelmäßig erfolgreich

Bevor aber über Transformation und Reformen die Rede ist, drängt sich die Frage auf: Wie hat sich Österreich bisher im internationalen Vergleich geschlagen? Das ist zwar erst nach Ende der Pandemie abschließend zu beurteilen, doch bereits jetzt ist ein Blick auf die Übersterblichkeit und die seit Beginn der Krise akkumulierten Wachstumsverluste relativ zum hypothetischen Wachstumspfad ohne Pandemie interessant. Abbildung 2 zeigt beide Größen in einem Diagramm. Die Übersterblichkeit berücksichtigt einerseits, dass die Pandemie das Gesundheitssystem unter Stress setzt und die Behandlung anderer Krankheiten erschwert, und andererseits, dass die Maßnahmen zum Schutz vor COVID-19-Infektionen auch die Ausbreitung anderer ansteckender Krankheiten verhindern.

Im internationalen Vergleich hat Österreich die Pandemie bisher mittelmäßig bewältigt. Abbildung 2 zeigt, dass Österreich über alle bisherigen Wellen eine **kumulierte Übersterblichkeit von etwa 0,17% der Bevölkerung** zu beklagen hat. Damit befindet sich das Land in engster Nachbarschaft zu Belgien oder den Niederlanden. In Deutschland, der Schweiz, Schweden oder Frankreich liegt die Übersterblichkeit bisher allerdings um ein Drittel niedriger. Noch geringer ist sie in Finnland oder Norwegen, oder in ostasiatischen Ländern. In Australien, Neuseeland und Japan ist die Übersterblichkeit sogar negativ – die Eindämmungsmaßnahmen haben dort

mehr Leben gerettet, als das Virus gekostet hat.

Daneben gibt es aber eine Vielzahl an Ländern mit höheren Übersterblichkeitsraten als Österreich: Italien, das Vereinigte Königreich oder die USA sind hier zu nennen, oder auch alle ost- und südosteuropäischen Länder, für die Daten vorliegen.

Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie liegt **Österreich im Mittelfeld**, allerdings eher im unteren Bereich. Abbildung 2 zeigt auf der Ordinate den Unterschied im prognostizierten Wachstum des realen BIP (IV. Quartal 2021 gegenüber IV. Quartal 2019), wie er sich aus dem Vergleich der OECD-Prognosen von November 2019 (vor Ausbruch der Pandemie) und Dezember 2021 ergibt. Dieses Maß berücksichtigt, dass die Länder ohne Pandemie gewachsen wären, allerdings in unterschiedlicher Geschwindigkeit. Nach Prognose der OECD wäre das österreichische BIP Ende 2021 ohne COVID-19-Pandemie um etwa 2,8% höher gewesen als Ende 2019; tatsächlich ist es um 2,0% geringer. In Summe fehlen also fast 5 Prozentpunkte auf den ursprünglich angenommenen Wachstumspfad. Deutschland wäre nach OECD-Schätzung ohne COVID-19 um 1 Prozentpunkt langsamer gewachsen als Österreich und hat das IV. Quartal 2021 ohne Lockdown überstanden; daher beträgt die Wachstumslücke dort nur 2,1 Prozentpunkte.

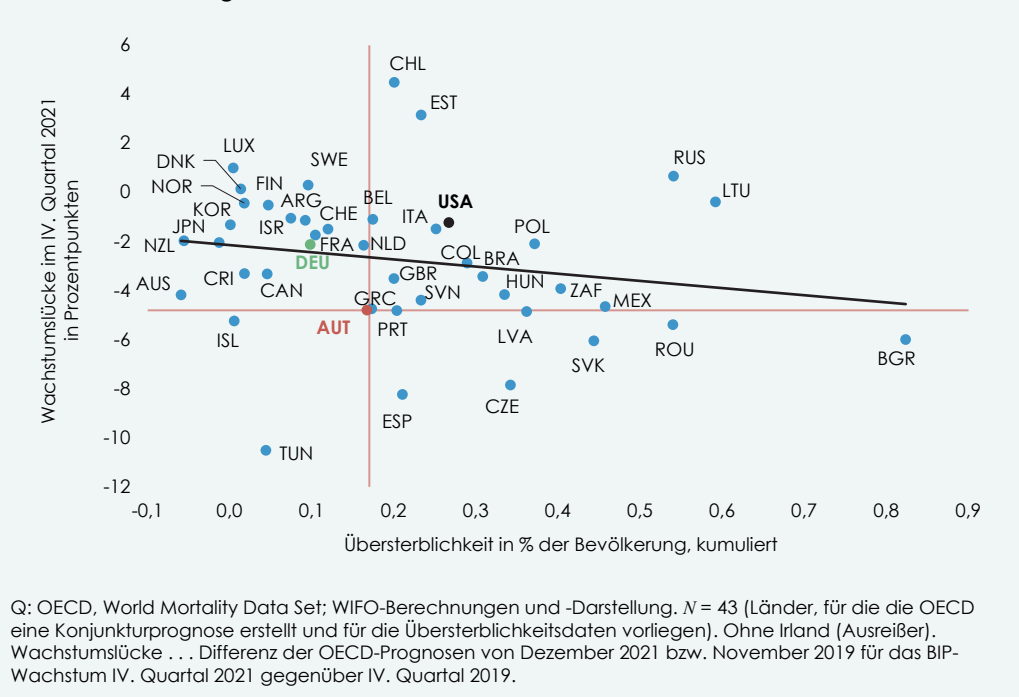
Im internationalen Vergleich hat Österreich die Pandemie bisher mittelmäßig bewältigt, sowohl mit Blick auf die Todesfälle als auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen.

Ohne Pandemie wäre das heimische BIP Ende 2021 um etwa 2,8% höher gewesen als 2019, tatsächlich ist es um 2% geringer. Die Lücke zum ursprünglich angenommenen Wachstumspfad beträgt also nahezu 5 Prozentpunkte.

Unter den 48 Ländern, zu denen die OECD regelmäßig Prognosen anstellt, ist das entfallene Wachstum in 11 Fällen größer als in Österreich, in 36 Fällen kleiner. In sieben Län-

dem ist das BIP aktuell sogar höher als im November 2019 prognostiziert – das liegt allerdings nicht nur an einer guten COVID-19-Politik.

Abbildung 2: **Wachstumsücke und Übersterblichkeit in der COVID-19-Pandemie im internationalen Vergleich**



Das WIFO rechnet für 2022 mit einer weiteren Erholung der Wirtschaft und einem BIP-Wachstum von 5% gegenüber dem Vorjahr.

Das britische Wochenmagazin "The Economist" verglich kürzlich 23 Länder hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Dabei finden sich die skandinavischen Länder an der Spitze der Rangtafel und **Österreich im unteren Drittel**⁴⁾. Bei all diesen Vergleichen gilt es zu beachten, dass die Zahlen eine hohe Volatilität aufweisen und Länder wie etwa Österreich, die durch die vierte Welle härter getroffen wurden, in den kommenden Monaten einen stärkeren Aufschwung erleben dürften.

schaft im Jahr 2022 (Ederer & Schiman, 2021). Ab dem Frühjahr sollte die Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau dauerhaft übersteigen und – getragen von einem starken Konsum – im Jahresdurchschnitt um etwa 5% über dem Jahr 2021 zu liegen kommen. Die Unsicherheit bleibt allerdings hoch; nicht nur wegen der direkten Einwirkungen der COVID-19-Pandemie, sondern auch wegen Risiken im verarbeitenden Gewerbe. Der Finanzpolitik sei geraten, die Erholung nicht durch eine überstürzte Budgetkonsolidierung zu gefährden.

Das WIFO rechnet trotz der aktuellen Eintrübung mit einer weiteren Erholung der Wirt-

3. Industrie: Stagnation nach kräftiger Erholung

Die Industrie wurde von der COVID-19-Krise nur vergleichsweise schwach getroffen und erholte sich überraschend schnell. Sie steht im Mittelpunkt der anstehenden Transformation des Energiesystems.

Der Industriesektor ist für die konjunkturelle Entwicklung von besonderer Relevanz, weil er traditionell eine höhere Volatilität aufweist und eine zentrale Stellung im nationalen Wertschöpfungsnetzwerk innehat. Der Sektor ist in der COVID-19-Krise von direkten gesundheitspolitischen Maßnahmen nur wenig betroffen, steht aber im Zentrum der anstehenden Transformation des Energiesystems.

engpässen. In der Tat war es der Mangel an Vorprodukten aus China und Norditalien, der zu Beginn der Pandemie die europäische Industrieproduktion am stärksten gedämpft hatte. Danach kam es aber zu einer globalen Erholung, die überraschend schnell verlief. Sowohl der weltweite Güterhandel als auch die Industrieproduktion entwickelten sich V-förmig. Schon im November 2020 übertraf der Mengenindex des Welthandels sein Vorkrisenniveau; die Industrieproduktion entwickelte sich synchron dazu. Im März

Aktuell wird die Industrie von anderen Problemen gebeutelt, allen voran von **Material-**

⁴⁾ The Economist (2021, 26. Dezember). Winners and losers. Which economies have done best and worst during the pandemic?. <https://www.economist.com/>

[finance-and-economics/which-economies-have-done-best-and-worst-during-the-pandemic/21806917](https://www.wifo.at/finance-and-economics/which-economies-have-done-best-and-worst-during-the-pandemic/21806917).

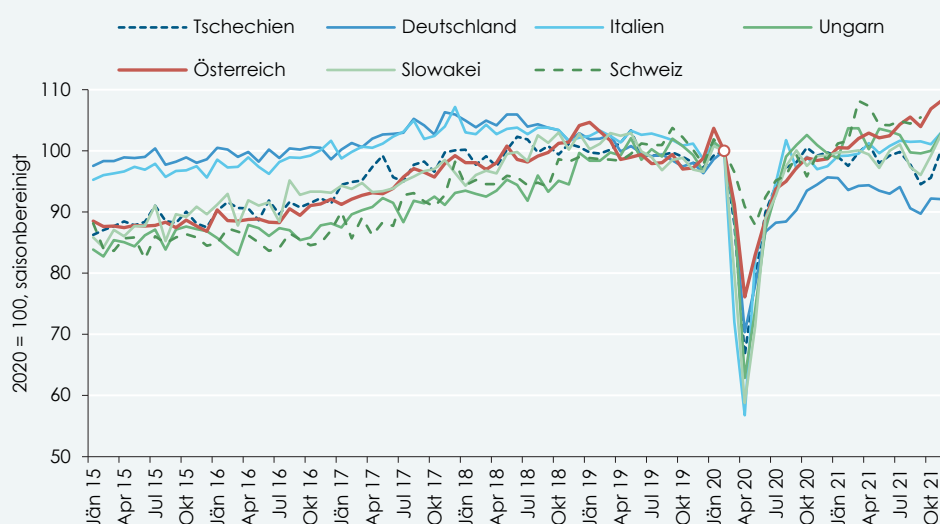
2021 lag der Welthandel um 6% über dem Vorkrisenniveau, die globale Industrieproduktion um 2,5%. Seither stagnieren beide Indizes allerdings. Der Grund sind erneut Materialengpässe und Knappheiten, u. a. in der maritimen Logistik.

Für Österreich jedenfalls ist ermutigend, dass der industrielle Kern der Volkswirtschaft trotz aller Probleme in guter Verfassung zu sein scheint. Das zeigt die Entwicklung der Industrieproduktion im Vergleich mit den Nachbarländern (Abbildung 3). In Österreich war die Produktion in den ersten Monaten der Pandemie stark eingebrochen, hat sich dann aber überraschend schnell wieder erholt. Das gilt zwar auch für die Nachbarländer,

für den Euro-Raum und den globalen Durchschnitt. In Österreich setzte sich die Erholung aber fort: der Index der Industrieproduktion lag im Durchschnitt der drei letztverfügbaren Monate um knapp 3% über dem Vorkrisenniveau, im Euro-Raum dagegen um fast 1,5% darunter. Vor allem die Schwergewichte Deutschland und Frankreich sind für diese Entwicklung verantwortlich; in Italien liegt die Industrieproduktion hingegen über dem Vorkrisenniveau. In neun EU-Ländern hat sich die Industrieproduktion seit Krisenbeginn günstiger entwickelt als in Österreich, in 16 schwächer. Österreich zählt hier also zum **oberen Mittelfeld**. Deutschland hingegen bildet das Schlusslicht.

Der industrielle Kern der heimischen Volkswirtschaft scheint in guter Verfassung zu sein. Die deutsche Industrieschwäche bestand bereits vor der COVID-19-Krise.

Abbildung 3: **Industrieproduktion in Österreich und seinen Nachbarländern**



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen und -Darstellung.

Drei Gründe sind für die deutsche Industrieschwäche relevant: erstens ist die Industrieproduktion in Deutschland stark auf die Automobil- und Maschinenbausektoren konzentriert, in dem der Mangel an Material, allen voran an Mikrochips, eine besonders starke Beeinträchtigung darstellt; zweitens übernimmt die deutsche Industrie in der Wertschöpfungskette häufig die Endfertigung, wo sich Lieferprobleme, die entlang der ganzen Kette auftreten, zwangsläufig kumulieren; und schließlich spezialisiert sich Deutschland auf die teuersten und technisch anspruchsvollsten Produkte, was ebenfalls die Probleme verstärkt. Aber die ausgeprägte Schwäche des deutschen Industriestandorts ist älter als die COVID-19-Krise. Die Industrieproduktion in Deutschland ist bereits seit Ende 2017 rückläufig. Österreich konnte sich diesem Trend anfangs entziehen; das Jahr 2019 war aber auch hierzulande bereits

schwierig. Von der Belebung der Nachfrage nach der Akutphase der Krise konnte Österreich aber deutlich stärker profitieren als Deutschland und andere Nachbarländer mit Ausnahme der Schweiz.

Weil die österreichische Volkswirtschaft so eng mit der deutschen verbunden ist, stellt sich die Frage nach der zukünftigen **Entwicklung in Deutschland**. Hier ist bemerkenswert, wie sehr sich die Statistik der Auftragseingänge von der Produktionsstatistik entkoppelt hat. Eine Bewältigung der Engpässe in der deutschen Industrie kann daher zu einer starken Expansion führen, die die österreichische Volkswirtschaft mitreißt⁵⁾. Ob die deutsche Industriekonjunktur auch dauerhafte Wachstumsimpulse für Österreich liefert, ist indes fraglich, solange die Standortprobleme in Deutschland nicht gelöst werden. Die neue Ampelkoalition hat Widersprüch-

Von einer kräftigen Ausweitung der deutschen Industrieproduktion würde auch Österreich profitieren. Solange die Standortprobleme in Deutschland nicht gelöst sind, sind von dort jedoch keine dauerhaften Wachstumsimpulse zu erwarten.

⁵⁾ Zu aktuellen Zahlen und Trends in den bilateralen, deutsch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen siehe Felbermayr et al. (2020).

liches im Programm: einerseits soll es einen Investitionsschub geben, andererseits lasten hohe Energiepreise, hohe Steuern, recht-

liche Unsicherheiten und der Fachkräftemangel auf der Dynamik.

4. Hohe Preise

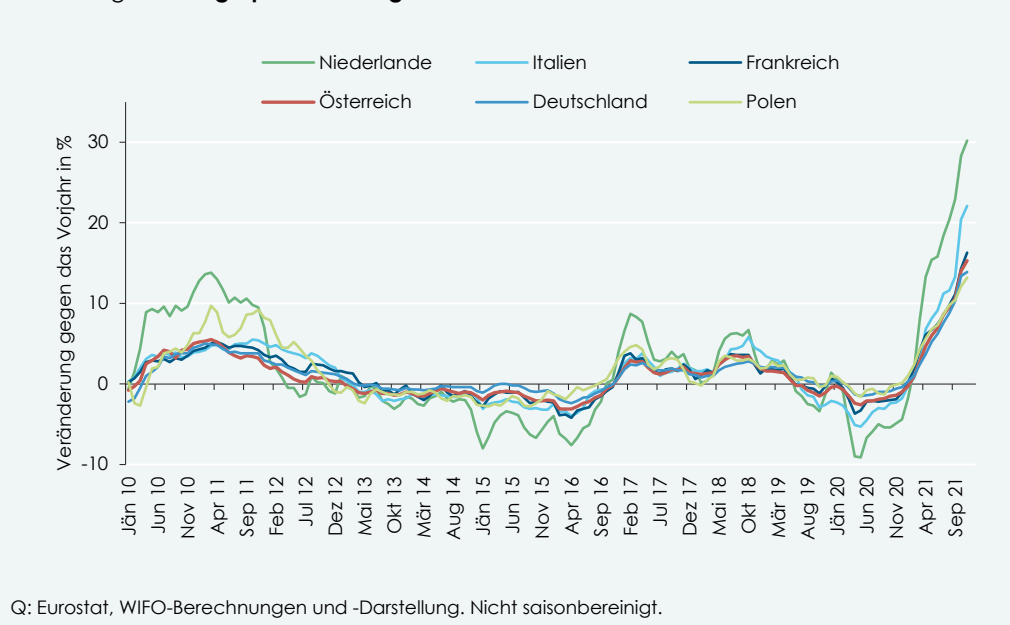
Die hohen Erzeugerpreise dürften in den nächsten Monaten wenigstens teilweise an die Endverbraucherinnen und Endverbraucher weitergegeben werden.

Hohe Preise sind in der Tat ein zunehmendes Problem. Abbildung 4 zeigt die Wachstumsraten der Erzeugerpreise in der Industrie. Im November 2021 waren die Preise für Industrieerzeugnisse in Österreich um 15,3% höher als im Vorjahr – die kräftigste Teuerung seit Beginn der Zeitreihe. Vor allem Energie und Vorprodukte aus Metall trieben den Index nach oben. In Deutschland und Polen war die Teuerung zuletzt etwas schwächer (+13,9% bzw. +13,2%), in Frankreich (+16,3%) dagegen leicht, in Italien (+22,1%) und den Niederlanden (+30,2%) deutlich stärker als in Österreich. Die Dynamik ist im Wesentlichen importiert – österreichische Produzenten bezahlen deutlich mehr für Rohstoffe und Vorprodukte; die Bedeutung importierter Inflation scheint aber in anderen Ländern stärker ausgeprägt zu sein.

Es scheint unvermeidlich, dass die hohen Erzeugerpreise in den nächsten Monaten wenigstens teilweise an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden. Das heißt, selbst wenn die Energiepreise nicht weiter steigen sollten, droht eine

Steigerung der Verbraucherpreise. Daher rechnet das WIFO für 2022 mit einer **Inflationsrate** von 3,3% im Jahresdurchschnitt und ist damit etwas pessimistischer als die OeNB oder das Institut für Höhere Studien. Die Preissteigerungsraten werden aber sehr ungleich über die verschiedenen Produkt- und Dienstleistungskategorien verteilt sein. Private Haushalte mit unterschiedlichen Warenkörben werden daher unterschiedlich stark betroffen sein. In diesem Zusammenhang wäre es sehr wünschenswert, wenn die öffentliche Statistik Inflationsraten nach Einkommens-, Beschäftigungs- und Altersgruppen ausweisen würde. Nur so kann gut abgeschätzt werden, wie die höheren Preise das **Armutsrisiko** in Österreich verändern. Jedenfalls ist abzusehen, dass die steigenden Preise zunehmend auch ein sozialpolitisch brisantes Thema werden. Daher ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung den Großteil der Einnahmen aus der neuen CO₂-Bepreisung in den Bereichen Verkehr und Wohnen in Form eines pauschalen Klimabonus an die Bevölkerung zurückgeben wird.

Abbildung 4: Erzeugerpreise in ausgewählten EU-Ländern



Die hohen Energiepreise reduzieren vor allem die Kaufkraft der sozial Schwächsten. Einkommensschwache Haushalte sollten durch eine Einmalzahlung unterstützt werden.

Auch abseits der ökosozialen Steuerreform hat die aktuell hohe Inflation wichtige sozialpolitische Implikationen. Die hohen Energiepreise reduzieren vor allem die Kaufkraft der sozial Schwächsten, die höhere Anteile ihres Einkommens für die Beheizung ihrer Wohnungen ausgeben. Dazu liegt zwar für Österreich keine rezente Evidenz vor; Daten aus anderen Ländern geben allerdings klare

Hinweise darauf (Joyce et al., 2022, für das Vereinigte Königreich). Die Politik sollte nicht der Versuchung erliegen, durch die Festsetzung von Höchstpreisen oder Preiskontrollen einzugreifen, weil dies das Marktgeschehen massiv verzerren würde; sie sollte auch nicht zu einer Absenkung der Mehrwertsteuer für besonders durch Teuerung betroffene Güter greifen, weil dies wenig treffsicher wäre.

Stattdessen ist zu empfehlen, den verwundbarsten Haushalten eine einmalige finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen⁶⁾.

Gleichzeitig sollten sich die privaten Haushalte, die Unternehmen und der öffentliche Sektor darauf einstellen, dass die Inflationsraten vermutlich auch langfristig nicht mehr so niedrig sein werden wie vor der COVID-19-Krise. Die Europäische Zentralbank selbst hat ihr asymmetrisches Inflationsziel von "unter aber nahe 2%" auf ein symmetrisches Ziel von 2% angehoben. Dazu kommen

realwirtschaftliche Trends wie ein schwächeres Wachstum des globalen Arbeitskräfteangebotes, neue Barrieren im internationalen Handel oder ein Anstieg der Energiepreise im Zuge der Dekarbonisierung des Energiesektors, der auf ein weiterhin expansives geldpolitisches Umfeld und eine expansive Fiskalpolitik stößt. In den USA bahnt sich zwar eine restriktivere Geldpolitik an; der Euro-Raum ist noch nicht so weit, und fiskalpolitisch überwiegen hier aufgrund der Investitionsprogramme im Zuge der Klimapolitik die expansiven Impulse.

Die Inflation dürfte auch langfristig nicht mehr auf das Vorkrisenniveau sinken.

5. Investitionen als Schlüssel zur Bewältigung von Transformationsprozessen

Österreich, Europa und die Welt haben mit parallel verlaufenden Herausforderungen zu kämpfen, die eine fundamentale Anpassung des Wirtschaftssystems erfordern. Erstens erfordert der **Klimawandel** eine international abgestimmte und ambitionierte Reduktion der Treibhausgasemissionen, und zwar – nach langen Jahren des Stillstandes – in sehr kurzer Zeit. Zweitens geht nach vielen Jahrzehnten das **Wachstum der Erwerbsbevölkerung** zu Ende, sowohl in Österreich als auch in der europäischen Nachbarschaft. Das bedeutet, dass man grundsätzlich neu über die Arbeitsmarktinstitutionen nachdenken muss (mehr dazu in Kapitel 6). Und drittens ist das Tempo des **technologischen Wandels** sehr hoch, was einerseits Chancen für eine beschleunigte Wohlstandsschaffung mit sich bringt, andererseits aber auch das Risiko birgt, international abgehängt zu werden. Hier ist mit Besorgnis zu beobachten, dass Menschen in Österreich im EU-Vergleich wenig Interesse an Wissenschaft und Technologie zeigen und auffallend häufig Forschungsergebnisse anzweifeln, über die wissenschaftlicher Konsens besteht (siehe dazu die Ergebnisse des Special Eurobarometer 516).

Die österreichische Bundesregierung hat mit der **ökosozialen Steuerreform** die Weichen für einen klimagerechten Umbau der österreichischen Volkswirtschaft gestellt, wenngleich das WIFO den wenig ambitionierten Preispfad für CO₂ kritisierte (Kettner-Marx et al., 2021), der erst allmählich eine gewisse Lenkungswirkung entfalten dürfte. Auch auf europäischer Ebene sind die Vorgaben nun klar. Dasselbe gilt, mit besonderer Ambition, auch in Deutschland. In anderen Kontinenten wird die Wirtschaftspolitik immer stärker auf das Klimaschutzziel ausgerichtet. In China wurde gemessen am abgedeckten Emissionsvolumen der größte Emissionshandel der Welt eröffnet, auch wenn die abgerufenen Preise noch niedrig sind. Außerdem setzt die chinesische Führung massiv auf

batterieelektrische Mobilität. In den USA ist die Situation weniger eindeutig; doch dort kann die Abkehr von fossilen Brennstoffen sehr schnell und konsequent erfolgen, wenn es sich betriebswirtschaftlich rechnet. Die Frage ist daher weniger, ob die weltweite Transformation des Energiesystems kommen wird, sondern wie schnell sie erfolgen kann, zu welchen Kosten, und wer dabei Technologieführerschaft einnehmen kann. Klar ist, dass es jedenfalls massive Investitionen braucht, beispielsweise in den Ausbau erneuerbarer Energieträger sowie die Stromnetze im In- und Ausland. Klar ist auch, dass diese Investitionen vor allem aus dem privaten Sektor kommen müssen. In Österreich stammen etwa 20% der gesamten Investitionen aus dem staatlichen, 80% aus dem privaten Bereich. Die Politik muss Sorge tragen, dass die Anreize für privatwirtschaftliche Investitionen hoch sind. Dafür sind u. a. eine ambitionierte CO₂-Bepreisung, komplementäre Investitionen in die öffentlichen Netze und eine investitionsfreundliche Standortpolitik erforderlich.

Neben der Energiewende wird es in den nächsten Jahren in vielen Volkswirtschaften um die Bewältigung der **Alterung der Bevölkerung** gehen. Ein Anstieg der Lebenserwartung und niedrige Geburtenraten führen in den meisten EU-Ländern zu einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung. Dies wird sich auf den Arbeitsmärkten und in den sozialen Sicherungssystemen bemerkbar machen. Schon jetzt ist in Österreich die Anzahl der offenen Stellen gemessen an der Erwerbsbevölkerung so hoch wie zuletzt in den 1970er-Jahren; allerdings verfestigt sich auch die Langzeitarbeitslosigkeit auf hohem Niveau. In den nächsten Jahren muss es daher gelingen, durch den Abbau der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit Arbeitskräfte zu aktivieren; dazu wird es Maßnahmen zur weiteren Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, (qualifizierte) Zuwanderung und eine Erhöhung des

Zu den wichtigsten internationalen Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik zählen derzeit der Klimawandel, die Alterung und der technologische Wandel.

Die Transformation der Wirtschaft erfordert massive Investitionen, die vor allem aus dem privaten Sektor kommen müssen. Die Politik muss dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Angesichts der Alterung der Erwerbsbevölkerung muss die sinkende Zahl an Arbeitskräften mit besserem Humankapital ausgestattet werden.

⁶⁾ Die Bundesregierung plant eine Aufstockung des bereits beschlossenen Teuerungsausgleichs für sozial Bedürftige um weitere 150 € sowie eine Einmalzahlung

von 150 € für Personen mit Einkommen unter der Höchstbeitragsgrundlage.

durchschnittlichen faktischen Pensionsantrittsalters brauchen. Vor allem aber muss das Ziel lauten, die sinkende Zahl an Arbeitskräften mit besserem Humankapital auszustatten und dieses regelmäßig durch Weiterbildung zu erneuern. Hier braucht es dringend Vorschläge und politische Ambition in der Umsetzung.

Die anstehenden Herausforderungen der Transformation lassen sich nur durch Produktivitätswachstum bewältigen, das seinerseits nur durch Investitionen erzielt werden kann.

Ganz allgemein lässt sich sagen, dass sowohl die Energiewende als auch die demografischen Veränderungen nur durch **Produktivitätswachstum** bewältigt werden können – es gilt, mit geringerem Einsatz von Ressourcen und Arbeitskraft den breiten Wohlstand und damit den sozialen Frieden zu bewahren. Der technologische Wandel wird hierfür Möglichkeiten eröffnen. Doch sollte klar sein, dass nur durch Investitionen wirklich Produktivitätswachstum erzielt werden kann. Daher

ist die beste Transformationspolitik eine, die (privatwirtschaftliche) **Investitionen** erleichtert. Dies erfordert attraktive und verlässliche steuerliche Rahmenbedingungen. Dazu braucht es ein verlässliches Marktdesign, wie z. B. einen modernisierten und ausgedehnten Emissionshandel, um Kostenwahrheit herzustellen und damit die richtigen Investitionsanreize zu setzen. Schließlich ist es zentral, alle Vorhaben von vornherein europäisch zu denken. So muss eine Vertiefung der europäischen Kapitalmarktunion und die Verwirklichung eines adäquaten europäischen Strommarktdesigns auf die Agenda. Eine politische Mikrosteuerung der Energiewende, z. B. durch die Taxonomieverordnung der EU, ist hingegen problematisch, weil damit Lobbyismus Tür und Tor geöffnet wird und die volkswirtschaftlichen Kosten steigen (siehe dazu Felbermayr, 2022).

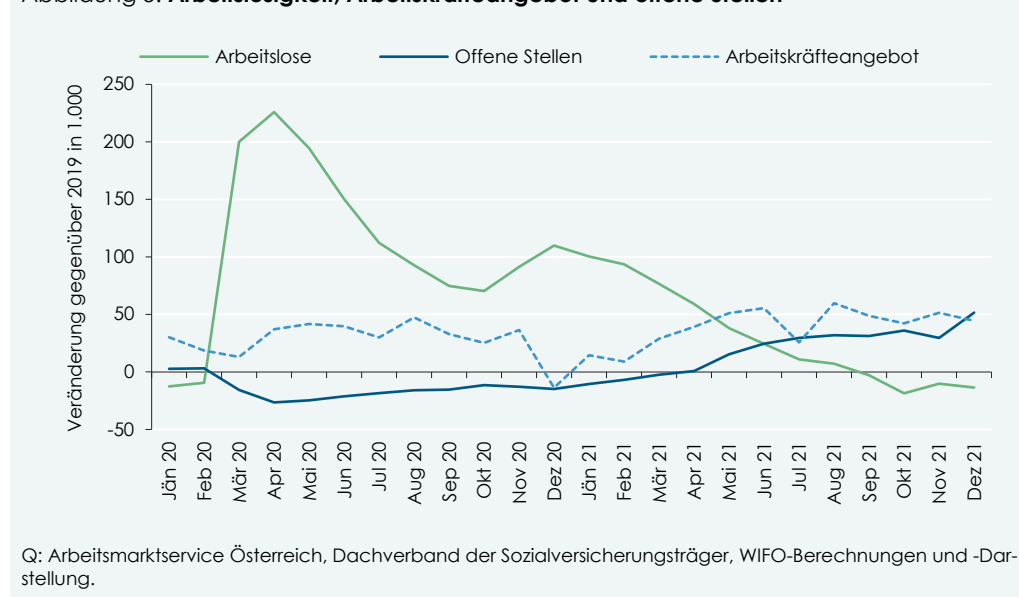
6. Elemente einer Arbeitsmarktreform

Die rasche Erholung auf dem Arbeitsmarkt war eine der größten Überraschungen im Jahr 2021, darf aber nicht über Strukturprobleme hinwegtäuschen.

In der COVID-19-Krise geriet der österreichische Arbeitsmarkt massiv unter Druck. Obwohl das Instrument der Kurzarbeit stark eingesetzt wurde, stieg die Arbeitslosigkeit dramatisch an. Im April 2020 gab es in Österreich mehr als 520.000 Arbeitslose, fast 230.000 mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres (Abbildung 5). Dazu kamen Personen in Schulung. Seither hat sich die Zahl der Arbeitssuchenden aber stetig verringert, von einer kurzen Unterbrechung in den Wintermonaten 2020/21 abgesehen. Im Dezember

2021 lag die Zahl der Arbeitslosen trotz des neuerlichen Lockdown um etwa 14.000 unter dem Vorkrisenniveau. Die Zahl der offenen Stellen war im April 2020 noch um etwa 27.000 kleiner gewesen als im Vergleichsmonat des Jahres 2019. Im 2. Halbjahr 2021 lag sie hingegen stets um mehr als 30.000 über den Vergleichsmonaten 2019. Zugleich war der Beschäftigtenstand um bis zu 60.000 Personen höher als 2019. Diese günstige Entwicklung ist wohl **eine der größten positiven Überraschungen** des letzten Jahres.

Abbildung 5: Arbeitslosigkeit, Arbeitskräfteangebot und offene Stellen



Allerdings darf nicht übersehen werden, dass im Dezember 2021 noch etwa 177.000 Personen zur Kurzarbeit angemeldet waren. Gäbe es das Instrument der Kurzarbeit nicht, wären diese Personen wenigstens teilweise in Arbeitslosigkeit. So verbleiben sie formal in

Beschäftigung. Doch auch hier ist die positive Entwicklung nicht zu übersehen: Im Dezember 2020 waren noch 470.000 Beschäftigte zur Kurzarbeit angemeldet, wovon 417.000 Fälle tatsächlich abgerechnet wurden.

Der österreichische Arbeitsmarkt hat sich in der Krise also als resilient erwiesen, weil nach dem starken Einbruch ein schneller Rebound erfolgte. Warum dies indes so war, ist nicht ganz klar. Jedenfalls unterschritt das Arbeitskräfteangebot (Summe aus unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen) während der COVID-19-Krise nur einmal das Vorkrisenniveau (Dezember 2020). Es ist also nicht so, dass sich Menschen aus dem Erwerbsleben zurückgezogen hätten⁷⁾. Bei höherer Beschäftigung, aber einer realen Wirtschaftsleistung auf oder sogar unter Vorkrisenniveau muss die Bruttowertschöpfung je Arbeitskraft gesunken sein. Ein wichtiger Grund für die **relativ gute Beschäftigungslage** liegt vermutlich darin, dass viele heimische Unternehmen solide aufgestellt sind und sich Beschäftigung für wachstumsstärkere Zeiten sichern wollen, wissend, dass es der demografische Wandel schwerer machen wird, Arbeitskräfte zu finden. Der Arbeitsmarkt war jahrzehntelang ein Käufermarkt, d. h., die Arbeitgeber konnten häufig zwischen vielen Bewerberinnen und Bewerbern wählen, während letztere oft wenig Optionen hatten. Zum Höchststand im Sommer 1997 lag die Stellenandrangsziffer bei fast 20 Arbeitslosen je offene Stelle; aktuell liegt sie unter 3 (Personen in Schulung nicht mitgerechnet). Trotz dieser guten Nachrichten ist die

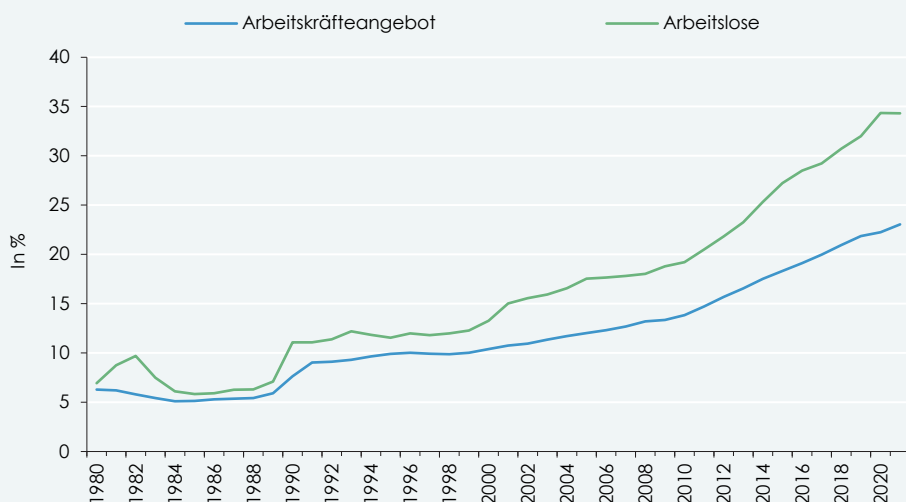
Arbeitslosenquote in Österreich mit 8,0% (2021) immer noch höher als in der Zeit vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von 2008/09, oder als etwa in Deutschland.

Außerdem drohen sich strukturelle Schwierigkeiten auf dem österreichischen Arbeitsmarkt zu verfestigen. Nach Angaben des AMS lag im Jahr 2021 die Anzahl der Langzeitarbeitslosen bei knapp über 80.000 und somit um fast 30% über dem Niveau von 2020 bzw. um 67% über dem Durchschnittsniveau von 2019. Auch die Zahl der **Langzeitbeschäftigungslosen**, die neben Arbeitslosen auch Personen in Schulung oder Krankenstand umfasst, war 2021 mit fast 132.000 Personen um mehr als 30% höher als im Jahr 2019. Jede ernsthaftige Arbeitsmarktreform muss sich vor allem um diese Personengruppe kümmern.

Eine zweite Gruppe, die im Mittelpunkt stehen muss, sind **Personen ab 50 Jahren**. Sie machen ziemlich genau ein Drittel der Arbeitslosen aus; im Vergleich zum Vorjahr ist hier die Arbeitslosigkeit 2021 nur um 12% zurückgegangen, während sie in der Gruppe der 25- bis 49-Jährigen um fast 21% sank. Arbeitslosigkeit im Alter ist stark korreliert mit Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist in Österreich deutlich höher als vor der COVID-19-Krise. Ein höheres Erwerbsalter, eine geringe Qualifikation und gesundheitliche Einschränkungen zählen zu den wichtigsten Risikofaktoren für eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit.

Abbildung 6: Ausländeranteil am Arbeitskräfteangebot und an den Arbeitslosen



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen und -Darstellung.

Eine dritte Gruppe von Personen, die eine zentrale Rolle für jedes Reformvorhaben spielen muss, ist jene der ausländischen Arbeitskräfte. Aktuell liegt der Anteil der **Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft** am Arbeitskräfteangebot bei 23%, unter den

Arbeitslosen jedoch bei über einem Drittel (Abbildung 6). Seit Beginn der 1990er-Jahre ist der Ausländeranteil unter den Arbeitslosen ständig schneller gestiegen als im Arbeitskräfteangebot. Jede sinnvolle

Unter den Arbeitslosen hat der Ausländeranteil langfristig stärker zugenommen als am Arbeitskräfteangebot.

⁷⁾ Es ist denkbar, dass die geleisteten Arbeitsstunden pro Beschäftigten zurückgegangen sind; dazu liegen noch keine Daten vor.

Für die aktive Arbeitsmarktpolitik sollten mehr Mittel bereitgestellt werden als bisher.

Arbeitsmarktreform muss diesem Umstand Rechnung tragen.

Für die genannten drei Gruppen sind vor allem **Qualifizierungsmaßnahmen** und eine effizientere Vermittlung wichtig. Hier passiert in Österreich bereits viel; dennoch ist eine ständige Evaluierung und Weiterentwicklung der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erforderlich. Angesichts der multiplen Transformation der österreichischen Volkswirtschaft sind in diesen Bereichen sicher auch höhere finanzielle Mittel notwendig als bisher.

Schließlich ist da noch die Gruppe derer, die aufgrund chronischer Krankheiten, insbesondere psychischer Art und speziell nach der COVID-19-Krise, nicht mehr oder nur mehr in Teilzeit dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Hier müssen die Institutionen der Arbeitsmarktpolitik effizient mit jenen der Gesundheitspolitik zusammenarbeiten.

Es ist sehr zu begrüßen, wenn der Bundesminister für Arbeit an einer Reform arbeitet, denn die Verringerung von Arbeitslosigkeit erbringt eine **mehrfache Dividende**. Einerseits kommt es zu einer finanziellen Entlastung der Arbeitslosenversicherung und somit zu einer möglichen Absenkung der arbeitnehmer- und arbeitgeberseitig zu leistenden Beiträge. Andererseits nimmt bei zunehmender Beschäftigung das Aufkommen an Einkommensteuern und Sozialbeiträgen in den öffentlichen Haushalten zu. Außerdem profitieren die Unternehmen, wenn mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden können, weil die Arbeitskräfteknappheit kleiner wird. Schließlich zeigt die Glücksforschung, dass die Lebenszufriedenheit der Menschen steigt, wenn sie Beschäftigung finden (Frey & Frey Marti, 2010).

Gleichzeitig sollte klar sein, dass es kein politisches Ziel sein sollte, die Arbeitslosenquote unter allen Umständen zu minimieren. Arbeitsplatzwechsel, auch unfreiwillige, sind für die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung wichtig, zumal in Zeiten der Transformation. Für das Entstehen guter, neuer Arbeitsbeziehungen ("matches") braucht es allerdings hinreichend Zeit. Es macht gesamtwirtschaftlich keinen Sinn, Arbeitslose zu zwingen, für sie unpassende Beschäftigungen anzunehmen. Eine gut konstruierte Arbeitslosenversicherung ist nicht nur aus verteilungspolitischen Gründen wichtig, sie erhöht auch die Effizienz der Volkswirtschaft – also den erzielbaren Output (Acemoglu & Shimer, 1999).

Das zentrale Ziel der Reformbestrebungen muss sein, die **Effizienz des Systems** so zu verbessern, dass dieses bei gleichen (oder

⁸⁾ Natürlich gibt es viele verschiedene Wege, eine Senkung der Lohnnebenkosten zu finanzieren, z. B. in dem man die Höchstbeitragsgrundlage anhebt (Guger et al., 2008).

niedrigeren) Kosten großzügiger gestaltet werden kann. Neben Anpassungen in der Struktur der Arbeitslosenversicherung könnte es sinnvoll sein, die Notstandshilfe vollständig im Bundesbudget unterzubringen, so wie dies in Deutschland der Fall ist. Damit könnten die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in etwa halbiert werden. Eine solche Senkung der Lohnnebenkosten ist eine langjährige Forderung des WIFO. Sie würde positive Beschäftigungsanreize schaffen und sich dadurch wenigstens teilweise selbst finanzieren⁹⁾.

Das WIFO hat in einer Reihe von Studien die Arbeitsmarktinstitutionen evaluiert und Reformoptionen untersucht. Dabei kommt klar heraus, dass in der Verbesserung der Vermittlungseffizienz von Arbeitslosen das größte Potential liegt. Veränderungen der Strukturparameter des Arbeitslosengeldes sind für die Inzidenz von Arbeitslosigkeit hingegen weniger wichtig⁹⁾. Sie können aber für das Gerechtigkeitsempfinden sehr wichtig sein, und zwar sowohl auf Seiten der Arbeitslosen als auch der Beschäftigten, die mit ihren Beiträgen das System erhalten.

Fakt ist, dass in Österreich die Nettoersatzrate in den ersten Monaten der Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich knapp bemessen ist, in späteren Monaten hingegen großzügiger ausfällt: die Ersatzrate für Alleinstehende fällt von 55% für eine Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von höchstens 12 Monaten (bei Schulung länger) auf 52,5% (Notstandshilfe) auf unbegrenzte Zeit. Außerdem ist gut belegt, dass ein relativ hoher Anteil der Arbeitslosen nach kurzer Zeit wieder vom bisherigen Arbeitgeber beschäftigt wird (Eppel et al., 2018). Dieses "Parken" in der Arbeitslosigkeit macht etwa 1 Prozentpunkt der Arbeitslosenquote aus und könnte ein Hinweis auf einen einvernehmlichen Missbrauch des Systems sein. Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten bei einem bereits feststehenden Wechsel zu einem neuen Arbeitgeber bewusst eine Periode Arbeitslosigkeit einplanen.

Schließlich ist es Arbeitslosen in Österreich möglich, steuer- und sozialversicherungsfrei bis zur Geringfügigkeitsgrenze von etwa 486 € (2022) hinzuzuverdienen. Diese Regelung ist im internationalen Vergleich relativ großzügig. In Deutschland etwa wird ab einem Zuverdienst von 165 € das Arbeitslosengeld gekürzt. In Österreich kann es bei geringen Einkommen passieren, dass eine arbeitslose Person mit Arbeitslosengeld und geringfügiger Beschäftigung mehr Nettoeinkommen hat als in einem voll sozialversicherungspflichtigen Dienstverhältnis, wobei im

⁹⁾ Siehe dazu etwa Eppel et al. (2016) und Böheim et al. (2017).

ersten Fall jedoch keine Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden.

Eine wichtige Botschaft aus den WIFO-Studien ist, dass es ein **abgestimmtes Reformpaket** braucht; isolierte Maßnahmen sind wenig hilfreich, weil zwischen den einzelnen institutionellen Parametern des Systems Wechselwirkungen bestehen, die berücksichtigt werden müssen. So könnte eine Anhebung der Nettoersatzrate, z. B. von 55% auf 70% (wie von den Gewerkschaften gefordert) dazu führen, dass das kurzfristige "Parken" in Arbeitslosigkeit noch attraktiver erscheint. Eine zu starke Beschränkung der Zuverdienstgrenzen könnte wiederum bewirken, dass Arbeitslose den Kontakt zur Arbeitswelt verlieren oder aber in die Schwarzarbeit ausweichen.

Ein wichtiges Element der Reform könnte darin bestehen, die **Anreizkompatibilität** des Systems zu steigern. Beispielsweise wäre es sicher sinnvoll, das so genannte moralische Risiko, welches bei jeder Versicherung automatisch auftritt, sowohl auf Arbeitnehmer als auch auf Arbeitgeberseite zu reduzieren. Damit ist gemeint, die Anreize zur Herbeiführung des Versicherungsfalles zu verkleinern. Im Gegenzug könnte man die Beitragszahlungen der Arbeitgeber flexibilisieren und die Nettoersatzraten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöhen. Auf Arbeitgeberseite könnte man die Beiträge in die Arbeitslosenversicherung vom Verhalten abhängig machen: wer häufig Arbeitslosigkeit produziert, zahlt höhere Beiträge, wer das selten tut, niedrigere – das alles, bei

insgesamt etwas reduzierter Beitragslast. Die Literatur spricht hier von "experience rating" (siehe dazu ausführlich Eppel & Mahringer, 2020). Auf Arbeitnehmerseite könnte im ersten Monat der Arbeitslosigkeit zunächst nur in Härtefällen ein Arbeitslosengeld ausbezahlt werden; in den nächsten fünf Monaten würden dann hingegen 70% (statt bisher 55%) des bisherigen Nettoverdienstes ausbezahlt. Wer sechs Monate arbeitslos ist, erhielte in diesem Modell in Summe um etwa 6% mehr Lohnersatz als bisher. Für längere Arbeitslosigkeitsdauern könnte man die bisher geltende Ersatzrate beibehalten oder auf das deutsche Niveau (60%) erhöhen, und nach Ablauf von 12 Monaten auf das aktuelle Niveau der Notstandshilfe absenken. Diese Konstruktion würde die Attraktivität des kurzfristigen "Parkens" von Arbeitskräften in der Arbeitslosigkeit oder das "Mitnehmen" des Arbeitslosengeldes im Falle eines geplanten Arbeitsplatzwechsels deutlich verringern. Grob gerechnet würde eine Halbierung dieser unerwünschten Phänomene bereits ausreichen, um die oben präsentierte, etwas großzügigere Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung gegenzufinanzieren.

Bei den **Zuverdienstmöglichkeiten** wäre zu überlegen, ob diese nicht in den ersten sechs Monaten der Arbeitslosigkeit (bei höheren Ersatzraten, siehe oben) deutlich reduziert (eventuell sogar ganz abgeschafft) und danach wenigstens sozialversicherungspflichtig werden sollten. Das sollte die Anreize erhöhen, rasch eine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen.

Ein wichtiges Reformelement ist die Verbesserung der Anreizkompatibilität des Systems, um unerwünschte Verhaltensweisen auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zu reduzieren.

Die Zuverdienstmöglichkeiten könnten anfangs stark eingeschränkt werden, um Arbeitslose zu einer raschen Aufnahme einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung anzureizen.

7. Literaturhinweise

Acemoglu, D., & Shimer, R. (1999). Efficient Unemployment Insurance. *Journal of Political Economy*, 107(5), 893-928.

Baumgartner, J., Fink, M., Moreau, C., Rocha-Akis, S., Lappöhn, S., Plank, K., Schnabl, A., & Weyerstrass, K. (2020). Wirkung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Abfederung der COVID-19-Krise. Mikro- und makroökonomische Analysen zur konjunkturellen, fiskalischen und verteilungspolitischen Wirkung. WIFO, IHS. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66958>.

Böheim, R., Eppel, R., & Mahringer, H. (2017). Intensivere Betreuung durch mehr Beratungspersonal verkürzt die Arbeitslosigkeit. Zentrale Ergebnisse eines Pilotprojektes des AMS. *AMS info*, (386/387).

Brunnermaier, M. K. (2021). *Resilient Society*. Endeavor Literary Press.

Burton, A., Fritz, O., Kaniowski, S., Pektanov, A., Piribauer, P., Url, T., Grabler, K., & Zehrer, I. (2021). *Ex-post-Analyse der Wirkungen des Maßnahmenpaketes und Schlussfolgerungen für künftige Pandemien*. WIFO, MANOVA (mimeo).

Ederer, S., & Schiman, S. (2021). Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich. Prognose für 2021 bis 2023. *WIFO-Monatsberichte*, 95(1), 3-15. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69337>.

Eppel, R., Fink, M., & Mahringer, H. (2016). Die Wirkung zentraler Interventionen des AMS im Prozess der Vermittlung von Arbeitslosen. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/59029>.

Eppel, R., Horvath, T., & Mahringer, H. (2018). Das Aussetzen von Beschäftigungsverhältnissen als betriebliche Strategie zum Ausgleich von Schwankungen des Personalbedarfs. Ein Update. *WIFO-Monatsberichte*, 91(11), 799-810. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61500>.

Eppel, R., & Mahringer, H. (2020). Die Chancen und Risiken eines Experience rating in der Arbeitslosenversicherung. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 21(1), 90-104.

Felbermayr, G., Thomas, T., Koch, P., & Schwarzbauer, W. (2020). *100 Jahre deutsch-österreichische Wirtschaftsbeziehungen*. EcoAustria, IfW Kiel.

- Felbermayr, G. (2022). Kostenwahrheit statt Taxonomie. Die Diskussion über Erneuerbare wird in der EU falsch geführt. *Kurier*. <https://kurier.at/meinung/gastkommentar/kostenwahrheit-statt-taxonomie/401874002> (abgerufen am 17. 1. 2022).
- Frey, B. S., & Frey Marti, C. (2010). Glück – die Sicht der Ökonomie. *Wirtschaftsdienst*, 90(7), 458-463.
- Guger, A., Knittler, K., Marterbauer, M., Schratzenstaller, M., & Walterskirchen, E. (2008). *Analyse alternativer Finanzierungsformen der sozialen Sicherungssysteme*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/37521>.
- Joyce, R., Karjalainen, H., Levell, P., & Waters, T. (2021). The cost of living crunch. *IFS Observation*. <https://ifs.org.uk/publications/15905>.
- Kettner-Marx, C., Loretz, S., & Schratzenstaller, M. (2021). Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung. *WIFO-Monatsberichte*, 94(11), 815-827. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69189>.
- OECD (2021). *OECD Economic Surveys: Austria 2021*. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/eaf9ec79-en>.

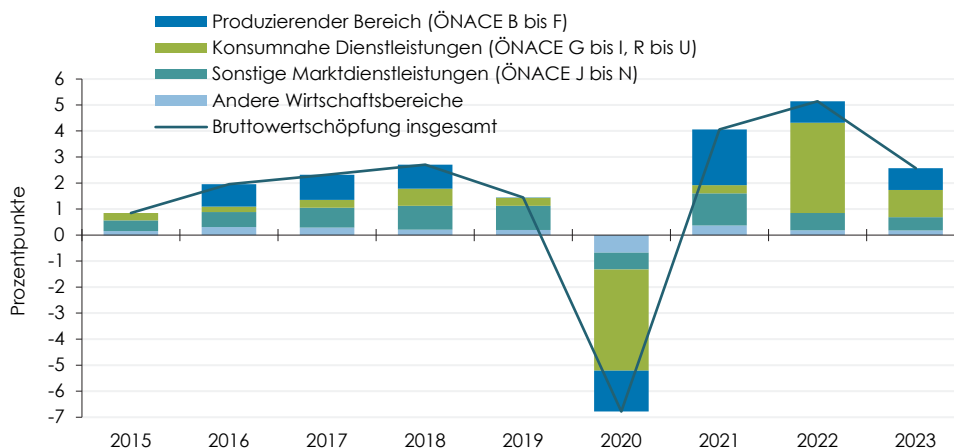
Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich

Prognose für 2021 bis 2023

Stefan Ederer, Stefan Schiman

- Regional unterschiedliche Verläufe der COVID-19-Pandemie, Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise bremsen 2021 die weltweite Konjunkturerholung. Die Hemmnisse lösen sich 2022 allmählich auf. Die Weltwirtschaft wird auch 2022 und 2023 kräftig wachsen.
- Die österreichische Wirtschaft erholte sich im Frühjahr und Sommer 2021 rasch. Im IV. Quartal dürfte das BIP jedoch wegen des Lockdown deutlich zurückgehen.
- Im Frühjahr 2022 dürfte sich die Konjunktur schnell erholen, während die Lieferengpässe schrittweise aufgelöst werden. Das BIP wächst 2022 kräftig. 2023 schwenkt die heimische Wirtschaft auf einen moderaten Wachstumskurs ein.
- Der Arbeitsmarkt entwickelt sich auch im Prognosezeitraum günstig. Die Arbeitslosenquote sinkt 2022 unter ihr Vorkrisenniveau.
- Die Inflation bleibt auch 2022 hoch. 2023 dämpft das Nachlassen der Rohstoffpreise deutlich den Preisauftrieb.

Wachstumsbeitrag der Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung, real



"2022 werden jene Bereiche kräftig wachsen, die 2021 von den behördlichen Einschränkungen betroffen waren, insbesondere der Handel, die Beherbergung und Gastronomie sowie andere konsumnahe Dienstleistungen. Der Aufschwung in der Industrie wird sich zwar fortsetzen, da sich die Lieferengpässe allmählich auflösen. Das Aufholpotential ist hier aber bereits ausgeschöpft."

Der Wachstumsbeitrag der konsumnahen Dienstleistungen (Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, sonstige Dienstleistungen) ist 2022 hoch, da sich diese Bereiche nach der Aufhebung der COVID-19-Einschränkungen rasch erholen werden. Der Aufschwung in der Industrie hält an, es ist hier jedoch kaum mehr Aufholpotential vorhanden (Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose).

Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich

Prognose für 2021 bis 2023

Stefan Ederer, Stefan Schiman

Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich. Prognose für 2021 bis 2023

Die kräftige Konjunkturerholung in Österreich im Frühjahr und Sommer 2021 wird im 2. Halbjahr durch den neuerlichen Lockdown, anhaltende Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise gebremst. 2022 dürfte sich die Wirtschaft nach der Aufhebung der Einschränkungen rasch wieder erholen. Aufgrund der schrittweisen Auflösung der Hemmnisse wird für das Gesamtjahr 2022 ein kräftiges Wachstum erwartet. 2023 schwenkt die österreichische Wirtschaft dann auf einen moderaten Wachstumskurs ein. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich im Prognosezeitraum günstig. Die Inflation wird auch 2022 hoch bleiben.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 13. 12. 2021

Kontakt: Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

New Lockdown Delays Economic Recovery in Austria. Economic Outlook for 2021 to 2023

The strong economic recovery in Austria in spring and summer 2021 is slowing down in the second half due to the renewed lockdown, persistent supply bottlenecks and high commodity prices. In 2022, the economy should recover quickly after the restrictions are lifted. Strong growth is expected for 2022 as a whole due to the gradual unwinding of the barriers. In 2023, the Austrian economy then swings to a moderate growth path. The labour market develops favourably in the forecast period. Inflation will remain high in 2022.

Die österreichische Wirtschaft wächst 2021 kräftig. Die neuerlichen behördlichen Einschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, anhaltende Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise dämpfen in der zweiten Jahreshälfte jedoch die Erholung. Im IV. Quartal wird das BIP voraussichtlich schrumpfen.

Der Aufschwung dürfte sich dennoch 2022 fortsetzen. Wie schon in vergangenen Öffnungsphasen werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte nach Aufhebung der Einschränkungen kräftig zunehmen. Auch die Lieferengpässe dürften sich im Jahresverlauf 2022 allmählich auflösen, wodurch Produktionshemmnisse wegfallen und geplante Investitionsvorhaben umgesetzt werden. Ab der zweiten Jahreshälfte 2022 wird die österreichische Wirtschaft auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken. Nach 4,1% im Jahr 2021 wird das BIP 2022 um 5,2% und 2023 um 2,5% wachsen.

Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hält auch im Prognosezeitraum an. Die Beschäftigung dürfte weiter steigen und die Arbeitslosenquote zurückgehen. 2022

wird die Arbeitslosenquote wieder unter ihrem Vorkrisenniveau liegen.

Die Rohstoffpreise bleiben zwar noch bis weit in das Jahr 2022 hinein auf hohem Niveau; aufgrund des Nachlassens der weltweiten Nachfrage dürften sie jedoch allmählich sinken und so den Preisauftrieb im Inland dämpfen. 2023 nähert sich die Inflation wieder dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2%.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo ist auch 2021 von den hohen Ausgaben für die Bewältigung der Gesundheitskrise und den staatlichen Hilfsprogrammen geprägt und wird erneut deutlich negativ ausfallen. Automatische Stabilisatoren und das Auslaufen zahlreicher Stützungsmaßnahmen werden 2022 und 2023 trotz der Einnahmehemmnisse durch die Steuerreform zu einer deutlichen Verbesserung des Saldos beitragen.

Die vorliegende Prognose beruht auf der Annahme, dass die Mitte Dezember verlautbarte Aufhebung der Einschränkungen in Österreich entsprechend umgesetzt wird. Weiters wurde angenommen, dass die Einführung der Impfpflicht einen Anstieg der

Impfquote nach sich zieht, sodass sich die dämpfende Wirkung der weiter bestehenden Einschränkungen für Ungeimpfte auf die Konjunktur allmählich abschwächt. Ein mögliches neuerliches Aufflammen der Pande-

mie, etwa durch die Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus, und etwaige erneute Einschränkungen des Wirtschaftsgeschehens wurden in der vorliegenden Prognose dagegen nicht berücksichtigt.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2018	2019	2020	2021	2022	2023
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real		+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5
Herstellung von Waren		+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,6	+ 3,2	+ 3,5
Handel		+ 4,2	+ 2,0	- 4,2	+ 5,6	+ 5,4	+ 3,5
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real		+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,4	+ 6,3	+ 2,9
Dauerhafte Konsumgüter		+ 1,0	+ 0,3	- 2,6	+ 11,0	+ 4,0	+ 3,0
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 4,4	+ 4,8	- 5,2	+ 5,7	+ 4,8	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾		+ 3,4	+ 5,5	- 6,5	+ 6,3	+ 6,5	+ 1,7
Bauten		+ 5,6	+ 4,0	- 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 1,9
Exporte, real		+ 5,1	+ 3,4	- 10,8	+ 10,2	+ 8,5	+ 4,2
Warenexporte, fob		+ 4,7	+ 2,7	- 7,8	+ 14,0	+ 5,0	+ 3,8
Importe, real		+ 5,3	+ 2,0	- 9,4	+ 12,6	+ 6,1	+ 3,9
Warenimporte, fob		+ 4,1	- 0,0	- 6,4	+ 14,5	+ 4,3	+ 3,5
Bruttoinlandsprodukt, nominell		+ 4,3	+ 3,1	- 4,6	+ 5,8	+ 8,1	+ 4,6
	Mrd. €	385,42	397,52	379,32	401,15	433,81	453,84
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	0,9	2,1	1,9	- 0,8	0,8	0,8
Verbraucherpreise		+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,2
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,6	- 0,4	0,4
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	0,1	0,5
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	0,2	0,6	- 8,3	- 6,2	- 1,8	- 0,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 2,5	+ 1,6	- 2,0	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,7
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		5,2	4,8	6,0	6,4	4,8	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		7,7	7,4	9,9	8,0	7,2	6,8

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Labour Force Survey.

1. Pandemie, hohe Rohstoffpreise und Lieferengpässe bremsen 2021 die Weltkonjunktur

Die Entwicklung der Weltwirtschaft ist weiterhin maßgeblich von der COVID-19-Pandemie bestimmt. In den USA war die Wirtschaftstätigkeit im Winter 2020/21 zwar kaum beeinträchtigt gewesen, im III. Quartal 2021 dämpfte jedoch die Beschleunigung des Infektionsgeschehens die Konjunktur. Auch in Japan bremsen COVID-19-Ausbrüche im Sommer das Wachstum. Im Euro-Raum erholte sich die Wirtschaft im Sommerhalbjahr hingegen rasch von der pandemiebedingten Stagnation im Winter 2020/21. Während das BIP in den USA im III. Quartal 2021 saisonbereinigt höher war als im IV. Quartal 2019 vor dem Ausbruch der Pandemie, lag es im Euro-Raum und in Japan noch darunter. In China hatte das BIP sein Vorkrisenniveau bereits 2020 überschritten. Lokale COVID-19-Ausbrüche führen dort zwar immer wieder zu teils drastischen, wenn auch regional begrenzten behördlichen Einschränkungen. Die Konjunkturschwäche Chinas im III. Quar-

tal 2021 ist aber vor allem auf die Probleme im Immobiliensektor und den Rückgang der Bauinvestitionen zurückzuführen, die beide mit der Verschärfung von Finanzierungsmaßnahmen für Immobilienunternehmen zusammenhängen.

Die weltweite Industrieproduktion litt zwar unter den weitreichenden Schließungen im Frühjahr 2020, ist seitdem aber kaum mehr vom Infektionsgeschehen abhängig. Der damalige Einbruch wurde rasch – schneller als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 – kompensiert, sodass das Niveau der Weltindustrieproduktion im III. Quartal 2021 deutlich über dem Vorkrisenniveau lag. Die zügige und kräftige Erholung der weltweiten Güternachfrage hatte allerdings Angebotsengpässe zur Folge, die ihrerseits zu starken Preissteigerungen bei Rohstoffen, Vorprodukten und Fertigwaren führten. Unabhängig von der hohen Güternachfrage entstanden im internationalen Schiffsverkehr

Regional unterschiedliche Anstiege der Infektionszahlen, Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise bremsen ab dem Sommer 2021 den weltweiten Konjunkturaufschwung.

regionale Engpässe, die die Lücke zwischen weltweitem Warenangebot und -nachfrage verstärkten. Zusammen mit weiteren Erschwernissen wie etwa Hafenschließungen

in China führte dies dazu, dass die weltweite Industrieproduktion über weite Strecken des Jahres 2021 stagnierte und der Warenhandel zurückging.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2020 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		2018	2019	2020	2021	2022	2023
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	67,6	15,0	+ 2,1	+ 1,8	- 5,9	+ 5,1	+ 4,2	+ 2,6
Euro-Raum	52,0	12,1	+ 1,8	+ 1,6	- 6,4	+ 5,2	+ 4,2	+ 2,4
Deutschland	30,5	3,4	+ 1,1	+ 1,1	- 4,6	+ 2,8	+ 4,2	+ 2,0
Italien	6,2	1,9	+ 0,9	+ 0,4	- 8,9	+ 6,4	+ 4,7	+ 2,2
Frankreich	4,3	2,3	+ 1,9	+ 1,8	- 7,9	+ 6,8	+ 3,8	+ 2,0
MOEL 5 ³⁾	14,9	1,8	+ 4,7	+ 4,1	- 3,7	+ 4,8	+ 4,7	+ 4,1
Ungarn	3,5	0,2	+ 5,4	+ 4,6	- 4,7	+ 7,0	+ 5,2	+ 4,0
Tschechien	3,6	0,3	+ 3,2	+ 3,0	- 5,8	+ 2,8	+ 4,6	+ 3,5
Polen	3,9	1,0	+ 5,4	+ 4,7	- 2,5	+ 5,0	+ 4,7	+ 4,4
USA	6,5	15,8	+ 2,9	+ 2,3	- 3,4	+ 5,5	+ 4,4	+ 2,2
Schweiz	5,5	0,5	+ 2,9	+ 1,2	- 2,4	+ 3,6	+ 3,3	+ 1,5
Vereinigtes Königreich	2,9	2,2	+ 1,7	+ 1,7	- 9,7	+ 6,9	+ 5,4	+ 2,4
China	2,7	18,3	+ 6,7	+ 6,0	+ 2,3	+ 8,3	+ 5,4	+ 5,3
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52	+ 4,0	+ 3,4	- 2,3	+ 6,4	+ 4,7	+ 3,4
Exportgewichtet ⁵⁾	85		+ 2,4	+ 1,9	- 5,4	+ 5,2	+ 4,3	+ 2,6
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 4,0	+ 1,7	- 6,1	+ 11,0	+ 5,0	+ 4,0

Annahmen zur Prognose

Erdölpreis

Brent, \$ je Barrel	71,0	64,3	41,7	71	69	66
---------------------	------	------	------	----	----	----

Wechselkurs

Dollar je Euro	1,181	1,120	1,141	1,18	1,12	1,08
----------------	-------	-------	-------	------	------	------

Internationale Zinssätze

EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %	0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,4	- 0,2	0,2

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, EIA, Eurostat, EZB, IWF, OECD, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. –
¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. –
⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparität
 2019. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenex-
 portanteilen 2019. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichi-
 schen Exportanteilen. – ⁷⁾ Mindestbietungssatz.

Sowohl der Nachfrageüberhang als auch die angebotsseitigen Probleme wirken preistreibend. Die Rohstoff- und Energiepreise stiegen rasant und lagen im November 2021 weit über ihren Vorkrisenniveaus. Im Bereich der Industrierohstoffe erreichte die Teuerung im Frühjahr 2021 ihren Höhepunkt, seither

gehen die Preise aufgrund der nachlassenden Konjunktur allmählich zurück. Bei den Energiepreisen ist hingegen noch kein deutlicher Rückgang erkennbar. Die Preissteigerungen bei Rohstoffen wirkten sich direkt auf die Verbraucherpreise aus; im Euro-Raum und in den USA stieg die Inflation kräftig.

2. Erholung der Weltwirtschaft setzt sich fort

Die COVID-19-Pandemie und die Lieferengpässe werden die Entwicklung der Weltwirtschaft auch im Prognosezeitraum bestimmen. Das Pandemiegeschehen ist weltweit recht heterogen. Während im Sommer 2021 die USA und Teile Südostasiens betroffen waren, beschleunigte es sich in Europa erst im Herbst. Viele europäische Länder haben bereits wieder gesundheitspolitische Maßnahmen ergriffen, die die wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten einschränken. Auf den dadurch bedingten Konjunkturreinbruch in

Europa dürfte aber eine kräftige Erholung folgen, wie die Erfahrung aus den früheren COVID-19-Wellen zeigt.

Auch die Lieferengpässe und die Materialknappheit haben sich bisher nicht aufgelöst. Der Anteil der Unternehmen, die einen Materialmangel als Produktionshemmnis wahrnehmen, stieg im Herbst vielerorts an. Durch Anpassungen in den Produktionsabläufen, ein allmähliches Abklingen der Pandemie und preisliche Anpassungen dürfte sich der

Nachfrageüberhang jedoch bis zum Ende des Prognosezeitraums entschärfen. Darauf deutet auch die in den meisten Ländern mehrheitlich optimistische Stimmung der Unternehmen hin. Somit dürften die teilweise sehr hohen Auftragsbestände zu einer deutlichen Beschleunigung der Investitionsdynamik führen. Darüber hinaus wird auch der private Konsum, insbesondere von Dienstleistungen, kräftig anziehen, sobald die in der COVID-19-Krise angehäuften Ersparnisse abgebaut werden. Das robuste Wachstum der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum resultiert zudem aus einer akkommodierenden Geld- und Fiskalpolitik.

Die derzeit hohe Inflationsdynamik wird mit dem Abbau des Nachfrageüberhangs abklingen und die Geldpolitik somit nicht wesentlich beeinträchtigen. Diese wird eher durch die realwirtschaftliche Entwicklung geprägt. Aufgrund der weit fortgeschrittenen Erholung in den USA wird die Federal Reserve Bank den Ankauf von Wertpapieren reduzieren. Die Zinssätze dürften 2022 nur leicht angehoben werden, da die Notenbank der USA eine weitere Verbesserung der Arbeitsmarktlage anstrebt. Der krisenbedingte Arbeitslosigkeitszuwachs ist zwar praktisch wieder abgebaut, jedoch liegt die Erwerbsbeteiligung in den USA noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Die EZB dürfte das eigens zur Krisenbewältigung aufgelegte Anleiheankaufprogramm PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) wohl wie geplant im März 2022 beenden.

Andere, bereits länger bestehende Ankaufprogramme laufen über diese Frist hinaus weiter; mit einem Zinsschritt wird erst Anfang 2023 gerechnet.

Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität infolge der COVID-19-Pandemie werden in den meisten Ländern von staatlichen Stützungsmaßnahmen begleitet. Wie der bisherige Pandemieverlauf zeigt, trägt die dadurch erzielte Absicherung der privaten Haushaltseinkommen zu einer starken Erholung nach der Aufhebung der Einschränkungen bei. Da die behördlichen Einschränkungen mit zunehmendem Impffortschritt zurückgenommen werden dürften, wird sich auch die Inanspruchnahme der Stützungsprogramme verringern. Zugleich werden jedoch neue expansive fiskalpolitische Impulse gesetzt, insbesondere in den USA. Auf Grundlage des Infrastruktur- und Investitionsgesetzes (Infrastructure and Investment Jobs Act) sollen dort in den nächsten 10 Jahren 550 Mrd. \$ an neuen Ausgaben getätigt werden. Im Rahmen des "Build Back Better Plan", der Elemente des "American Jobs Plan" und des "American Families Plan" enthält, sollen weitere fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt werden. Die beiden Initiativen dürften das BIP der USA im Prognosezeitraum um 1½% bis 2% erhöhen. Das weltweite BIP dürfte, nach einem kräftigen Zuwachs 2021, im Jahr 2022 um 4,7% und 2023 um 3,4% wachsen (kaufkraftgewichtet); im Euro-Raum wird mit einem Wachstum von 4,2% bzw. 2,4% gerechnet.

Die Hemmnisse für die Weltwirtschaft dürften zwar bis ins Jahr 2022 reichen, sollten sich aber um die Jahresmitte allmählich auflösen. Die hohen Rohstoffpreise werden im Jahresverlauf 2022 langsam zurückgehen, wodurch die Inflation weltweit sinkt. Die Geld- und Fiskalpolitik unterstützt im Prognosezeitraum die Fortsetzung der Konjunkturerholung.

3. Österreichs Wirtschaft im Wechselspiel von Öffnungs- und Schließungsphasen

Die Konjunktur in Österreich war 2021 von einem Wechselspiel von Öffnungs- und Schließungsphasen geprägt. Nach der Aufhebung der behördlichen COVID-19-Maßnahmen im Frühjahr erholte sich die Wirtschaft – wie schon 2020 – rasch. Im III. Quartal stieg das BIP neuerlich kräftig (+3,8% gegenüber dem Vorquartal) und erreichte saisonbereinigt erstmals wieder das Vorkrisenniveau vom IV. Quartal 2019. Seit dem Sommer mehrten sich allerdings die Anzeichen für eine Abschwächung des Wachstums: Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise bremsen die starke Industrie- und Baukonjunktur. Die neuerlichen Einschränkungen im November und Dezember infolge des steilen Anstiegs der Neuinfektionen bremsen den Konjunkturaufschwung zusätzlich. Zudem ist der heimische Wintertourismus bislang weitgehend ausgefallen, was auf die Einstufung Österreichs als Hochrisikogebiet für Reisende aus Deutsch-

land und die anhaltende Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie zurückzuführen ist.

Das BIP dürfte daher im IV. Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal sinken. Zwar fiel der Lockdown kürzer aus als im Vorjahr, begann aber zugleich etwas später, wodurch das Weihnachtsgeschäft im Handel stärker beeinträchtigt wurde. Zudem trafen die Einschränkungen auf eine schwächere konjunkturelle Grunddynamik: Die Wertschöpfung in Industrie und Bauwirtschaft, die im IV. Quartal 2020 gestiegen war, dürfte im IV. Quartal 2021 weitgehend stagnieren. Der Rückgang des BIP dürfte daher stärker ausfallen als im Vorjahr¹⁾. Für das Gesamtjahr 2021 wird aufgrund der kräftigen Erholung im Sommerhalbjahr dennoch mit einem BIP-Wachstum von 4,1% gerechnet.

Die österreichische Konjunktur erholte sich im Frühjahr und Sommer 2021 kräftig. Im IV. Quartal dürfte das BIP wegen des neuerlichen Lockdown jedoch sinken. Aufgrund der Auf- und Nachholeffekte sollte das BIP 2022 stark wachsen. 2023 dürfte die heimische Wirtschaft auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken.

¹⁾ Eine allfällige Abwärtsrevision der Quartalsrechnung zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für das III. Quartal hätte zur Folge, dass bei einer

unveränderten Jahreswachstumsrate der Konjunkturerholung im IV. Quartal nicht so stark ausfallen würde wie in der Prognose unterstellt.

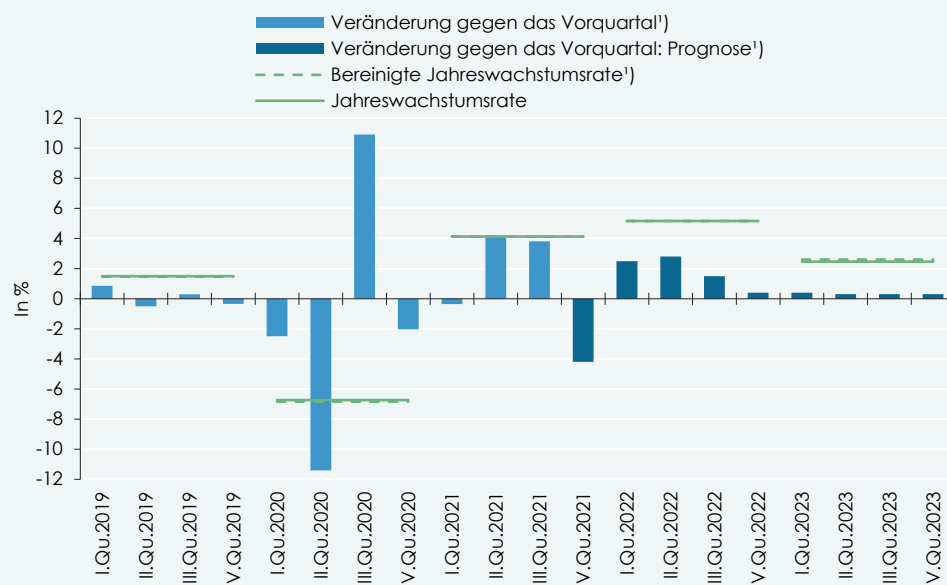
Übersicht 3: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

		2020	2021	2022	2023
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	- 0,2	+ 0,5	- 0,4	+ 1,7
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	- 6,1	+ 3,2	+ 7,4	+ 1,3
Jahreswachstumsrate	in %	- 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	- 6,8	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,6
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	+ 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,1

Q: WIFO. 2021 bis 2023: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ³⁾ Saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Abbildung 1: Konjunkturmodell Österreich

BIP, real



Q: WIFO. – ¹⁾ Saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat.

Der Lockdown im November und Dezember 2021 schränkte den privaten Konsum neuerlich ein. 2022 sollte sich die Konsumnachfrage dagegen kräftig erholen.

Da auf die Aufhebung der COVID-19-Maßnahmen erfahrungsgemäß eine rasche Erholung folgt, sind im 1. Halbjahr 2022 kräftige Auf- und Nachholeffekte zu erwarten, insbesondere in den behördlich stark eingeschränkten Wirtschaftsbereichen. Im Sommer 2022 ist weiters mit einer Auflösung der Lieferengpässe und einer allmählichen Verbilligung der Rohstoffpreise zu rechnen, so dass die Wertschöpfung in Industrie und Bauwirtschaft kräftig steigen dürfte. Das BIP dürfte demnach 2022 um 5,2% zunehmen.

Mit dem Nachlassen der Auf- und Nachholeffekte wird die heimische Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2022 allmählich auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken. Für 2023 wird ein BIP-Wachstum von 2,5% erwartet.

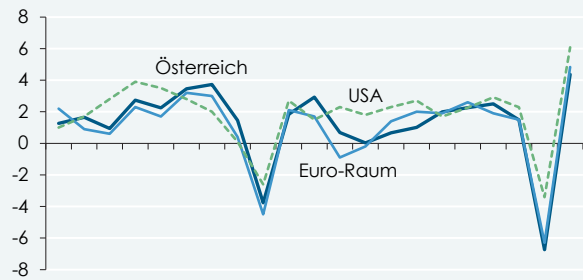
3.1 Privater Konsum durch Lockdown eingeschränkt

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte waren 2021 aufgrund der Öffnungs- und Schließungsphasen starken Schwankungen unterworfen. Zwar schränken die behördlichen Maßnahmen die Konsummöglichkeiten deutlich ein; nach der Aufhebung sind jedoch auch die Erholungseffekte kräftig. So stieg der private Konsum im II. und III. Quartal stark, nachdem er im I. Quartal eingebrochen war. Die Erholung ist aber noch nicht abgeschlossen: die Konsumausgaben lagen im III. Quartal 2021 noch merklich unter ihrem Vorkrisenniveau. Zudem kam es wegen des eingeschränkten Dienstleistungskonsums zu einer Verschiebung des privaten Konsums in Richtung dauerhafter Konsumgüter.

Abbildung 2: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

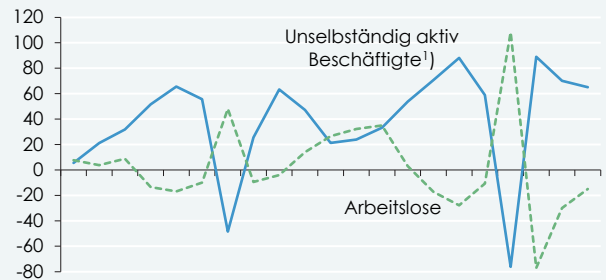
Wirtschaftswachstum

In %



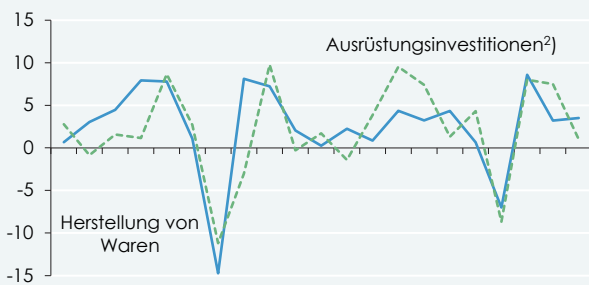
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



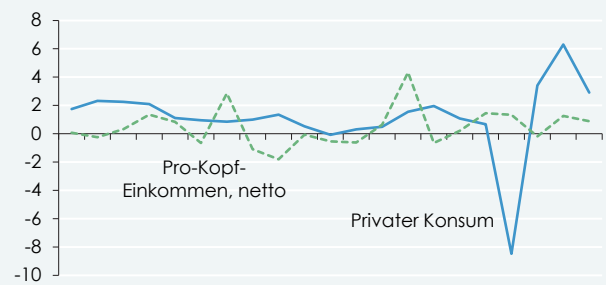
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



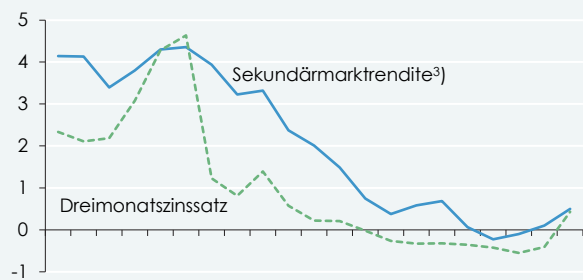
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



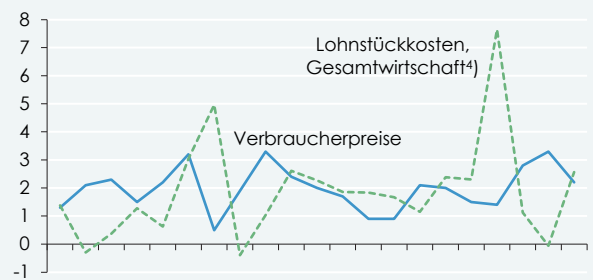
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



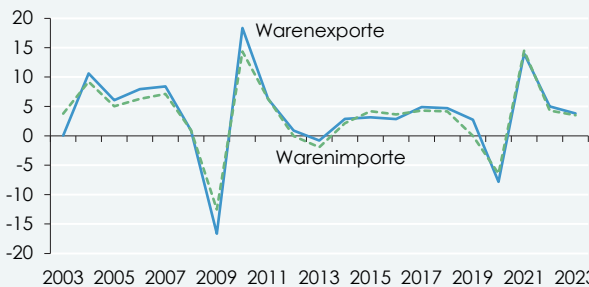
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



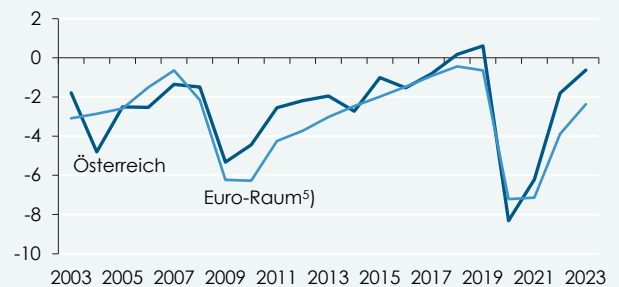
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 4) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – 5) Prognose: Europäische Kommission.

Übersicht 4: Konsum, Einkommen und Preise

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,4	+ 6,3	+ 2,9
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,0	+ 0,3	- 2,6	+11,0	+ 4,0	+ 3,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,1	+ 0,7	- 9,1	+ 2,5	+ 6,6	+ 2,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 1,2	+ 1,6	- 2,0	- 0,2	+ 2,2	+ 2,6
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,7	8,5	14,4	11,4	7,8	7,5
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,0	7,9	13,9	10,8	7,2	6,9
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 4,7	+ 3,7	+ 3,1
	Verbraucherpreise					
National	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,2
Harmonisiert	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,2
Kerninflation ²⁾	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,3

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Übersicht 5: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,3
Real ²⁾						
Brutto	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,1	- 0,2	+ 1,1
Netto	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,3	- 0,2	+ 1,3	+ 0,9
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	+ 0,3	+ 0,9	+ 9,2	- 4,1	- 1,1	+ 0,6
	In%					
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	68,8	69,1	70,2	70,7	69,8	70,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,4	+ 2,3	+ 7,6	+ 1,1	- 0,1	+ 2,6
Herstellung von Waren	+ 1,7	+ 3,3	+ 6,2	- 3,7	+ 0,5	+ 0,1
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	+ 1,7	- 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2
Real	+ 1,7	- 1,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteiles der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995. – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Der Lockdown im IV. Quartal 2021 schränkte die Konsummöglichkeiten neuerlich ein. Dies traf insbesondere den Handel, die Beherbergung und Gastronomie, den Freizeit-, Veranstaltungs- und Erholungsbereich, den Verkehr sowie die körpernahen Dienstleistungen. Nach der Aufhebung der behördlichen

Einschränkungen dürfte sich der Konsum allerdings kräftig erholen. Zudem wird während des Lockdown ein größerer Teil der Einkommen angespart als üblich. Dadurch erhöht sich der Polster für die Ausweitung des Konsums, wodurch sich die Nachfrage ins Jahr 2022 verschiebt. Mit Ende des Lock-

down dürfte die Nachfrage nach Dienstleistungen erneut zunehmen und die rege Dynamik bei dauerhaften Konsumgütern abflauen.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die 2020 stark zurückgingen, dürften 2021 aufgrund der staatlichen Unterstützung preisbereinigt weitgehend stabil bleiben. 2022 und 2023 führen Lohnzuwächse und das Inkrafttreten der Steuerreform trotz hoher Inflation zu merklichen Einkommenssteigerungen. Die während der Krise angehäuften Sparguthaben stützen den privaten Konsum, sodass die Sparquote bereits 2022 unter ihr Vorkrisenniveau sinkt.

3.2 Weitgehender Ausfall der Wintersaison 2021/22

Die touristische Nachfrage war in der Sommersaison 2021 höher als im Vorjahr und lag in manchen Regionen Österreichs gemessen an den Übernachtungen sogar über dem Vorkrisenniveau. Insgesamt war das Nächtigungsniveau in der Sommersaison jedoch deutlich niedriger als vor der COVID-19-Krise. Aufgrund des Ausbleibens von Fernreisenden verschob sich die Gästestruktur: Binnenreisende und wichtige Nahmärkte wie Deutschland und die Niederlande gewannen an Bedeutung.

Wegen des Anstiegs der Infektionszahlen und der Verhängung von Reisewarnungen – insbesondere durch Deutschland – trübten sich die Aussichten des heimischen Wintertourismus im Oktober und November zunehmend ein. Mit Inkrafttreten der behördlichen Einschränkungen in Österreich kam die touristische Aktivität schließlich weitgehend zum Stillstand. Unsicherheiten über die weitere Entwicklung des Infektionsgeschehens und die behördlichen Maßnahmen im In- und Ausland dürften dazu führen, dass etliche Gäste den Winterurlaub ausfallen lassen. Der Städtetourismus leidet weiterhin unter dem Ausbleiben von Fernreisenden, der Absage von Veranstaltungen und dem Rückgang von Geschäftsreisen.

Die genannten Unsicherheiten dürften auch nach der Aufhebung der Restriktionen bestehen bleiben und daher die gesamte Wintersaison 2021/22 beeinträchtigen. Im Winter wird der heimische Tourismus daher von Binnenreisenden bestimmt werden. Mit einer Erholung der ausländischen Nachfrage ist erst im Frühjahr und Sommer 2022 zu rechnen. Die Nachfrage aus fernen Quellmärkten wie Asien oder Nordamerika dürfte sich dagegen erst 2023 wieder erholen. Die Zahl der Geschäftsreisen wird wohl dauerhaft abnehmen.

Der neuerliche Lockdown, die hohe Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Infektionsgeschehens und die Einstufung Österreichs als Hochrisikogebiet für Reisende aus Deutschland lähmen den heimischen Wintertourismus.

Risikoszenario: Verlängerung der Reisewarnungen

Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass mit der Verlangsamung des Infektionsgeschehens auch die Reisewarnungen für Österreich im Jänner 2022 aufgehoben werden, insbesondere durch Deutschland. Sollte die Einstufung Österreichs als Hochrisikogebiet stattdessen bis zum Ende der Wintersaison 2021/22 aufrecht bleiben, dürften viele Gäste aus dem Ausland fernbleiben. In diesem Fall wird geschätzt, dass in der Wintersaison 2021/22 3,5 Mio. Nächtigungen weniger verzeichnet werden als im Basisszenario (-2,5%). Dieser Schätzung liegt die Annahme zugrunde, dass es keine regionale Differenzierung der Reisewarnungen zwischen Bundesländern geben wird.

Auch im Basisszenario der Prognose wird davon ausgegangen, dass in Österreich keine reguläre Wintersaison 2021/22 zustande kommt: Einerseits sind ungeimpfte Personen durch die 2-G-Regelung in Skigebieten sowie in der Beherbergung und Gastronomie weitestgehend vom Wintertourismus in Österreich ausgeschlossen. Andererseits sind auch geimpfte Personen weiterhin von Einschränkungen betroffen. Die restriktivere Annahme des Risikoszenarios betrifft damit zusätzlich vor allem Familien mit ungeimpften Kindern unter 12 Jahren, die sich nach ihrer Rückkehr aus Österreich in Deutschland in Quarantäne begeben müssen. Mit zunehmender Durchimpfung auch von Kindern nimmt der entsprechende Nächtigungsausfall allerdings über die Zeit ab. Die Möglichkeit eines Winterurlaubs könnte für Familien einen gewissen Anreiz darstellen, Kinder früher impfen zu lassen. Zudem könnten anstelle von Familien vermehrt Gäste kommen, die ihren Winterurlaub üblicherweise nicht in Österreich verbringen. Dadurch dürften die Ausgaben pro Kopf steigen, da Reisende ohne Kinder tendenziell mehr Geld für ihren Urlaub ausgeben.

Unter diesen Annahmen wird der Wertschöpfungsverlust 2022 in der Beherbergung und Gastronomie im Vergleich zum Basisszenario auf etwa 400 Mio. € geschätzt. Der Rückgang der Nächtigungen dämpft allerdings auch die Wertschöpfung in den Bereichen Handel, Verkehr und persönliche Dienstleistungen. In Summe wird der direkte Wertschöpfungsverlust in Österreich auf etwa 700 Mio. € geschätzt. Unter Berücksichtigung indirekter Effekte fällt das BIP-Wachstum 2022 im Risikoszenario um etwa ¼ Prozentpunkt geringer aus als im Basisszenario.

3.3 Lieferengpässe dämpfen den Warenaußenhandel

Der österreichische Warenaußenhandel hatte ab Mitte 2020 kräftig expandiert, die Erholung kam allerdings im Sommer 2021 zum Erliegen. Zum einen ist das Aufholpotential im Welthandel weitgehend ausgeschöpft, zum anderen bremsen Liefereng-

pässe und Materialmangel weltweit die Produktion. Die Kfz-Industrie, die insbesondere durch eine Knappheit an Halbleitern beeinträchtigt wird, ist ein wichtiger Teilbereich der österreichischen Exportwirtschaft. Zudem schlägt sich die starke Betroffenheit der deutschen Industrie nunmehr zeitverzögert im österreichischen Warenaußenhandel nieder. Im IV. Quartal dürfte sich das Wachstum

Lieferengpässe und Produktionsschwierigkeiten dämpfen den österreichischen Warenaußenhandel im 2. Halbjahr 2021. Die Auftragsbestände aus dem Ausland sind aber weiterhin hoch.

der Ausfuhren daher abschwächen. Dennoch führt die kräftige internationale Konjunktur im Gesamtjahr 2021 zu einem hohen Zuwachs. Positiv wirkt sich hierbei eine günstige Investitionskonjunktur bei den wichtigsten EU-Handelspartnern Österreichs aus, da sie die Nachfrage auf jene Waren lenkt, die im österreichischen Export von hoher Bedeutung sind.

Die Auftragsbestände aus dem Ausland sind weiterhin auf hohem Niveau. Auch die Exporterwartungen sind nach wie vor optimistisch. Die Auflösung der Lieferengpässe

dürfte den österreichischen Außenhandel im Frühjahr und Sommer 2022 erneut beleben. Zudem bleibt das Wachstum auf den wichtigsten Exportmärkten hoch; in Deutschland verschiebt sich die Nachfrage allerdings zugunsten der Konsumgüter, wodurch sich die Aussichten für die auf Investitionsgüter spezialisierte österreichische Exportindustrie eintrüben. 2023 verlangsamt sich das Wachstum der wichtigsten Handelspartner deutlich, während es in anderen Nicht-EU-Ländern kaum abnimmt. Das österreichische Exportwachstum schwächt sich daher weiter ab.

Übersicht 6: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2020	2021	2022	2023	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				2020	2021	2022	2023
Konsumausgaben insgesamt	246,32	256,09	265,86	271,08	- 6,3	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,0
Private Haushalte ¹⁾	174,88	180,83	192,22	197,80	- 8,5	+ 3,4	+ 6,3	+ 2,9
Staat	71,41	75,20	73,73	73,44	- 0,5	+ 5,3	- 2,0	- 0,4
Bruttoinvestitionen	90,33	97,31	101,40	104,55	- 4,6	+ 7,7	+ 4,2	+ 3,1
Bruttoanlageinvestitionen	88,12	93,10	97,54	99,28	- 5,2	+ 5,7	+ 4,8	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾	28,40	30,67	32,97	33,30	- 8,7	+ 8,0	+ 7,5	+ 1,0
Bauten	39,70	41,65	42,81	43,62	- 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 1,9
Sonstige Anlagen ³⁾	19,97	20,77	21,81	22,40	- 3,2	+ 4,0	+ 5,0	+ 2,7
Inländische Verwendung	337,18	354,29	368,18	376,57	- 5,8	+ 5,1	+ 3,9	+ 2,3
Exporte	191,59	211,22	229,11	238,64	- 10,8	+ 10,2	+ 8,5	+ 4,2
Reiseverkehr	9,38	7,07	13,76	15,07	- 43,9	- 24,6	+ 94,6	+ 9,5
Minus Importe	180,59	203,34	215,79	224,25	- 9,4	+ 12,6	+ 6,1	+ 3,9
Reiseverkehr	3,35	4,35	7,67	8,95	- 63,6	+ 30,0	+ 76,3	+ 16,7
Bruttoinlandsprodukt	348,36	362,58	381,58	391,00	- 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5
Nominell	379,32	401,15	433,81	453,84	- 4,6	+ 5,8	+ 8,1	+ 4,6

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Übersicht 7: Produktivität

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 6,6	+ 4,5	+ 2,0
Stundenproduktivität ²⁾	+ 0,5	- 0,1	+ 2,1	- 2,4	+ 0,7	+ 0,5
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,8	+ 1,3	- 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,5
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,6	+ 3,2	+ 3,5
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 2,4	+ 0,8	- 6,2	+ 5,9	+ 0,8	+ 0,7
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,9	- 0,1	- 0,8	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,8
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 2,8	+ 1,5	- 1,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – 2) Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – 3) Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – 4) Nettoproduktionswert, real. – 5) Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – 6) Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

Die heimischen Importe waren 2021 von der starken Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern getrieben. Diese klingt jedoch in der zweiten Jahreshälfte 2021 ab und dürfte sich 2022 weiter abschwächen, auch wenn sich die Auslieferung von Bestellungen

infolge von Lieferengpässen verzögert. 2023 dämpft auch die nachlassende Investitionsdynamik aufgrund des Auslaufens von Vorzieheffekten die Importentwicklung. Der starke Preisauftrieb der Warenimporte im Jahr 2021 ist den hohen Rohstoff- und

Energiepreisen geschuldet. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Teuerung allmählich abschwächen.

3.4 Lieferengpässe und Materialmangel bremsen die Industriekonjunktur

In der Herstellung von Waren setzte bereits 2020 ein kräftiger Aufschwung ein, der von den COVID-19-Einschränkungen in Österreich kaum gebremst wurde. Saisonbereinigt übertraf die Wertschöpfung in diesem Bereich bereits im I. Quartal 2021 wieder das Vorkrisenniveau. Dazu trug auch die pandemiebedingte Verschiebung der Konsumnachfrage von den Dienstleistungen zu dauerhaften Gütern maßgeblich bei.

Die schnelle und kräftige Erholung der weltweiten Industrieproduktion führte allerdings ab dem Frühjahr 2021 auch in Österreich zunehmend zu Lieferengpässen, die Produktionsausfälle und -verzögerungen nach sich zogen. So meldeten laut WIFO-Konjunkturtest von Oktober 2021 43% der befragten Sachgütererzeuger, durch Material- oder Kapazitätsmangel in ihrer Produktion eingeschränkt zu sein. Besonders betroffen ist aufgrund der Lieferschwierigkeiten bei Halbleitern die Kfz-Industrie. Der Materialmangel zeigt sich aber auch in vielen anderen Branchen deutlich. Im IV. Quartal 2021 dürfte die heimische Industrieproduktion daher kaum wachsen. Die hohen Zuwächse in den ersten drei Quartalen führen allerdings dazu, dass die Wertschöpfung in der Herstellung von Waren im Gesamtjahr 2021 kräftig zulegt.

Lieferengpässe bremsen den kräftigen Konjunkturaufschwung in der Industrie. Die Stimmung der Unternehmen und die günstige Auftragslage deuten aber für 2022 auf eine Fortsetzung der Erholung.

Übersicht 8: Entwicklung der Bruttowertschöpfung Zu Herstellungspreisen

	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,20	4,31	4,31	4,31	- 3,1	+ 2,5	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	61,37	66,65	68,79	71,19	- 7,1	+ 8,6	+ 3,2	+ 3,5
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,67	10,54	10,75	11,02	- 1,4	+ 9,0	+ 2,0	+ 2,5
Bauwirtschaft	18,98	19,78	20,19	20,50	- 3,0	+ 4,2	+ 2,1	+ 1,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	38,40	40,55	42,74	44,24	- 4,2	+ 5,6	+ 5,4	+ 3,5
Verkehr	16,36	17,34	18,21	18,57	- 13,0	+ 6,0	+ 5,0	+ 2,0
Beherbergung und Gastronomie	9,79	8,03	14,41	15,59	- 40,1	- 18,0	+ 79,5	+ 8,2
Information und Kommunikation	13,21	13,63	13,91	14,18	- 1,7	+ 3,2	+ 2,0	+ 2,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16,08	16,49	17,04	17,47	+ 5,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,17	31,48	31,73	31,89	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	30,98	33,77	34,95	35,89	- 8,1	+ 9,0	+ 3,5	+ 2,7
Öffentliche Verwaltung ²⁾	54,30	55,28	55,83	56,39	- 3,7	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	7,23	7,27	8,14	8,54	- 19,7	+ 0,5	+ 12,0	+ 5,0
	311,08	323,71	340,36	349,11	- 6,8	+ 4,1	+ 5,1	+ 2,6
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	348,36	362,58	381,58	391,00	- 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5
Bruttoinlandsprodukt	4,20	4,31	4,31	4,31	- 3,1	+ 2,5	± 0,0	± 0,0

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Stimmung der österreichischen Industrieunternehmen ist anhaltend positiv, Auftragsbestände und Kapazitätsauslastung sind weiterhin hoch. Die Lieferengpässe dürften den Konjunkturaufschwung in der Industrie daher nur vorübergehend bremsen, weil sie sich aufgrund der Abschwächung der weltweiten Wachstumsdynamik um die Jahresmitte 2022 auflösen dürften. Damit dürfte dann die Industrieproduktion neuerlich Fahrt aufnehmen. Das Aufholpotential nach der COVID-19-Krise ist aber weitgehend ausgeschöpft, u. a. deshalb, da mit der Aufhebung der behördlichen Einschränkungen auch der Dienstleistungskonsum wieder stärker in den Vordergrund rückt. Die Expansionsdynamik in der Industrie wird daher allmählich nachlassen. 2022 und 2023 dürften

die Zuwächse deutlich geringer als 2021, aber dennoch hoch ausfallen.

3.5 Investitionsprojekte werden aufgeschoben

Die Investitionsdynamik verlor seit dem Frühjahr 2021 merklich an Schwung. Lieferengpässe in vielen Teilbereichen der Wirtschaft verzögern gesamte Investitionsprojekte und führten im III. Quartal 2021 zu einem deutlichen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen. Diese Abwärtsbewegung dürfte sich bis Jahresende fortsetzen. Im Gesamtjahr 2021 werden die Ausrüstungsinvestitionen aufgrund der kräftigen Dynamik zu Jahresbeginn jedoch stark ausgeweitet.

Aufgrund des Vorprodukt- und Materialmangels werden etliche Investitionsprojekte ins Jahr 2022 verschoben. 2023 laufen die Vorzieheffekte der Investitionsprämie aus.

Materialmangel und Arbeitskräftknappheit führen zu einer Verschiebung von Bauprojekten. Die Baukonjunktur bleibt jedoch robust und die Preisdynamik hoch.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bleibt im Prognosezeitraum günstig. Die Arbeitslosenquote sinkt 2022 unter das Vorkrisenniveau.

Die hohen Rohstoff- und Energiepreise treiben die Inflation 2021 und 2022. 2023 dürfte die Inflationsrate wieder Richtung des EZB-Ziels sinken.

Die Ausgaben zur Abfederung der ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie erhöhen 2021 das Defizit. Ihr Wegfall führt 2022 und 2023 trotz der Einnahmeherausfälle durch die Steuerreform zu einer deutlichen Verbesserung der Haushaltslage.

Ein Großteil der 2021 aufgeschobenen Investitionen dürfte in den Folgejahren nachgeholt werden. Insbesondere bei Ausrüstungen können Projekte relativ leicht verschoben werden. Sonstige Anlageinvestitionen – zu einem guten Teil Investitionen in Forschung und Entwicklung – werden hingegen wegen ihres immateriellen Charakters in geringerem Ausmaß nachgeholt. Darin sind auch Konzessionen und Lizenzen enthalten, die an bestimmte Zeiträume gebunden sind.

2023 dürften die Investitionen deutlich nachlassen, da die Vorzieheffekte der Investitionsprämie auslaufen. Die Inanspruchnahme der Investitionsprämie dürfte mit etwa 5 Mrd. € geringer ausfallen als in der letzten Prognose angenommen; die Prämie sollte jedoch weiterhin erhebliche Zusatz- und Vorziehinvestitionen in den Jahren 2021 und 2022 bewirken.

3.6 Materialmangel verzögert Bauproduktion

Die Bauwirtschaft ist weiterhin von Entwicklungen geprägt, die einer Hochkonjunktur ähneln. Die Kapazitätsauslastung und die Auftragsbestände sind hoch, die Preise steigen stark. Auch in diesem Bereich meldeten die Unternehmen zuletzt einen Mangel an Material und Arbeitskräften, der die Baukonjunktur bremst und zu den starken Preisanstiegen beiträgt. Die Nachfrage ist jedoch ungebrochen hoch, sodass diese Hemmnisse nicht zu dauerhaften Produktionsausfällen, sondern nur zu einer Verschiebung der Produktion führen. Im IV. Quartal 2021 dürfte die Wertschöpfung in der Bauwirtschaft allerdings weitgehend stagnieren. Die Preisdynamik dürfte hoch bleiben und das Wachstum dieses Sektors dämpfen.

Im Gesamtjahr 2021 wird die Wertschöpfung in der Bauwirtschaft kräftig zulegen. In den Folgejahren schwächt sich das Wachstum jedoch etwas ab; 2023 wird es wieder unter 2% liegen.

3.7 Günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich 2021 äußerst günstig. Zwar verlor die Beschäftigungsdynamik gegen Jahresende merklich an Schwung, im Jahresdurchschnitt legt die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten aber deutlich zu und übertrifft damit das Vorkrisenniveau. Der Anstieg entfällt zu etwa zwei Dritteln auf ausländische Arbeitskräfte. Dieser Trend dürfte sich in den Folgejahren fortsetzen, wozu auch der demografisch bedingte Rückgang der Erwerbsbevölkerung ab 2023 beiträgt. Zudem steigt die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten 2021 markant und erhöht sich bis 2023 weiter. Dies ist wesentlich auf die geringere Inanspruchnahme der Kurzarbeit zurückzuführen. Das Arbeitszeitvolumen der unselb-

ständig Beschäftigten übersteigt aber erst 2022 sein Vorkrisenniveau.

Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition sinkt 2021 um knapp 2 Prozentpunkte, bleibt somit aber deutlich höher als 2019. Erst 2022 dürfte sie das Vorkrisenniveau unterschreiten und bis 2023 weiter leicht sinken. Der Beschäftigungsanstieg wird nur zu etwa einem Drittel aus der Arbeitslosigkeit abgedeckt.

3.8 Inflation bleibt bis 2022 hoch

Die Inflation stieg im Lauf des Jahres 2021 stark, getrieben durch hohe Rohstoff- und Energiepreise sowie die dadurch bedingten Preisanstiege industrieller Güter. Der Preisauftrieb dürfte sich 2022 noch etwas verstärken, weil die preistreibenden Faktoren anhalten und erst mit dem Nachlassen der Weltkonjunktur allmählich abklingen. Zudem werden die Strom- und Gaspreise mit Jahresbeginn 2022 deutlich steigen. Weitere preistreibende Faktoren sind die geplante Wiederanhebung der im Zuge der Krise in einigen Bereichen reduzierten Mehrwertsteuer sowie die ab Juli 2022 wirksame CO₂-Bepreisung. Der Höhepunkt der monatlichen Inflationsdynamik dürfte allerdings zu Jahresbeginn 2022 erreicht sein und bis zum Jahresende auf 2% abklingen. Es ist keine dauerhafte Beschleunigung der Inflation zu erwarten, da die nominellen Lohnstückkosten 2022 weitgehend stagnieren dürften und erst im Folgejahr etwas anziehen. 2023 wird die Inflationsrate voraussichtlich knapp über der Zielmarke der Europäischen Zentralbank von 2% liegen.

3.9 Entwicklung der öffentlichen Haushalte durch Pandemie und Steuerreform getrieben

Wie schon im Vorjahr ist die Entwicklung der öffentlichen Haushalte auch 2021 vor allem durch die staatlichen Programme zur Abfederung der ökonomischen Folgen der Pandemie bestimmt. Auf der Ausgabenseite spielen dabei neben den Kurzarbeitsbeihilfen die hohen Unterstützungsleistungen für betroffene Unternehmen (Fixkostenzuschuss, Ausfallsbonus, Verlustersatz) eine wesentliche Rolle. Diese wurden im Zuge des vierten Lockdown zum Teil bis ins Frühjahr 2022 verlängert. Die Subventionen tragen jedoch erheblich zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung und zur Liquiditätssicherung von Unternehmen bei und sorgen damit für eine Stabilisierung der Lohnsteuer- und Sozialversicherungseinnahmen. Die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit fallen 2021 dennoch sehr hoch aus. Der Ausgabenanstieg wird durch den Wegfall von Einmalzahlungen, die 2020 gewährt wurden (Kinderbonus, Familienhärteausgleich, Arbeitslosengeld), etwas gebremst. Die Investitionsprämie, deren Gesamtvolumen bis 2026 auf etwa 5 Mrd. €

geschätzt wird, wird das Budget primär 2021 und 2022 belasten.

Infolge des Abbaus der Unterstützungsleistungen wird in den Jahren 2022 und 2023 mit der Rückkehr auf einen "normalen" Ausgabepfad gerechnet. Jährlich zunehmende

Mehrausgaben ergeben sich ab 2022 aus dem regionalen Klimabonus. Dieser wird im Zuge der ökosozialen Steuerreform zur Kompensation von Belastungen der privaten Haushalte durch den ab Mitte 2022 erhobenen und jährlich steigenden CO₂-Preis eingeführt.

Übersicht 9: Arbeitsmarkt

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 91,6	+ 61,4	- 76,7	+ 94,0	+ 74,0	+ 68,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 88,0	+ 58,9	- 76,1	+ 89,0	+ 70,0	+ 65,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 33,7	+ 12,3	- 53,9	+ 31,0	+ 17,0	+ 15,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 54,4	+ 46,6	- 22,2	+ 58,0	+ 53,0	+ 50,0
Selbständige ²⁾	+ 3,6	+ 2,5	- 0,6	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 13,2	+ 11,4	+ 9,9	+ 11,8	+ 6,1	- 3,9
Erwerbspersonen ³⁾	+ 63,8	+ 50,6	+ 31,6	+ 17,0	+ 44,0	+ 53,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	- 27,9	- 10,8	+ 108,3	- 77,0	- 30,0	- 15,0
Personen in Schulung	- 3,4	- 6,8	- 4,9	+ 13,0	- 2,0	± 0,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	5,2	4,8	6,0	6,4	4,8	4,4
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,9	6,6	8,9	7,2	6,5	6,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,7	7,4	9,9	8,0	7,2	6,8
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 2,5	+ 1,6	- 2,0	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,7
Arbeitslose (laut AMS)	- 8,2	- 3,5	+ 35,9	- 18,8	- 9,0	- 5,0
Stand in 1.000	312,1	301,3	409,6	332,6	302,6	287,6

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 2) Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – 3) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – 4) Labour Force Survey.

Übersicht 10: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	0,2	0,6	- 8,3	- 6,2	- 1,8	- 0,6
Primärsaldo des Staates	1,8	2,0	- 7,0	- 5,1	- 0,8	0,3
Staatseinnahmen	48,9	49,2	48,7	49,5	48,6	48,4
Staatenausgaben	48,7	48,6	57,1	55,8	50,4	49,1
In%						
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,6	- 0,4	0,4
Sekundärmarktrendite ²⁾	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	0,1	0,5

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Laut Maastricht-Definition. – 2) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Trotz einer Vielzahl steuerlicher Unterstützungsmaßnahmen (Abschreibungsbeschleunigung, Verlustverrechnung, temporäre

Senkung des Umsatzsteuersatzes in Gastronomie, Beherbergung und Kultur) kommt es aufgrund der günstigen Beschäftigungs-

entwicklung bereits 2021 wieder zu einem kräftigen Anstieg der Abgabeneinnahmen, vor allem bei direkten Steuern und Sozialbeiträgen. Die vorgesehene Entlastung der privaten Haushalte durch die Einkommensteuerreform (Reduktion der Steuersätze in der 2. und 3. Tarifstufe), die Erhöhung des Familienbonus Plus sowie die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge wird das Wachstum der Einnahmen ab 2022 dämpfen; ab 2023 verursacht die schrittweise Senkung des Körperschaftsteuersatzes Einnahmehausfälle. Die Zusatzeinnahmen aus der CO₂-Bepreisung dürften aufgrund von Härtefallregelungen, "Carbon Leakage"-Kompensationen und Erstattungsregelungen für die Landwirtschaft in den Jahren 2022 und 2023 eher moderat ausfallen. Mit der konjunkturellen

Erholung und dem Wegfall der Umsatzsteuerbegünstigung ab 2022 wird das Aufkommen an indirekten Steuern deutlich wachsen.

Nach einem Defizit von 8,3% des BIP im Vorjahr wird für 2021 neuerlich ein negativer gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo von 6,2% erwartet. In den Folgejahren ist aber mit einer deutlichen Verringerung des Budgetdefizits auf 1,8% (2022) bzw. 0,6% (2023) zu rechnen. Dabei trägt der anhaltende Rückgang der Zinsausgaben ebenfalls zu einer Verbesserung der Budgetposition bei. Die Staatschuldenquote erreicht 2021 mit 84,4% der Wirtschaftsleistung einen vorläufigen Höchstwert, dürfte jedoch bis 2023 auf 76,8% des BIP zurückgehen.

4. Prognoserisiken

Zu den wichtigsten Prognoserisiken zählen die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie und ein Fortbestehen von Lieferengpässen.

Die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie ist nach wie vor äußerst hoch. Das Infektionsgeschehen nahm im Herbst 2021 stärker zu als in der letzten Prognose erwartet, wodurch es zu einer neuerlichen behördlichen Einschränkung des Wirtschaftsgeschehens kam. Mit der Zunahme der Durchimpfungsrate, wozu auch die Impfpflicht maßgeblich beitragen dürfte, sinkt allerdings die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Aufkommens der Pandemie. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass neue Virusmutationen auftreten, die dem Infektionsgeschehen neuerlich Auftrieb verleihen und daher die konjunkturelle Erholung dämpfen. So ist derzeit noch unklar, inwieweit die bislang verwendeten Impfstoffe gegen die Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus wirken.

Auch die Lieferengpässe und der Materialmangel könnten noch länger anhalten als in der vorliegenden Prognose unterstellt. Dadurch könnte auch der Preisdruck länger hoch bleiben als erwartet. Dies würde wiederum die Zentralbanken vor eine schwierige Aufgabe stellen, da eine Straffung der Geldpolitik nicht nur die Inflation, sondern

auch das Wirtschaftswachstum dämpfen würde. Zudem führte eine solche Straffung in den USA in der Vergangenheit zu starken Kapitalzuflüssen aus den Schwellenländern. Dies könnte in den betroffenen Ländern eine Abwertung, eine Beschleunigung der Inflation, Zahlungsausfälle bei Fremdwährungskrediten oder gar eine Rezession nach sich ziehen.

Offen bleibt auch, wie sich die Solvenz von krisengeschüttelten Unternehmen entwickeln wird, sobald die staatlichen Stützungsmaßnahmen zurückgefahren werden. Dies könnte das Volumen an notleidenden Krediten erhöhen und die Kreditvergabe der Banken einschränken.

Eine Ausweitung der Fördermengen könnte hingegen die derzeit sehr hohen Rohölpreise nachhaltig dämpfen. Dies würde den Anstieg der Verbraucherpreise reduzieren und so den Zentralbanken die Beibehaltung ihres geldpolitischen Kurses erlauben. Dies hätte wohl auch höhere Konsumausgaben zur Folge, weil das Zinsniveau für die in der Krise angesparten Guthaben so längerfristig niedrig bleibt.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Ein Blick auf die Gemeindefinanzen 2020 bis 2023

Simon Loretz, Hans Pitlik



WIFO ■

Ein Blick auf die Gemeindefinanzen 2020 bis 2023

Simon Loretz, Hans Pitlik

Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Sutrich

Jänner 2022
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die Haushaltssituation 2020 der Gemeinden im Überblick

Ausgewählte Kennziffern der Kommunal финанzen und Entwicklung bis 2020

- Saldo der operativen Gemeindegebarung und freie Finanzspitze
- Entwicklung der Ausgaben bzw. Auszahlungen
- Entwicklung der Einnahmen bzw. Einzahlungen
- Entwicklung der Finanzschulden
- Maastricht-Ergebnis und Schuldenstand der Gemeindeebene nach ESGV 2019

Konjunkturelle Entwicklung 2021 bis 2023

- Hauptergebnisse der WIFO-Prognose
- Entwicklung nach Wirtschaftszweigen
- Budgetäre Entwicklung

Vorschau auf die Entwicklung der Ertragsanteile und der Kommunalsteuereinnahmen bis 2023

- Ertragsanteilsentwicklung
- Kommunalsteuerentwicklung

Anhang: Pro-Kopf-Ertragsanteile nach Bundesländern, 2020 bis 2023

Der vorliegende Bericht bietet einen Rückblick auf 2020 sowie eine Vorschau auf die Entwicklung der Budgetsituation der Gemeinden in Österreich. Die wirtschaftliche Entwicklung ist seit nunmehr zwei Jahren durch die COVID-19-Pandemie geprägt. Im Krisenjahr 2020 war für die Gemeinden ein kräftiger Zuwachs der kommunalen Finanzschulden zu verzeichnen. Die Erwartungen über die budgetäre Situation der Gemeinden in den Jahren 2021 bis 2023 sind von einer gewissen Entspannung durch die prognostizierte positive konjunkturelle Entwicklung bestimmt. Allerdings bremsen die Beschlüsse zur ökosozialen Steuerreform die Einnahmendynamik der gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

Im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes • Jänner 2022 • 28 Seiten • 40 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69274>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

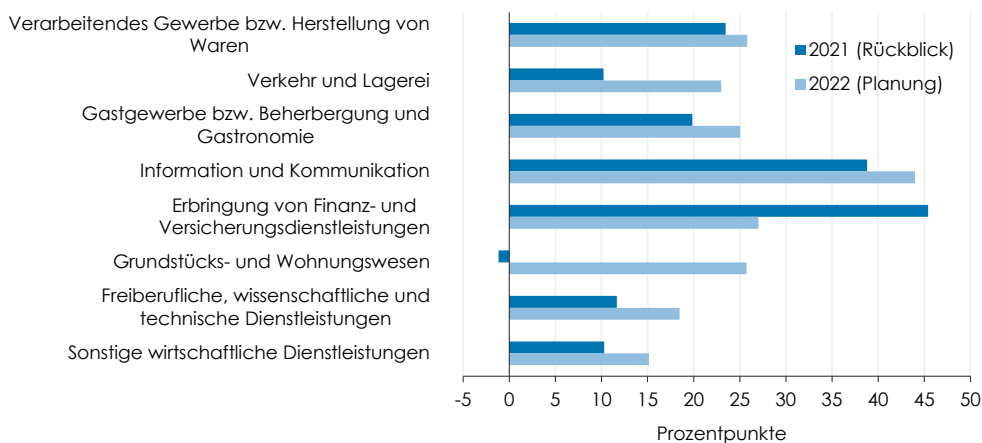
Unternehmen wollen Investitionen 2022 ausweiten

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2021

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl

- Im November 2021 wurden im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests erstmals rund 1.800 in Österreich tätige Unternehmen zu ihren Investitionsplänen befragt.
- Das Investitionswachstum im Jahr 2021 wurde breit von allen Branchen getragen.
- Die Investitionen dürften 2022 ausgeweitet werden, vor allem in Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation, in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen sowie in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.
- Großbetriebe dürften ihre Investitionen dabei stärker ausweiten als kleine und mittlere Unternehmen.
- Technologische Entwicklungen sind neben der Nachfrage die wichtigste Triebkraft der Investitionstätigkeit.
- Die meisten Investitionen dienen dem Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen. Dieser Investitionszweck wird jedoch 2022 zugunsten von Kapazitätserweiterungen an Bedeutung verlieren.

Entwicklung der Investitionen



"Laut den Ergebnissen der WIFO-Investitionsbefragung dürften die Investitionen 2022 ausgeweitet werden, vor allem in Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation, in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen sowie in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen."

Die WIFO-Investitionsbefragung weist Salden zwischen den Anteilen der Meldungen einer Ausweitung bzw. Reduktion der Investitionen in Prozentpunkten aus. Diese lassen eine Abschätzung der Entwicklung der Investitionen auf Branchenebene zu (Q: WIFO-Investitionsbefragung).

Unternehmen wollen Investitionen 2022 ausweiten

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2021

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl

Unternehmen wollen Investitionen 2022 ausweiten.

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2021

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung lassen für 2022 eine breit getragene Ausweitung der Investitionen erwarten. Dieses Investitionswachstum dürfte vor allem von Unternehmen in den Branchen Information und Kommunikation, Verkehr und Lagerei, den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen getragen werden. Großbetriebe dürften ihre Investitionen dabei stärker ausweiten als kleine und mittlere Unternehmen. Die Investitionstätigkeit wird vor allem durch die Nachfrage und technologische Entwicklungen getrieben. Am häufigsten werden Ersatzinvestitionen als Investitionsziel genannt, wobei 2022 Kapazitätserweiterungen an Bedeutung gewinnen dürften. Für Österreichs Gesamtwirtschaft rechnet das WIFO für 2022 mit einem realen Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen um 4,0%.

JEL-Codes: D22, D25, G31 • **Keywords:** Investitionen, Prognose

Begutachtung: Christian Glocker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 11. 1. 2022

Kontakt: Klaus S. Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at)

Expansion of Corporate Investment in 2022. Results of the WIFO Autumn 2021 Investment Survey

The results of the WIFO Investment Survey suggest a broad-based increase of investment in 2022. This investment growth is likely to be driven by companies in information and communication, transport and storage, professional, scientific and technical activities, as well as administrative and support service activities. Large companies are more likely to expand their investments than small and medium-sized companies (SMEs). Investment activity will be driven primarily by demand and technological developments. Replacement investments are the most frequently cited investment target, with capacity expansions likely to gain in importance in 2022. For Austria's economy, WIFO expects gross fixed capital formation to increase by 4.0 percent in real terms in 2022.

Im Rahmen des wirtschaftlichen Aufholprozesses nach der COVID-19-Krise werden auch die Investitionen robust wachsen.

Lieferengpässe prägten 2021 die Investitionsdynamik.

Die österreichische Wirtschaft wuchs 2021 kräftig, wobei die Erholung in der zweiten Jahreshälfte durch neuerliche behördliche Einschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, anhaltende Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise gedämpft wurde. Der Aufschwung dürfte sich dennoch 2022 fortsetzen. Dies wird einerseits durch einen Anstieg der Konsumausgaben getragen, der bereits in der Vergangenheit nach dem Ende von Schließungsphasen zu beobachten war. Zudem dämpften Lieferengpässe das kräftige Investitionswachstum, das durch die allgemeine wirtschaftliche Erholung ausgelöst und durch die staatliche Investitionsprämie zusätzlich stimuliert wurde. Mit der Auflösung der Lieferengpässe im Jahresverlauf 2022 dürften die Produktionshemmnisse wegfallen und geplante Investitionsvorhaben vermehrt umgesetzt werden. Ab der zweiten Jahreshälfte 2022 dürfte die österreichische Wirtschaft auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken. Nach 4,1% im Jahr 2021 wird das BIP 2022 voraussichtlich um 5,2% wachsen (Ederer & Schiman, 2021).

Im vergangenen Jahr prägten die Lieferengpässe und die Materialknappheit in vielen Teilbereichen der Wirtschaft die Investitionsdynamik, wodurch diese ab dem Frühjahr 2021 merklich an Schwung verlor. Investitionsprojekte verzögerten sich und die Unsicherheit führte im III. Quartal 2021 zu einem deutlichen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen (Ederer & Schiman, 2021). Wie die Quartalsergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom November 2021 zeigen, entwickelten sich in Österreich Konjunktur und Kapazitätsauslastung im Herbst weniger dynamisch als erwartet, was auf die COVID-19-Pandemie und die Lieferengpässe zurückzuführen ist (Hölzl et al., 2021).

Im Gesamtjahr 2021 wurden die Ausrüstungsinvestitionen aufgrund der kräftigen Dynamik zu Jahresbeginn dennoch stark ausgeweitet. Ein Großteil der 2021 aufgeschobenen Investitionen dürfte in den Folgejahren nachgeholt werden. Insbesondere Ausrüstungsinvestitionen können leicht verschoben werden. Sonstige Anlageinvestitionen – Investitionen in das immaterielle Vermögen

wie F&E oder Konzessionen und Lizenzen – können dagegen nur eingeschränkt nachgeholt werden. Aufgrund der Ausweitung der Investitionen ist jedoch weiterhin mit erheblichen Zusatz- und Vorziehinvestitionen zu rechnen. Die Bruttoanlageinvestitionen (einschließlich Bauinvestitionen) dürften 2021 um 6,4% gestiegen sein. Für 2022 wird in der aktuellen WIFO-Prognose ein Investitions-wachstum von 4,0% erwartet (Ederer & Schiman, 2021). Die Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) dürften nach voraussichtlich +6,3% (2021) im Jahr 2022 um 6,5% wachsen.

Diese Prognose der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit basiert auf vorläufigen Daten der Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnung von Statistik Austria. Die VGR weist zwar unterschiedliche Investitionstypen aus (z. B. Investitionen in "Ausrüstungs- und Waffensysteme" oder in "sonstige Anlagen"), unterscheidet jedoch nicht nach Branchen. Zudem handelt es sich um Schätzungen, die mitunter beträchtlichen Revisionen unterliegen. Um zeitnahe, disaggregierte Informationen über die Investitionstätigkeit zu erhalten, befragte das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests in Österreich tätige Unternehmen zur Entwicklung ihrer Investitionen. Die Ergebnisse dieser WIFO-Investitionsbefragung erlauben, wie in der Vergangenheit jene des WIFO-Investitions-tests, eine frühzeitige und zuverlässige Abschätzung der Investitionsentwicklung in Österreich.

Die WIFO-Investitionsbefragung

Im November 2021 erhob das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests erstmals die Investitionsabsichten der in Österreich tätigen Unternehmen. Rund 1.800 Unternehmen aus dem privaten Sektor beteiligten sich an der Erhebung. Die folgenden NACE-Rev.-2-Abschnitte wurden berücksichtigt: Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen. Die Repräsentativität der Befragung wird im Anhang ausgewiesen.

Die befragten Unternehmen wurden zudem nach ihrer Betriebsgröße klassifiziert, wobei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten als Großbetriebe und jene mit weniger als 250 Beschäftigten als kleine und mittlere Unternehmen (KMU) definiert wurden.

Mit der WIFO-Investitionsbefragung wird der WIFO-Investitionstest weitergeführt, der von 1963 bis zum Frühjahr 2021 als eigenständige Befragung durchgeführt wurde und seit 1996 Teil des gemeinsamen harmonisierten Programmes für Konjunkturumfragen in der Europäischen Union war, das von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen – GD ECFIN) finanziell unterstützt wird.

1. Vom WIFO-Investitionstest zur WIFO-Investitionsbefragung

Im Herbst 2021 nahm die Europäische Kommission grundlegende Änderungen in der Struktur der Investitionsbefragungen vor. Das Ziel dieser Umstellung war es, die Investitionsbefragung zu modernisieren, den Aufwand für die befragten Unternehmen möglichst gering zu halten und die Rücklaufquoten zu erhöhen. Insbesondere wurden Fragen, die auf quantitative Informationen über die Investitionstätigkeit abgezielt hatten, durch "qualitative" Items (ordinalskalierte Variablen) ersetzt.

Da der WIFO-Investitionstest Teil des gemeinsamen harmonisierten EU-Programmes für Konjunkturumfragen ist, ergab sich durch die beschriebenen Änderungen ein grundsätzlicher Anpassungsbedarf. Operativ wurde der WIFO-Investitionstest als eigenständige, quantitative Befragung aufgegeben und in

Form der qualitativen WIFO-Investitionsbefragung in den WIFO-Konjunkturtest integriert. Ebenso wurde die Stichprobe des Investitionstests in jene des Konjunkturtests überführt, d. h. die bisher im Rahmen des Investitionstests befragten Sachgütererzeuger wurden zur Teilnahme am Konjunkturtest eingeladen. Zugleich werden die qualitativen Investitionsfragen nun auch im Dienstleistungssektor gestellt. Da dieser einen wesentlichen Beitrag zu den gesamtwirtschaftlichen Investitionen leistet, erlaubt die Erweiterung der Stichprobe um die Dienstleister eine bessere Abschätzung der gesamten unternehmerischen Investitionstätigkeit¹⁾.

Auswertungen nach Betriebsgröße (KMU einerseits, Großbetriebe andererseits) und auf Bundesländerebene sind weiterhin möglich.

¹⁾ Im langfristigen Durchschnitt 2008/2017 machten die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes bzw. der Herstellung von Waren laut Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria 23,3% der gesamten

Investitionen des Unternehmenssektors aus (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen 18,7%, Verkehr und Lagerei 14,9%; Friesenbichler et al., 2021 a).

Auswirkungen der Überführung des WIFO-Investitionstests in die WIFO-Investitionsbefragung

Die Umstellung des Befragungsdesigns bringt eine Reihe von fundamentalen Änderungen in der Berichterstattung mit sich.

Erstens wurde die Stichprobe deutlich erweitert; sie berücksichtigt nun neben der Sachgütererzeugung auch Unternehmen in Dienstleistungsbranchen. Die Befragungsergebnisse werden künftig anhand der Sparten gemäß WKO-Systematik (und gegebenenfalls Fachverbandszuordnungen) sowie der NACE-Rev.-2-Abschnitte ("Einsteller") dargestellt.

Die Erfahrungen mit zum Teil sehr geringen Fallzahlen in einzelnen Teilbereichen der Sachgütererzeugung zeigten, dass belastbare Aussagen auf Branchenebene nur dann möglich sind, wenn die Stichprobe groß genug ist. Daher wird eine Untergrenze für die Stichprobengröße eingeführt, anhand derer entschieden wird, ob die Ergebnisse disaggregiert ausgewiesen werden oder nicht.

Quantitative Informationen über die Investitionsvolumina, wie sie bisher erhoben wurden, werden im neuen Fragebogendesign nicht mehr eingeholt. Stattdessen werden ordinalskalierte Einschätzungen abgefragt (Investitionen steigen, bleiben gleich oder sinken). Aus den so gewonnenen Daten ergibt sich ein grobes Bild der Investitionsentwicklung (Salden aus den Meldungen einer Ausweitung bzw. Reduktion der Investitionen); Wachstumsraten, wie sie bisher ausgewiesen wurden, lassen sich dagegen nicht mehr direkt aus den Daten gewinnen.

Die über die WIFO-Investitionsbefragung gewonnenen Daten sind mit den bislang erhobenen Informationen aus dem WIFO-Investitionstest oftmals nur schwer vergleichbar. Eine quantitative Abschätzung des Investitionswachstums wäre aufgrund der fehlenden Zeitreihe und der mangelnden Erfahrungswerte bezüglich des Antwortverhaltens nicht belastbar. Daher wird vorerst auf die Berechnung von Wachstumsraten verzichtet.

Mittelfristiges Ziel ist es aber, nach Abschluss der Umstellungsphase wieder quantitative Kennzahlen zur Investitionsentwicklung vorzulegen. Für solche Schätzungen sind jedoch mehrere Datenpunkte nötig, weshalb dieser Schritt erst nach einigen Umfragewellen vollzogen werden kann. Auf Grundlage der Erfahrungswerte aus dem WIFO-Investitionstest werden Abschätzungen der Investitionsdynamik für die Sachgütererzeugung rascher verfügbar sein als für den Dienstleistungssektor.

2. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung

2.1 Investitionen werden 2022 ausgeweitet

Die Investitionen im Jahr 2021 unterschieden sich beträchtlich zwischen den Branchen. Der Prozentsaldo zwischen jenen Unternehmen, die angaben, ihre Investitionen 2021 ausgeweitet zu haben, und jenen, die eine Verringerung meldeten, ist in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie in der Information und Kommunikation merklich positiv – hier überwiegen also deutlich die Meldungen einer Ausweitung der Investitionen. Auch die Unternehmen in der Herstellung von Waren und der Beherbergung und Gastronomie meldeten für 2021 mehrheitlich eine Verstärkung ihrer Investitionstätigkeit. Vor dem Hintergrund der behördlichen Geschäftsschließungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ist dies durchaus bemerkenswert. Einzig im Grundstücks- und Wohnungswesen ist die Anteilsdifferenz zwischen den Meldungen einer Ausweitung bzw. eines Rückgangs der Investitionen geringfügig negativ.

Die Einschätzungen für das Jahr 2022 deuten auf eine Ausweitung der Investitionen. Besonders ausgeprägt ist der Anstieg der Salden in Verkehr und Lagerei, in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, die u. a. die Vermietung von beweglichen Gegenständen und das Leasing beinhalten. Auch im Grundstücks- und Wohnungswesen und in der Information und Kommunikation ist mit einer kräftigen Ausweitung zu rechnen. Eine

merkliche Abschwächung der Investitionsdynamik ist, ausgehend von einem hohen Niveau, in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen zu erwarten. Aufgrund des geringen Anteils der Branche an den gesamten Investitionen dürfte dies das gesamtwirtschaftliche Investitionswachstum nur geringfügig dämpfen.

Großbetriebe mit mehr als 250 Beschäftigten planen auch 2022 häufiger eine Ausweitung ihrer Investitionen als kleine und mittlere Unternehmen. Die im Vergleich zu den KMU höhere Investitionsdynamik in den Großbetrieben zeigt sich auch im Abstand der Salden, der sich gegenüber 2021 vergrößerte (Übersicht 1).

Innerhalb der Herstellung von Waren weiteten im Zuge der COVID-19-Pandemie vor allem die Konsumgütererzeuger ihre Investitionen aus, insbesondere die Hersteller dauerhafter Konsumgüter (Übersicht 2). Letztere dürften ihre Investitionen 2022 erneut verstärken, während sich das Investitionswachstum in der Erzeugung von Verbrauchsgütern (d. h. nichtdauerhaften Konsumgütern) abschwächen dürfte. Die Erzeuger von Investitionsgütern dürften ihre Investitionen trotz des bereits hohen Niveaus erneut ausweiten.

Die Ausweitung der unternehmerischen Investitionen 2021 ruht auf breiter Basis.

Die Investitionen werden auch 2022 steigen, vor allem in Information und Kommunikation, Verkehr und Lagerei, den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen sowie in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Großbetriebe planen etwas häufiger Investitionsausweitungen als KMU.

Die Sachgütererzeuger meldeten ein robustes Investitionswachstum. Vor allem die Hersteller dauerhafter Konsumgüter gaben mehrheitlich an, ihre Investitionstätigkeit 2021 verstärkt zu haben, und planen für 2022 erneut eine Ausweitung.

Übersicht 1: Investitionen

Nach ÖNACE-Abschnitten und Betriebsgröße

	2021				2022			
	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozent- punkte	In % der Meldungen			Prozent- punkte
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	38	47	15	23	40	46	14	26
Verkehr und Lagerei	30	51	20	10	36	51	13	23
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	41	38	21	20	45	36	20	25
Information und Kommunikation	43	53	4	39	47	50	3	44
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	48	49	3	45	35	57	8	27
Grundstücks- und Wohnungswesen	10	79	11	- 1	34	59	8	26
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	25	61	14	12	29	60	11	18
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	22	67	11	10	27	61	12	15
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	23	67	9	14	29	61	10	18
Kleine und mittlere Unternehmen	33	53	14	19	36	49	14	22
Großbetriebe	36	50	15	21	38	52	10	28

Q: WIFO-Investitionsbefragung. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

Übersicht 2: Investitionen der Sachgütererzeugung

	2021				2022			
	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozent- punkte	In % der Meldungen			Prozent- punkte
Vorprodukte	35	51	14	21	38	47	15	23
Investitionsgüter	38	45	17	20	37	50	13	25
Kraftfahrzeuge	37	46	18	19	43	39	18	26
Konsumgüter	43	45	11	32	45	40	15	30
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	55	40	5	49	67	25	8	58
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	42	46	12	29	42	42	16	26
Nahrungsmittel und Getränke	33	51	16	18	35	49	16	19

Q: WIFO-Investitionsbefragung. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

Gewichtung

Es wurden zwei verschiedene Gewichtungsansätze gewählt, einer für die Beobachtungen innerhalb der Branchen und ein zweiter für Branchengruppen bzw. Sektoren.

Für einzelne Branchen werden die jeweiligen Beschäftigungsstände der Unternehmen als Gewichte herangezogen. Da Österreichs Wirtschaftsstruktur von wenigen Großbetrieben dominiert wird, werden Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten mit einem Maximalwert von 250 berücksichtigt, d. h. sie erhalten – relativ gesehen – ein geringeres Gewicht als ihnen aufgrund der Beschäftigtenanzahl tatsächlich zustünde.

Um gewichtete Aggregate von Branchengruppen zu erhalten (z. B. für die Klasse der "Konsumgüterproduzenten" oder den "Dienstleistungssektor" insgesamt), werden Gewichte auf sektoraler Ebene anhand der Variable "Gesamtinvestitionen" in den Daten der Leistungs- und Strukturhebung (LSE) der Statistik Austria berechnet. Die LSE ist die wichtigste Quelle für offizielle Investitionsdaten in Österreich. Um mögliche Verzerrungen aufgrund konjunktureller Schwankungen zu minimieren, wurde für die Berechnung der Gewichte – d. h. der Anteile der Branchengruppen – ein langfristiger Durchschnitt für den Zeitraum 2008/2017 herangezogen.

Ein breites Investitions-wachstum wird für 2022 vor allem von Unternehmen in Wien, Tirol, Burgenland und Vorarlberg gemeldet. Die schwächsten Wachstumsimpulse gehen voraussichtlich von Betrieben in Kärnten und der Steiermark aus.

Für 2021 zeigen sich beträchtliche regionale Unterschiede in der Investitionstätigkeit. Obwohl der entsprechende Saldo in allen Bundesländern positiv war, überwogen vor allem in Vorarlberg, Wien und Oberösterreich die Meldungen über Ausweitungen der

Investitionen. Auch 2022 planen die heimischen Unternehmen mehrheitlich eine Verstärkung ihrer Investitionstätigkeit. Am höchsten sind die Salden für 2022 in Tirol, Vorarlberg, Burgenland und Wien, gering dagegen in Kärnten und der Steiermark.

Übersicht 3: **Investitionen nach Bundesländern**

	2021				2022			
	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozentpunkte	In % der Meldungen			Prozentpunkte
Wien	34	57	9	24	38	56	6	32
Niederösterreich	31	55	14	17	37	51	13	24
Burgenland	17	68	15	1	34	63	3	31
Steiermark	33	47	19	14	24	60	17	7
Kärnten	33	50	18	15	32	43	25	8
Oberösterreich	36	52	12	24	41	44	15	25
Salzburg	31	54	15	16	39	49	12	27
Tirol	38	43	19	19	42	46	12	31
Vorarlberg	44	49	7	37	47	40	13	34

Q: WIFO-Investitionsbefragung. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

Die Investitionen werden vor allem von der Nachfrage und von technologischen Entwicklungen getrieben. Auch die Investitionsprämie scheint zum Investitionswachstum beigetragen zu haben.

2.2 Einflussfaktoren der Investitionen

Im Fragebogen werden auch die wichtigsten Einflussfaktoren der Investitionen erhoben, sowohl für das jeweils laufende Kalenderjahr zum Zeitpunkt der Befragung – die aktuelle Befragung wurde im November und Dezember 2021 durchgeführt – als auch für das Folgejahr. Die Antwortkategorien lauten "Nachfrage und deren (wahrscheinliche) Entwicklung", "finanzielle Ressourcen", "technologische Entwicklungen" und "andere Faktoren". Mehrfachnennungen sind möglich.

Für den Zeitraum, auf den sich die Befragung bezieht, muss berücksichtigt werden, dass die Investitionsdynamik durch die österreichische Wirtschaftspolitik unterstützt wird. Die "Investitionsprämie", ein Programm zur Förderung von Investitionen in das abnutzbare Anlagevermögen, wirkt in zweifacher Weise: Zum einen führt sie zu Mehrinvestitionen, die ohne Prämie nicht getätigt worden wären. Zum anderen bewirkt sie, dass erst später geplante Investitionen vorgezogen werden und demnach in den Folgejahren entfallen. Diese Effekte der Investitionsprämie werden durch die Kategorien "finanzielle Ressourcen" und "andere Faktoren" gemessen²⁾.

Die wichtigste Triebkraft der Investitionen war 2021 die Nachfrage, vor allem in der Sachgütererzeugung sowie in Verkehr und Lagerei (Übersicht 4). Die relativ schwächsten Impulse auf die Investitionstätigkeit erzeugte die Nachfrage in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und in der Beherbergung und Gastronomie, was durch die behördlichen COVID-19-Maßnahmen erklärt werden kann. Technologische Entwicklungen spielen vor allem in der Information und Kommunikation sowie bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen eine große Rolle, andere Faktoren vor allem im Grundstücks- und Wohnungswesen und den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Finanzielle Ressourcen sind für die meisten Unternehmen von nachrangiger Bedeutung. Auch 2022 dürfte vor allem die Nachfrage die Investitionen stimulieren.

Die Bedeutung der Einflussfaktoren unterscheidet sich nach der Betriebsgröße. Großbetriebe messen der Nachfrage und technologischen Entwicklungen eine höhere Bedeutung bei, während für KMU finanzielle Ressourcen eine größere Rolle spielen, vor allem retrospektiv im Jahr 2021. In der Vorausschau auf 2022 erkannten Großbetriebe häufiger als KMU in der Nachfrage den treibenden Faktor ihrer Investitionen.

²⁾ Siehe auch Friesenbichler et al. (2021a).

Übersicht 4: Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit

Nach ÖNACE-Abschnitten und Betriebsgröße

	2021				2022			
	Nachfrage	Finanzielle Ressourcen	Technologische Entwicklungen	Andere Faktoren	Nachfrage	Finanzielle Ressourcen	Technologische Entwicklungen	Andere Faktoren
	In % der Meldungen							
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	55	14	54	23	62	12	57	20
Verkehr und Lagerei	55	14	31	35	61	16	40	27
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	43	25	34	35	55	16	31	35
Information und Kommunikation	49	18	75	19	50	27	68	16
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	50	22	70	13	34	30	73	16
Grundstücks- und Wohnungswesen	50	17	46	57	62	22	46	48
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	31	25	60	30	43	19	57	27
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	39	24	21	55	50	23	26	41
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	47	22	40	46	52	28	41	39
Kleine und mittlere Unternehmen	43	20	47	29	49	17	50	26
Großbetriebe	60	14	56	27	69	16	57	22

Q: WIFO-Investitionsbefragung. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Was sind die wichtigsten Faktoren, die Sie heuer zu Investitionen anregen?" und "Was sind die wichtigsten Faktoren, die Sie im nächsten Jahr zu Investitionen anregen werden?" (Mehrfachnennungen möglich).

Übersicht 5: Investitionszwecke

Nach ÖNACE-Abschnitten und Betriebsgröße

	2021				2022			
	Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen	Kapazitätserweiterungen	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke	Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen	Kapazitätserweiterungen	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke
	In % der Meldungen							
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	35	26	29	10	31	28	30	10
Verkehr und Lagerei	51	22	14	14	48	24	14	13
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	52	14	15	19	44	20	17	19
Information und Kommunikation	36	29	13	22	26	30	20	23
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	27	17	39	18	31	14	34	21
Grundstücks- und Wohnungswesen	37	17	13	33	32	16	14	38
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	42	25	17	16	36	28	21	16
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	38	30	14	18	41	27	17	15
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	42	22	18	18	40	19	19	23
Kleine und mittlere Unternehmen	39	22	24	15	35	25	25	15
Großbetriebe	38	28	24	11	34	30	26	10

Q: WIFO-Investitionsbefragung. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Was sind heuer die wichtigsten Ziele Ihrer Investitionen?" und "Was werden im nächsten Jahr die wichtigsten Ziele Ihrer Investitionen sein?" (Mehrfachnennungen möglich). Den Vorgaben der Europäischen Kommission folgend werden diese Fragen anteilmäßig ausgewertet, wobei die Anteile in Summe 100% ergeben.

2.3 Ziele der Investitionen

Mit Investitionen können unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Der Fragebogen gibt vier Kategorien von Investitionszwecken vor:

"Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen", "Kapazitätserweiterungen", "Rationalisierung" und "andere Investitionszwecke". Mehrfachnennungen sind möglich³⁾.

³⁾ Im Einklang mit den Vorgaben der Europäischen Kommission werden diese Fragen anteilmäßig ausgewertet, wobei die Anteile in Summe 100% ergeben.

Ersatzinvestitionen waren 2021 das häufigste Investitionsmotiv, verlieren 2022 jedoch an Bedeutung. Insbesondere Großbetriebe planen Kapazitätserweiterungen.

Der wichtigste Investitionszweck war 2021 der Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen, vor allem in der Beherbergung und Gastronomie sowie in Verkehr und Lagerei (Übersicht 5). Kapazitätserweiterungen wurden am häufigsten von den Unternehmen in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen sowie in der Information und Kommunikation gemeldet. Rationalisierungsinvestitionen spielten vor allem in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen eine Rolle,

während andere Investitionszwecke primär von Unternehmen im Grundstücks- und Wohnungswesen verfolgt wurden.

Großbetriebe meldeten häufiger Kapazitätserweiterungen als Investitionsziel als kleine und mittelgroße Unternehmen. Ersatzinvestitionen dürften 2022 als Investitionszweck an Bedeutung verlieren.

3. Literaturhinweise

Ederer, St., & Schiman, St. (2021). *Prognose für 2021 bis 2023: Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69223>.

Friesenbichler, K. S., Bilek-Steindl, S., & Glocker, C. (2021a). *Österreichs Investitionsperformance im internationalen und sektoralen Vergleich. Erste Analysen zur COVID-19-Krise*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67163>.

Friesenbichler, K. S., Hölzl, W., Köppl, A., & Meyer, B. (2021b). *Investitionen in die Digitalisierung und Dekarbonisierung in Österreich. Treiber, Hemmnisse und wirtschaftspolitische Hebel*. WIFO. <https://wifo.ac.at/www/pubid/67181>.

Hölzl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kügler, A. (2021). *Leichte Rückgänge bei den Konjunkturbeurteilungen. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom November 2021. WIFO-Konjunkturtest, (11)*. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69170>.

4. Anhang: Repräsentationsgrad der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2021

Übersicht 1: Repräsentationsgrad der Stichprobe

Nach ÖNACE-Abschnitten und Betriebsgröße

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte		Repräsentationsgrad in %
		Gemeldet	Insgesamt ¹⁾	
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	472	46.142	612.972	7,5
Verkehr und Lagerei	164	8.536	176.352	4,8
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	203	6.852	191.128	3,6
Information und Kommunikation	103	5.086	89.672	5,7
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	45	4.044	103.924	3,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	40	2.600	24.178	10,8
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	360	12.758	140.499	9,1
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	120	6.638	226.801	2,9
Kleine und mittlere Unternehmen	1.677	71.728	1.053.621	6,8
Großbetriebe	155	38.750	787.782	4,9

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2021. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturerhebung 2019 (letzter verfügbarer Stand).

Übersicht 2: Repräsentationsgrad der Stichprobe – Sachgütererzeugung

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte		Repräsentationsgrad in %
		Gemeldet	Insgesamt ¹⁾	
Vorprodukte ²⁾	202	20.783	265.104	7,8
Investitionsgüter ²⁾	147	16.549	198.573	8,3
Kraftfahrzeuge	10	1.618	38.982	4,2
Konsumgüter	123	8.810	147.820	6,0
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter) ²⁾	40	2.416	29.898	8,1
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	83	6.394	117.922	5,4
Nahrungsmittel und Getränke	42	4.126	66.453	6,2

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2021. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturerhebung 2019 (letzter verfügbarer Stand). – ²⁾ Für jene Positionen, die aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht von Statistik Austria nicht veröffentlicht werden, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

2/2022 **Tourismusanalyse 2021: Gästenächtigungen auf dem Niveau von 1970.** Trotz rasant steigender COVID-19-Infektionszahlen positive Bilanz für Weihnachtstourismus 2021

Oliver Fritz, Anna Burton

Nach einer Atempause für den österreichischen Tourismus im Sommerhalbjahr 2021 mit knapp einem Viertel mehr Nächtigungen als in der ersten Krisen-geprägten Sommersaison 2020 und einem Rückstand von nur rund 16% gegenüber Sommer 2019, war der Start in die Wintersaison neuerlich von einem Lockdown im November und Dezember 2021 geprägt. Im Vergleich zur Saison 2018/19 beläuft sich der Aufholbedarf im ersten Winterdrittel demnach auf Basis von Nächtigungen auf gut 40%, gemessen an den nominellen Umsätzen auf knapp zwei Fünftel. Im gesamten Kalenderjahr ging die Nachfrage nach massiven Verlusten 2020 (Nächtigungen -35,9%) 2021 insbesondere in Folge des Lockdown von Jahresbeginn bis Mitte Mai neuerlich spürbar zurück (-18,7%) und erreichte damit das Vorkrisenniveau von 2019 nur in etwa zur Hälfte.

Februar 2022 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69333>

Frühere Ausgaben

1/2022 **Beschäftigung 2021: nicht alle Branchen konnten von der guten Entwicklung profitieren**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger

Jänner 2022 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69291>

15/2021 **Ausmaß und Effekte von Schulschließungen.** Österreich im internationalen Vergleich

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger

Dezember 2021 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69247>

14/2021 **Verbraucherpreise in Österreich 2021 bis 2023: Entwicklung und Ausblick**

Josef Baumgartner

Dezember 2021 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69237>

13/2021 **CO₂-Bepreisung in der Steuerreform 2022/2024**

Angela Köppl, Stefan Schleicher, Margit Schratzenstaller

November 2021 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69168>

12/2021 **Antidumpingzölle, Preise und China: Freihandel als Retter in der Not?**

Gabriel Felbermayr (WIFO), Alexander Sandkamp (IfW)

Oktober 2021 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/68030>

11/2021 **Die Produktivität österreichischer Unternehmen von 2008 bis 2018**

Michael Peneder (WIFO), Catherine Pettner (STAT)

Oktober 2021 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/68026>

10/2021 **Einschätzungen zur aktuellen und erwarteten Preisentwicklung von Nahrungsmitteln in Österreich**

Josef Baumgartner, Franz Sinabell

August 2021 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67442>

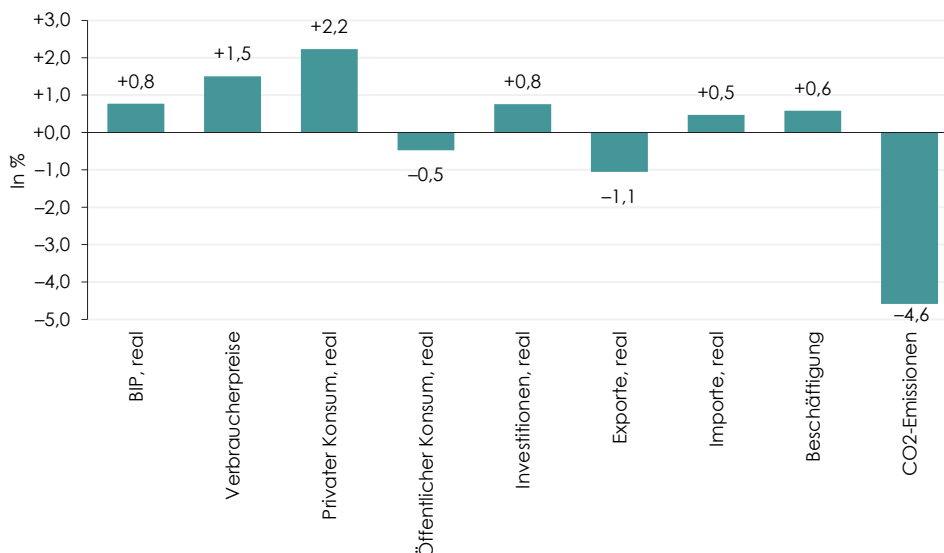
Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

Steuerreform 2022/2024 – Sektorale Effekte

Gerhard Streicher, Claudia Kettner-Marx

- Das WIFO schätzt die Entlastung durch die Steuerreform im Vollausbau (ab 2025) auf rund 5,6 Mrd. € pro Jahr. Einer Senkung der Abgaben für private Haushalte und Unternehmen sowie der Auszahlung des Klimabonus (insgesamt 7,3 Mrd. €) stehen Mehreinnahmen aus der CO₂-Bepreisung von 1,7 Mrd. € gegenüber.
- Die Schätzungen mit dem globalen Input-Output-Modell ADAGIO ergeben langfristig eine expansive Wirkung der Reform im Ausmaß von rund 0,8% des BIP; die Beschäftigung ist langfristig um 0,6% höher als im Basisszenario ohne Steuerreform.
- Durch die Struktur der Reform, namentlich die Einführung einer CO₂-Bepreisung, büßen energieintensive Sektoren an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und an Produktionswert ein. Positive Wirkungen ergeben sich tendenziell im Dienstleistungsbereich, insbesondere in konsumnahen Branchen.
- Die CO₂-Bepreisung in Höhe von 55 € je t für bisher nicht vom EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) erfasste Branchen führt gemäß der Modellschätzung zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen CO₂-Emissionen um rund 5% – eine spürbare Reduktion, die allerdings nur einen moderaten Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leistet.

Langfristige Effekte der Steuerreform 2022/2024



"Die langfristige Wirkung der Steuerreform wird auf 0,8% des BIP geschätzt und wird maßgeblich von den privaten Haushalten getragen, deren verfügbares Einkommen durch Steuersenkungen und den Klimabonus steigt. Die CO₂-Bepreisung dämpft die CO₂-Emissionen um rund 5%, leistet damit aber nur einen moderaten Beitrag zur Erreichung der Klimaziele."

Die Abbildung zeigt die geschätzten langfristigen Effekte der Steuerreform als relative Abweichungen gegenüber einem Basisszenario ohne Reform (Q: WIFO-Berechnungen).

Steuerreform 2022/2024 – Sektorale Effekte

Gerhard Streicher, Claudia Kettner-Marx

Steuerreform 2022/2024 – Sektorale Effekte

Der vorliegende Beitrag präsentiert die Ergebnisse einer Ex-ante-Schätzung der langfristigen Auswirkungen der Steuerreform 2022/2024. Der Fokus liegt auf den Wirkungen auf Branchenebene. Ausgangspunkt der Schätzung ist ein Reformumfang im Vollausbau (ab 2025) von 5,6 Mrd. € pro Jahr. Er ergibt sich aus einer Senkung der Abgaben für Unternehmen und private Haushalte um 7,3 Mrd. € p. a. (einschließlich Klimabonus), der jährlich 1,7 Mrd. € an Mehreinnahmen aus der CO₂-Bepreisung gegenüberstehen. Die langfristigen Schätzungen mit dem globalen Input-Output-Modell ADAGIO ergeben eine expansive Wirkung der Reform im Ausmaß von rund 0,8% des BIP; die Beschäftigung ist langfristig um 0,6% höher als im Basisszenario ohne Steuerreform. Die Struktur der Reform impliziert für energieintensive Sektoren einen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und an Produktionswert. Dienstleistungen, insbesondere konsumnahe Branchen, profitieren dagegen tendenziell von der Steuerreform. Einer der Hauptgründe für diese sektoral unterschiedlichen Effekte ist die Einführung der CO₂-Bepreisung für bisher nicht vom EU-ETS erfasste Sektoren (Preis ab 2025: 55 € je t CO₂). Diese führt gemäß der Modellschätzung zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen CO₂-Emissionen um knapp 5% – dies ist zwar eine spürbare Reduktion, leistet jedoch nur einen moderaten Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

JEL-Codes: C67, E27, H20, Q51, Q58 • **Keywords:** Steuerreform 2022/2024, Sektorale Effekte, Öffentliche Haushalte, Österreich, Input-Output-Modellsimulationen

Begutachtung: Mark Sommer • **Wissenschaftliche Assistenz:** Elisabeth Arnold (elisabeth.arnold@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 14. 1. 2022

Kontakt: Gerhard Streicher (gerhard.streicher@wifo.ac.at), Claudia Kettner-Marx (claudia.kettner-marx@wifo.ac.at)

1. Einleitung

Am 15. Dezember 2021 wurde vom Ministerrat die "ökosoziale" Steuerreform 2022/2024 beschlossen, die mit einem Volumen von rund 5,6 Mrd. € im Jahr 2025 (Vollausbau) eine Entlastung um rund 1,1% des BIP impliziert. Die Maßnahmen werden schrittweise bis 2025 eingeführt, wobei die Erhöhung des Sozialversicherungsbonus rückwirkend für 2021 gelten soll. Die umfassendsten Maßnahmen sind aber die Reduktion der Einkommensteuer (Entlastung 2025 rund 2,6 Mrd. €), die Einführung einer CO₂-Bepreisung und eines "Klimabonus", wodurch ein Großteil der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung (2025: 1,5 Mrd. €) an die privaten Haushalte zurückgegeben wird, sowie die Senkung der Körperschaftsteuer (2025: 1,2 Mrd. €). Die Details zu den Volumina und Einführungszeitpunkten der Maßnahmen

wurden bereits in früheren Beiträgen der WIFO-Monatsberichte dargelegt (siehe Kettner-Marx et al., 2021 sowie Baumgartner et al., 2021); die Maßnahmen sowie die Annahmen zu deren Umsetzung wurden weitestgehend aus dem letztgenannten Beitrag übernommen – nicht zuletzt aus Gründen der Vergleichbarkeit, weshalb hier auf eine detaillierte Beschreibung verzichtet wird.

Die vorliegende Analyse baut nicht nur hinsichtlich der Details der Reform auf den genannten Arbeiten auf: In Baumgartner et al. (2021) wurde eine modellhafte Ex-ante-Ab-schätzung der makroökonomischen Effekte der Steuerreform unternommen. Die Ergebnisse daraus sollen mit der vorliegenden Untersuchung hinsichtlich der langfristigen

sektoralen Wirkungen der Reform verfeinert werden. Dafür wird ADAGIO, ein multiregionales Input-Output-Modell, verwendet. Eine

Beschreibung des Modells findet sich in Kapitel 3.

2. Die Steuerreform

Wie erwähnt wird die Steuerreform schrittweise im Zeitraum 2022 bis 2025 eingeführt. Da das Augenmerk des vorliegenden Beitrags auf den langfristigen sektoralen Wirkungen liegt, wird auf eine Darstellung des Anpassungspfades verzichtet. Es werden stattdessen nur die Volumina und die Struktur der Reform im Vollausbau ab 2025 präsentiert.

Insgesamt wurde die Nettoentlastung im Jahr 2025 ex ante auf 5,6 Mrd. € geschätzt (Baumgartner et al., 2021). Einer Entlastung um insgesamt 7,3 Mrd. € durch die Senkung der Abgaben für private Haushalte und Unternehmen sowie die Auszahlung des Klimabonus stehen 1,7 Mrd. € an Mehreinnahmen aus der CO₂-Bepreisung gegenüber. Der bei weitem größte Teil der Abgabensenkung kommt den privaten Haushalten zugute, an die auch der Großteil der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung in Form eines regional differenzierten "Klimabonus" zurückfließt.

Die privaten Haushalte werden im Modell ADAGIO in fünf Einkommensquintile aufgliedert, die sich hinsichtlich ihrer Konsumneigung und Ausgabenstruktur durchaus markant unterscheiden. Unterschiede bestehen auch hinsichtlich der Betroffenheit von der Steuerreform: Steuersenkungen kommen eher einkommensstarken Haushalten zugute, während andere Maßnahmen wie etwa die Erhöhung des Sozialversicherungsbonus speziell auf die Unterstützung einkommensschwächerer Haushalte abzielen. Die Verteilungswirkung des betragsmäßig gestaffelten "regionalen Klimabonus", der ein Gesamtvolumen von rund 1,5 Mrd. € umfasst, ist a priori unbestimmt: er besteht in einer Pro-Kopf-Prämie, deren Höhe sich nach der Siedlungsdichte und der Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel am Wohnort richtet; der Bonus beträgt 2022 zwischen 100 € und 200 € je Erwachsenen (für Kinder ist er halb so hoch) und wird in den Folgejahren erhöht.

Die Steuerreform wird schrittweise im Zeitraum 2022 bis 2025 eingeführt.

Übersicht 1: **Direkte Wirkungen der Steuerreform 2022/2024 auf die privaten Haushalte im Jahr 2025 (Vollausbau)**

	Entlastung Geringverdienender	Senkung der Krankenversicherungsbeiträge	Einkommensteuertarifreform	Erhöhung des Familienbonus Plus	Erhöhung des Kindermehrbetrages	Klimabonus	Insgesamt	Haushaltseinkommen 2021	Entlastung bezogen auf Haushaltseinkommen 2021
	Mio. €								In %
1. Quintil	142,7	9,0	25,0	15,5	64,7	229,2	486,1	14.678,1	3,3
2. Quintil	170,7	8,7	225,6	134,6	13,5	308,2	861,3	27.068,3	3,2
3. Quintil	130,3	8,7	458,9	188,6	2,8	323,9	1.113,3	34.961,1	3,2
4. Quintil	118,0	10,2	724,2	163,9	0,4	320,0	1.336,8	43.472,7	3,1
5. Quintil	61,7	6,6	1.189,8	114,2	0,7	297,6	1.670,6	66.472,4	2,5
Insgesamt	623,3	43,2	2.623,6	616,8	82,2	1.478,8	5.468,0	186.652,7	2,9

Q: WIFO-Berechnungen mit dem Mikrosimulationsmodell WIFO-Micromod.

Um die unterschiedliche Betroffenheit der fünf Haushaltssklassen von der Steuerreform adäquat abzubilden, wurden entsprechende Voruntersuchungen mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell durchgeführt¹⁾. Die Effekte der Reform im Vollausbau 2025 stellen sich folgendermaßen dar:

Obwohl der Anteil der einkommensstärkeren Haushalte am Gesamtvolumen der Steuer-

reform am größten ist, ist die direkte Verteilungswirkung – also das Entlastungsvolumen in Relation zum Haushaltseinkommen des jeweiligen Quintils – sehr ausgewogen; das einkommensstärkste 5. Quintil erhält, bezogen auf sein Haushaltseinkommen, sogar merklich weniger als die übrigen Einkommensgruppen (Übersicht 1)²⁾.

Die Verteilungswirkung der Steuerreform ist ausgewogen, nicht zuletzt durch den Klimabonus.

¹⁾ Auch diese finden sich, wie auch die Annahmen für die Makrosimulationen, in Baumgartner et al. (2021), allerdings werden im Makromodell drei, in ADAGIO jedoch fünf Haushaltssklassen unterschieden.

²⁾ Die Belastung der Haushalte durch die CO₂-Bepreisung wird in Übersicht 1 allerdings nicht berücksichtigt; diese Maßnahme trifft einkommensschwächere Haushalte relativ stärker als solche mit höherem Einkommen.

Übersicht 2: Sektorale Emissionen und Abdeckung durch das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS)

Basisjahr 2017

		Kohle	Erdöl	Erdgas	Prozess- emissionen	Geschätzte Abdeckung durch EU-ETS
		In 1.000 t				In %
A01	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten	2	694	49	120	0
A02	Forstwirtschaft und Holzeinschlag	0	0	0	0	0
A03	Fischerei und Aquakultur	0	0	0	0	0
B05 bis B07	Kohlenbergbau; Gewinnung von Erdöl und Erdgas; Erzbergbau	0	60	339	174	0
B08 bis B09	Gewinnung von Steinen und Erden; sonstiger Bergbau; Dienstleistungen für den Bergbau	1	116	166	309	0
C10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	11	110	516	0	0
C11 bis C12	Getränkeherstellung, Tabakverarbeitung	3	21	75	0	0
C13	Herstellung von Textilien	0	4	49	0	0
C14	Herstellung von Bekleidung	0	2	6	0	0
C15	Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	0	2	11	0	0
C16	Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	0	139	119	1	90
C17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	267	18	981	2	100
C18	Herstellung von Druckerzeugnissen	0	8	22	8	0
C19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	382	1.252	193	0	100
C20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	81	59	808	668	60
C21	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	0	7	121	1	100
C22	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	0	14	65	0	40
C23	Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	177	328	753	2.433	90
C24	Metallerzeugung und -bearbeitung	9.625	64	1.164	2.395	90
C25	Herstellung von Metallerzeugnissen	0	77	151	0	90
C26	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	0	13	13	0	0
C27	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	0	87	62	0	0
C28	Maschinenbau	0	50	71	0	0
C29	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	0	27	75	1	0
C30	Sonstiger Fahrzeugbau	0	2	6	0	0
C31	Herstellung von Möbeln	0	22	9	0	0
C32	Herstellung von sonstigen Waren	0	11	7	0	0
C33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	0	29	10	0	0
D35	Energieversorgung	3.013	909	4.980	17	0
E36	Wasserversorgung	0	4	200	1	0
E37 bis E39	Abwasserentsorgung; Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung; Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	0	188	50	2	0
F41	Hochbau	0	214	17	5	0
F42	Tiefbau	0	364	10	2	0
F43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	0	407	30	5	0
G45	Handel mit Kfz; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	0	83	31	1	0
G46	Großhandel (ohne Handel mit Kfz)	0	476	67	1	0
G47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz)	0	199	28	1	0
H49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	7	2.072	583	6	0
H50	Schifffahrt	0	15	0	0	0
H51	Luffahrt	0	3.556	0	2	100
H52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	0	184	12	1	0
H53	Post-, Kurier- und Expressdienste	0	86	7	0	0
I55 bis I56	Beherbergung und Gastronomie	0	149	59	1	0
J58	Verlagswesen	0	4	3	0	0
J59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	0	2	0	0	0
J60	Rundfunkveranstalter	0	1	0	0	0
J61	Telekommunikation	0	3	0	0	0
J62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	0	29	1	0	0
K64	Erbringung von Finanzdienstleistungen	0	12	0	0	0
K65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	0	9	0	0	0
K66	Mit Finanz- und Versicherungsleistungen verbundene Tätigkeiten	0	3	0	0	0
L68	Grundstücks- und Wohnungswesen	0	29	1	0	0

Q: Statistik Austria, Umweltbundesamt, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 2/Fortsetzung: **Sektorale Emissionen und Abdeckung durch das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS)**

Basisjahr 2017

		Kohle	Erdöl	Erdgas	Prozess- emissionen	Geschätzte Abdeckung durch EU-ETS
		In 1.000 t			In %	
M69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	0	8	1	0	0
M70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	0	36	4	0	0
M71	Architektur- und Ingenieurbüros	0	18	3	0	0
M72	Forschung und Entwicklung	0	4	4	0	0
M73	Werbung und Marktforschung	0	8	1	0	0
M74 bis M75	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten; Veterinärwesen	0	58	1	0	0
N77	Vermietung von beweglichen Sachen	0	126	3	0	0
N78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	0	9	1	0	0
N79	Reisebüros, Reiseveranstalter, sonstige Reservierungsdienstleistungen	0	20	1	0	0
N80 bis N82	Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	0	122	17	0	0
O84	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	329	316	1	0
P85	Erziehung und Unterricht	0	50	12	1	0
Q86	Gesundheitswesen	0	94	55	1	0
Q87 bis Q88	Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime); Sozialwesen (ohne Heime)	0	10	0	0	0
R90	Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten	0	22	0	0	0
R91	Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten	0	14	0	0	0
R92	Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	0	11	0	0	0
R93	Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	0	94	18	0	0
S94	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen	0	16	5	0	0
S95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	0	4	0	0	0
S96	Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen	0	35	27	0	0
T97 bis T98	Private Haushalte mit Hauspersonal	0	0	0	0	0
Privater Konsum		0	11.315	2.988	0	0

Q: Statistik Austria, Umweltbundesamt, WIFO-Berechnungen.

Bei den Unternehmen schlagen die Senkung der Körperschaftsteuer von 25% auf 24% (2023) und weiter auf 23% (im Jahr 2024; Entlastungsvolumen ab 2024 700 Mio. € p. a.) sowie der Investitionsfreibetrag mit 350 Mio. € pro Jahr am stärksten zu Buche. Für die Wirkungen dieser Maßnahmen wird – analog zu den Simulationen mit dem WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2021) – angenommen, dass dadurch langfristig die sektoralen Investitionen um rund 90% des Volumens der Körperschaftsteuersenkung bzw. des Freibetrages steigen³⁾.

Der CO₂-Preis wurde für 2022 mit 30 € je t festgesetzt und soll bis 2025 schrittweise auf 55 € je t steigen (siehe Kettner-Marx et al., 2021)⁴⁾; danach soll nach derzeitigen Plänen das Fixpreissystem – analog zum deutschen nationalen Emissionshandelssystem – in ein System mit freier Preisbildung auf dem Markt

überführt werden. Damit beträgt das geschätzte Volumen der CO₂-Bepreisung im Jahr 2025 rund 1,7 Mrd. €, wovon der Großteil (1,5 Mrd. €) in Form des "Klimabonus" an die Haushalte zurückfließt (bis 2024 übersteigt dieser Rückfluss sogar das geschätzte Steueraufkommen). Gegenstand der Besteuerung sind die CO₂-Emissionen, die bei der Nutzung fossiler Energieträger entstehen. Die CO₂-Bepreisung ergänzt die bestehenden Steuern und Abgaben auf Energie, insbesondere die Mineralölsteuer. Emissionen, die bereits im Rahmen des Europäischen Emissionshandels (EU-ETS) erfasst sind, sind von der CO₂-Bepreisung ausgenommen. Für die Bestimmung der sektoralen Effekte ist es daher erforderlich, für jede Branche den Anteil der bereits vom EU-ETS erfassten Emissionen zu ermitteln. Dies kann nur näherungsweise erfolgen, da die relevanten Datenquellen – ETS einerseits, sektorale Gesamt-

Für bisher nicht vom EU-ETS erfasste Sektoren wird eine CO₂-Bepreisung eingeführt.

³⁾ Neben den großen Posten Körperschaftsteuersenkung und Investitionsfreibetrag umfasst die Steuerreform 2022/2024 eine Vielzahl kleiner und kleinster Maßnahmen, die in erster Linie auf Unternehmen bzw. landwirtschaftliche Betriebe abzielen und teilweise zur Abfederung negativer Wettbewerbseffekte in Folge der Einführung der CO₂-Bepreisung implementiert wurden. Obschon sie in Summe mehr als 10% des Entlastungsvolumens ausmachen, werden sie hier nicht

berücksichtigt, vor allem deshalb, da ihre Implementierung im Modell unverhältnismäßig aufwändig wäre.

⁴⁾ Einschließlich Mehrwertsteuer entspräche dieser CO₂-Preis im Jahr 2025 einer Verteuerung von Benzin und Diesel um 16,9 bzw. 18,5 Cent je Liter, von Heizöl um 18,6 Cent je Liter und von Erdgas um 1,3 Cent je kWh. Der tatsächliche Preispfad ist abhängig von der Entwicklung der Nettoenergiepreise (siehe Kettner-Marx et al., 2021).

CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen bilden die Basis für die CO₂-Bepreisung.

emissionen⁵⁾ andererseits – auf sektoraler Ebene nicht vollständig kompatibel sind. Übersicht 2 zeigt das Ergebnis dieser Abschätzung für 2017, das Basisjahr des Modells ADAGIO.

In Summe erzeugte die Nutzung fossiler Energieträger einen Ausstoß von rund 53,5 Mio. t CO₂⁶⁾. Dazu kommen gut 6 Mio. t an Prozess-emissionen, die jedoch nicht von der CO₂-Bepreisung erfasst werden⁷⁾. Mit Anteilen von 90% oder mehr praktisch vollständig ist die Abdeckung durch den Emissionshandel in den NACE-Abteilungen C16 und C17 (Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren; Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus), C19 (Mineralölverarbeitung),

3. Modell

ADAGIO ("A Dynamic Global Input-Output Model") ist ein ökonometrisches Input-Output-Modell⁸⁾ der EU 28 und 14 weiterer Länder¹⁰⁾, die gemeinsam mehr als vier Fünftel der Weltwirtschaft umfassen. Kern des Modells sind Aufkommens- und Verwendungstabellen nach 64 Sektoren (NACE-Rev.-2-Abteilungen) bzw. Gütern¹¹⁾ sowie sechs Kategorien der Endnachfrage (privater Konsum, öffentlicher Konsum, private Dienste ohne Erwerbscharakter, Investitionen, Lagerveränderungen sowie Exporte). Ergänzt werden die nationalen Tabellen durch eine Handelsmatrix, die die Modellregionen auf Güterebene verbindet. Das Basisjahr des Modells ist 2017. Die grundlegende Struktur der interregionalen Tabellen folgt der World Input-Output Database (WIOD; vgl. Timmer et al., 2015), allerdings aktualisiert auf das Jahr 2017 (das letztverfügbare Jahr in der WIOD ist 2014)¹²⁾.

Wesentliche Verhaltensgleichungen sind ökonometrisch geschätzt: Die Faktornachfrage in der Produktion wird gemeinsam mit den Outputpreisen über ein Translog-Modell bestimmt; die Lohnsetzung folgt einem "Wage-Bargaining-Ansatz", der die Preis- und Produktivitätsentwicklung berücksichtigt. In der privaten Konsumnachfrage werden zwei dauerhafte (Fahrzeuge, Wohnraum) und 13 nichtdauerhafte Konsumgüter unterschied-

C21 (Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen) sowie C23 bis C25 (Baustoffe; Metallherzeugung und -verarbeitung).

Die verbleibenden, nicht vom EU-ETS erfassten Emissionen bilden die Basis für die CO₂-Bepreisung. Zur Abschätzung ihrer Effekte werden die sektoralen Emissionen nach Energieträgern auf die sektoralen Vorleistungseinsätze der Güter B05 (Erdöl und Erdgas), C19 (Mineralölprodukte) und D35 (Strom und Gas)⁸⁾ bezogen und jene Gütersteuer berechnet, die dem angenommenen Preis je t CO₂ entspricht (also 30 € im Jahr 2022 bzw. 55 € im Jahr 2025; für die Modellierung der langfristigen Wirkungen wurde ein Preis von 55 € je t CO₂ angesetzt).

Für die Simulationen wird ADAGIO – ein globales ökonometrisches Input-Output-Modell – herangezogen.

den, die in einem quadratischen AIDS-Modell bestimmt werden. Die Exportströme der 64 Gütersektoren sind zum Teil modellendogen (aus den gespiegelten Importen der anderen Modellregionen), zum Teil modell-exogen (Exporte in den "Rest der Welt").

Für den privaten wie den öffentlichen Konsum ist eine dynamische Vermögensbildung implementiert, wobei für den privaten Konsum zusätzlich fünf Einkommensgruppen (Quintile) unterschieden werden. Vereinfacht dargestellt, ergibt die Differenz aus den laufenden Einnahmen und Ausgaben die Nettoverschuldung (bzw. Ersparnis), die gemeinsam mit dem Schulden- bzw. Vermögensstand des Vorjahres den des laufenden Jahres ergibt; Schulden- bzw. Vermögensstände gehen mit (positiven oder negativen) Zinszahlungen in die laufenden Einnahmen bzw. Ausgaben ein.

In ADAGIO erfolgt eine konsistente Modellierung der Zahlungsströme zwischen privaten Haushalten, Unternehmen und Staat.

Zwischen der Gebarung der privaten und jener der öffentlichen Haushalte bestehen vielfältige Verbindungen: Steuern auf Einkommen und Vermögen oder Sozialversicherungsabgaben fließen von den privaten Haushalten zum Staat, Transferleistungen (Pensionsleistungen, Arbeitslosenunterstützung, sonstige Transfers) vom Staat zu den privaten Haushalten. Ähnliche Verbindungen, wenn auch in geringerem Umfang,

⁵⁾ Emissionen nach Luftemissionsrechnung gemäß Statistik Austria.

⁶⁾ Stand 2017 (Basisjahr des Modells). Nicht berücksichtigt ist hierin der Nettokraftstoffexport im Tank, dessen Beitrag auf weitere 5,6 Mio. t CO₂ geschätzt wird (Umweltbundesamt, 2019).

⁷⁾ Sie sind auch nur in der Herstellung von Baustoffen – und hier insbesondere in der Zementerzeugung –, in der Metallherzeugung sowie in der chemischen Industrie relevant; diese Branchen sind großteils vom EU-ETS erfasst.

⁸⁾ Der Sektor D35 (wie auch das von ihm hergestellte Gut) umfasst zwei Energiearten, nämlich elektrischen Strom und Gas, wobei nur Gas von der CO₂-Bepreisung betroffen ist. Deshalb musste der Sektor fiktiv geteilt werden. Dazu wurde eine Sonderauswertung der österreichischen Input-Output-Tabelle durchgeführt, in der die Herstellung wie auch die Nachfrage nach den

Gütern Strom und Gas für jeden Verbraucher getrennt ausgewiesen ist.

⁹⁾ Für eine detaillierte Darstellung siehe Kratena et al. (2017). Für eine Diskussion der "Modellphilosophie" siehe Kratena und Streicher (2009, 2017).

¹⁰⁾ Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Japan, Kanada, Korea, Norwegen, Russland, Schweiz, Taiwan, Türkei, USA.

¹¹⁾ Für Österreich sind die umfassenderen Aufkommens- und Verwendungstabellen der Statistik Austria implementiert, die 74 Sektoren bzw. Güter unterscheiden.

¹²⁾ Die Aktualisierung beruht auf Daten von Eurostat (für die EU 28 und Norwegen) bzw. Statistik Austria (für Österreich) sowie auf nationalen VGR-Daten, die von der Statistikabteilung der UN (UNSTAT) zusammengestellt werden (für die Nicht-EU-Länder).

bestehen zwischen dem Unternehmenssektor und dem Staat (über Produktionssteuern, Subventionen, Körperschaftsteuern usw.).

Eine weitere Eigenschaft, die ADAGIO für Steuersimulationen wie die vorliegende prädestiniert, ist die Modellierung eines konsistenten Preisbildungsmechanismus: Ausgehend von den endogenen Outputpreisen nach Sektoren, die gemeinsam mit den Produktionsfaktoren bestimmt werden, werden die Güterpreise zu Herstellungspreisen ("Preis am Fabrikstor") ermittelt. Zusammen mit Handels- und Transportspannen sowie Gütersteuern (z. B. Umsatzsteuer) ergeben sich daraus die Anschaffungspreise, also jene Preise, die von den verschiedenen Verbrauchern gezahlt werden. Im Außenhandel setzt sich diese Preistransmission fort: Die an der Grenze des exportierenden Landes zu fob-Preisen ("free on board") bewerteten Exporte werden – nach Aufschlag der internationalen Handels- und Transportspanne – an der Grenze des Importlandes zu cif-bewerteten Importen ("cost, insurance, freight")¹³⁾. Veränderungen der nationalen wie internationalen Handels- und Transportmargen sowie der Gütersteuern, zu denen im Außenhandel auch Zölle gehören können, lassen sich somit auf sehr direkte und präzise Weise im Modell implementieren.

3.1 Simulationssetting – "closure rule"

Während Baumgartner et al. (2021) die kurz- bis mittelfristigen Effekte der Steuerreform untersuchten, sollen hier die langfristigen "Gleichgewichtswirkungen" im Mittelpunkt stehen. Dies dient zum einen der Ergänzung, zum anderen kommt der langfristige Simulationshorizont dem Strukturmodell ADAGIO besonders entgegen¹⁴⁾. Dabei wird das Modell über einen längeren Zeitraum gelöst (im gegenständlichen Fall über 20 Jahre), bis sich ein neuer Gleichgewichtspfad eingestellt hat, der als langfristige Lösung interpretiert werden kann.

Die Ergebnisse solcher Simulationen werden maßgeblich durch die "closure rule" bestimmt, im konkreten Fall durch die Annahmen zur Reaktion der Staatsausgaben auf die Änderungen im simulierten Wirtschafts-

system. Die Bandbreite der möglichen Annahmen zu dieser Reaktion wird dabei von den folgenden beiden Extremfällen bestimmt:

- Die erste Annahme unterstellt einen (real) konstanten Staatskonsum und konstante öffentliche Investitionen, d. h. der öffentliche Konsum ändert sich auch bei Veränderungen im Steueraufkommen nicht bzw. nur im Ausmaß der Veränderungen im relevanten Preisindex der Staatsausgaben. Damit reagiert das Budgetdefizit als Residuum voll auf Veränderungen in den Staatseinnahmen bzw. -ausgaben. Sinken die Staatseinnahmen, folgt daraus ceteris paribus also eine Erhöhung des Budgetdefizits (bei konstantem Staatskonsum).
- Gemäß der zweiten Annahme werden die Ausgabenkategorien öffentlicher Konsum und öffentliche Investitionen dagegen endogen bestimmt¹⁵⁾: sie stellen in diesem Fall also das Residuum aus den Staatseinnahmen und -ausgaben nach Maßgabe eines exogenen Budgetdefizits dar. Sinken die Staatseinnahmen, ergibt sich hier ceteris paribus also ein Rückgang des öffentlichen Konsums und der öffentlichen Investitionen (bei konstantem Budgetdefizit). Die Aufteilung der Ausgabenänderung auf Konsum und Investitionen beruht auf der empirisch fundierten Annahme, dass der öffentliche Konsum einen konstanten Anteil am BIP ausmacht¹⁶⁾. Der verbleibende Anteil der Ausgabenänderung wird den öffentlichen Investitionen zugerechnet. Diese betragen 2017 rund 11,5 Mrd. €¹⁷⁾.

Qualitativ sind die Ergebnisse, die sich unter den beiden Annahmen ergeben, einander nicht unähnlich, auch in struktureller Hinsicht, also mit Blick auf das sektorale Muster der "Betroffenheit". Die zweite Annahme resultiert bei Steuersenkungen tendenziell in moderateren Effekten, da hier der Staatskonsum, der einen vergleichsweise hohen Multiplikator aufweist, tendenziell zurückgeht. Werden Steuererhöhungen modelliert, so gilt das Gegenteil.

Der Fokus der Simulation liegt auf den langfristigen "Gleichgewichtswirkungen" der Steuerreform.

¹³⁾ Die Ableitung konsistenter Außenhandelsströme wird in Streicher und Stehrer (2015) beschrieben.

¹⁴⁾ In der Tat sind kurzfristige Konjunkturanalysen mit einem Input-Output-Modell wie ADAGIO nur schwer durchführbar.

¹⁵⁾ Eine mögliche Annahme wäre auch, nur den öffentlichen Konsum zu endogenisieren, wodurch dieser jedoch recht hohen Schwankungen ausgesetzt wäre, die so nicht beobachtet werden. Der Anteil des öffentlichen Konsums am BIP ist im Zeitverlauf recht konstant. Dies ist plausibel, da er zu einem großen Teil aus Gehältern besteht, die langfristige Beschäftigungsstrukturen finanzieren, etwa im öffentlichen Dienst oder im Gesundheitsbereich. Demgegenüber können die öffentlichen Investitionen, die zu einem weit größeren Teil als diskretionär betrachtet werden können, sicherlich als volatiler angenommen werden. Der geschätzte Effekt ist unter dieser Annahme allerdings

geringer als unter jener einer ausschließlichen Reaktion des öffentlichen Konsums, da dieser im Gegensatz zu den Investitionen einen niedrigen Importanteil aufweist (Bauinvestitionen sind zwar wenig importintensiv, Fahrzeug- und Ausrüstungsinvestitionen hingegen schon).

¹⁶⁾ Dieser Anteil schwankte im Zeitraum 2010 bis 2017 nur geringfügig und lag zwischen 19,2% und 19,8% (Durchschnitt: 19,6%).

¹⁷⁾ In der Umsetzung werden sie als Investitionen in den öffentlichen Dienstleistungsbranchen O84 (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung), P85 (Erziehung und Unterricht), Q86 bis Q88 (Gesundheits- und Sozialwesen) sowie R91 (Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten) interpretiert; auch ein Teil der Investitionen im Sektor H49 (Landverkehr) wird daraus finanziert (ÖBB).

Da die Annahme konstanter Staatsausgaben im Falle eines langfristigen Simulationshorizonts wenig realistisch ist, wird für die gegenständliche Aufgabenstellung die zweite

Annahme getroffen, also eine endogene Bestimmung des öffentlichen Konsums und der öffentlichen Investitionen bei vorgegebenem Defizitpfad unterstellt.

4. Wirkungsmechanismen

Im Folgenden werden die modellinhärenten Wirkungsmechanismen beschrieben, deren Interaktion die Ergebnisse im Wesentlichen bestimmt.

- Eine Senkung der **Einkommensteuer** erhöht in einem ersten Schritt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und damit den privaten Konsum. Das Ausmaß des Konsumeffekts hängt von der Konsumneigung ab – diese ist bei einkommensstärkeren Haushalten merklich geringer als bei einkommensschwächeren Haushalten¹⁸⁾. Da letztere aber nur in geringem Umfang Einkommensteuer bezahlen, kommt der Großteil der Steuersenkung tendenziell einkommensstärkeren Haushalten zugute, mit entsprechend schwächerer Auswirkung auf den Konsum.
- Dagegen kommen **Transfererhöhungen** typischerweise in relativ höherem Ausmaß einkommensschwächeren Haushalten zugute, wodurch sich im Durchschnitt stärkere Konsumeffekte ergeben. So wird etwa der "**Klimabonus**", dessen Höhe ein nach regionalen Merkmalen bestimmt wird, in absoluten Zahlen recht gleichmäßig in allen Einkommensgruppen ausgeschüttet. Relativ zum Haushaltseinkommen ist die Entlastung in den unteren Einkommensquintilen allerdings wesentlich kräftiger.
- Im Falle der Erhöhung des **Kindermehrbeitrages** ist die umverteilende Wirkung noch deutlicher: sie kommt praktisch ausschließlich den beiden untersten Einkommensquintilen zugute, auch wenn das Entlastungsvolumen mit rund 80 Mio. € (im Jahr 2025) eher gering ist (Übersicht 1). Von dieser Maßnahme ist also eine starke Konsumwirkung zu erwarten. Von der Erhöhung des **Familienbonus Plus** profitieren in absoluten Zahlen vor allem die mittleren Einkommensquintile, Haushalte im obersten und vor allem im 1. Quintil dagegen weniger¹⁹⁾.
- Ein positiver Konsumschock führt zu einer Erhöhung der Nachfrage nach Konsumgütern, deren Produktion wiederum den Bedarf an Vorleistungs- und Investitions-

gütern (sowie Importen) erhöht. Dies hat auch eine preissteigernde Wirkung, die den ursprünglichen positiven Schock in weiterer Folge dämpft, nicht zuletzt durch eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition eines Landes auf dem Weltmarkt.

- Eine Steuersenkung stellt eine Umverteilung von verfügbarem Einkommen von der öffentlichen Hand zu den privaten Haushalten dar. Bei gegebenem Budgetdefizit müssen also die Staatsausgaben (öffentlicher Konsum und Investitionen, Subventionen, Transfers) sinken, sofern es nicht zu einer Erhöhung der Staatsschuld kommen soll. Dies dämpft bzw. kompensiert die expansive Wirkung der Steuerreduktion und führt zu einer Veränderung der Nachfragestruktur, da sich der öffentliche und der private Konsum hinsichtlich der Güternachfrage merklich unterscheiden.
- Die Senkung der **Körperschaftsteuer** reduziert ebenfalls die Staatseinnahmen, in diesem Fall zugunsten der Unternehmen. Ihre Wirkung hängt von der Reaktion der Unternehmen auf diese zusätzlichen Nettogewinne ab, die entweder im Unternehmen selbst verbleiben können und hier etwa investiert werden, oder aber in Form höherer Gewinnausschüttungen an die Eigentümer fließen. Für die Simulationen wurde angenommen, dass sie überwiegend zu zusätzlichen Investitionen führen; annahmegemäß werden langfristig rund 90% der Entlastung durch die Körperschaftsteuersenkung investiert; der Rest wird ausgeschüttet und fließt an die privaten Haushalte, die ihrerseits den Konsum im Ausmaß ihrer spezifischen Konsumneigung ausweiten. Die Investitionen erhöhen den Kapitalstock, mit tendenziell preisdämpfender Wirkung.
- Durch die **CO₂-Bepreisung** steigen die Bruttokosten für fossile Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) und damit die Energiekosten im Produktionsprozess, was zu einer Substitution von Energie durch andere Produktionsfaktoren führt²⁰⁾. Damit wird die Erhöhung der Energiekosten teilweise kompensiert und schlägt nicht

Die zentralen Elemente der Steuerreform zur Entlastung der privaten Haushalte sind die Senkung der Einkommensteuer, der Klimabonus sowie die Erhöhung des Familienbonus Plus.

Unternehmen werden vorwiegend durch eine Senkung der Körperschaftsteuer entlastet.

¹⁸⁾ Rein rechnerisch konsumiert das einkommensschwächste Quintil sogar mehr als sein Einkommen – dies ist möglich, da sich in dieser Gruppe z. B. auch studentische Haushalte finden, deren elterliche Zuwendungen nicht als "Einkommen" definiert sind. Das einkommensstärkste Quintil konsumiert hingegen nur rund 60% seines verfügbaren Einkommens. Im Durchschnitt liegt die Konsumquote im Modell bei gut 85% des verfügbaren Einkommens.

¹⁹⁾ Das geringe Entlastungsvolumen durch die Erhöhung des Familienbonus Plus im untersten Einkommens-

quintil liegt in erster Linie daran, dass sich in dieser Einkommensklasse überdurchschnittlich viele Haushalte von Studierenden sowie von Pensionistinnen und Pensionisten finden.

²⁰⁾ Die sektoralen Produktionsfunktionen des Modells unterscheiden fünf Produktionsfaktoren: neben Energie sind dies Arbeit und Kapital sowie der Vorleistungseinsatz an Material bzw. Dienstleistungen. Erhöht sich der Preis eines Faktors, steigert dies typischerweise die reale Nachfrage nach den anderen Faktoren.

voll auf die Herstellungspreise durch; trotzdem verschlechtert sich dadurch die Wettbewerbsposition, was sich insbesondere in exportorientierten und hier wiederum speziell in energieintensiven Branchen negativ bemerkbar macht. Im privaten Konsum spielen die Energiepreise im Modell in erster Linie in der Transport-

nachfrage eine Rolle; eine Erhöhung der Treibstoffpreise führt dabei zu einer Verlagerung des Individualverkehrs in Richtung öffentlichen Verkehrs. Dieser ist zwar ebenfalls von der Verteuerung der Treibstoffe betroffen, aber in merklich geringerem Ausmaß²¹⁾.

5. Ergebnisse

Die Simulation der Steuerreform unter den oben genannten Randbedingungen liefert folgende Ergebnisse (Übersicht 3):

ADAGIO schätzt die langfristige Wirkung der Reform auf das reale Bruttoinlandsprodukt auf +0,8%; d. h. am Ende des Simulationszeitraums von 20 Jahren ist das reale BIP um knapp 1% höher, als es ohne Steuerreform der Fall gewesen wäre. Dies impliziert langfristig eine jährliche Erhöhung des BIP-Wachstums um 0,05 Prozentpunkte. Dieses zusätzliche Wachstum geht vor allem vom privaten Konsum aus, der – entsprechend dem Fokus der Reform auf Steuerentlastungen für private Haushalte – langfristig kräftig wächst (+2,2%). Mit +0,8% entspricht das Wachstum der Investitionen dem BIP-Effekt; die Modellergebnisse spiegeln die investitionsfördernden Körperschaftsteuersenkungen nur bedingt wider²²⁾. Erwartungsgemäß sinkt der öffentliche Konsum (um rund 0,5%), da die öffentlichen Ausgaben auf das geringere Steueraufkommen reagieren.

Ebenfalls eine negative Dynamik zeigen die Exporte (real -1,1%). Zum einen ist dies eine direkte Folge der CO₂-Bepreisung, die den Produktionsfaktor Energie und damit auch die Outputpreise der energieintensiven Branchen verteuert, wenn auch nicht in vollem Ausmaß. In der Simulation wurde die CO₂-Bepreisung lediglich für Österreich angenommen; damit sinkt die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporteure gegenüber der internationalen Konkurrenz, die mit keiner derartigen Kostenerhöhung konfrontiert ist. Aus demselben Grund steigt auch auf dem Binnenmarkt der Preisvorteil von Importen, die an Marktanteil gewinnen.

Zum anderen verschlechtert sich die Wettbewerbsposition der österreichischen Exporteure indirekt durch die expansive Wirkung

der Steuerreform, die das allgemeine Preisniveau um immerhin 1,5% anhebt und damit die heimischen Exportgüter relativ zu Gütern aus anderen Ländern verteuert. In Summe ergibt sich nichtsdestotrotz die erwähnte expansive Wirkung auf das Bruttoinlandsprodukt im Ausmaß von +0,8% (real).

Die Beschäftigung dürfte ebenfalls wachsen, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß: Nach 20 Jahren ist sie um 0,6% höher als im Basisszenario ohne Steuerreform. Damit sinkt die Arbeitslosenquote um 0,6 Prozentpunkte²³⁾; die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung schrumpfen um über 10%. Durch die CO₂-Bepreisung steigt das Gütersteueraufkommen. Dies ist allerdings kaum budgetwirksam, da die Mehreinnahmen fast vollständig in Form des Klimabonus an die privaten Haushalte zurückfließen.

Die CO₂-Bepreisung stellt eine in dieser Form neue Komponente des heimischen Steuersystems dar; sie dient in erster Linie der Reduktion der CO₂-Emissionen. Im Szenario mit Steuerreform sinken die Emissionen um nicht ganz 5%, wobei der Effekt der CO₂-Bepreisung durch die sonstigen Reaktionen im Wirtschaftssystem überlagert wird. Um die Effekte der CO₂-Bepreisung zu isolieren, wurde eine weitere, eng definierte Simulation durchgeführt: Dabei wurde als einzige Maßnahme eine Bepreisung in Höhe von 55 € je t CO₂ implementiert; die anderen Maßnahmen der Steuerreform – insbesondere der Klimabonus – wurden dagegen nicht berücksichtigt. Um die Effekte auf Produktion und Konsum zu schätzen, wurden außerdem die Endnachfragekomponenten öffentlicher und privater Konsum eingefroren, d. h. die Ausgaben des Staates und der privaten Haushalte wurden konstant gehalten; die Güterstruktur reagiert allerdings auf die veränderten Relativpreise, die durch die

Langfristig erhöht die Steuerreform das Bruttoinlandsprodukt um rund 0,8%.

Die Einführung der CO₂-Bepreisung sowie die expansiven Effekte der Reform wirken sich negativ auf die österreichischen Exporte und die heimische Handelsbilanz aus.

Die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung steigt langfristig um rund 0,6%.

Die CO₂-Emissionen sinken infolge der CO₂-Bepreisung um 4,5%.

²¹⁾ Die beiden anderen Konsumkategorien, die den privaten Energiebedarf abbilden, sind die Nachfrage nach Heizleistungen sowie die Nachfrage nach Elektrizität. Erstere hängt im Modell neben dem Energiepreis stark von der Anzahl der Heizgradtage ab; die Nachfrage nach Elektrizität ist von der CO₂-Bepreisung praktisch nicht betroffen, da die Stromerzeugung bereits im EU-ETS erfasst wird.

²²⁾ Der Grund liegt im Rückgang der Staatseinnahmen, der zu einem Rückgang bei den öffentlichen Investitionen führt; dazu zählen in erster Linie Investitionen der Sektoren öffentliche Verwaltung,

Gesundheits- und Sozialwesen sowie Erziehung und Unterricht, aber auch Investitionen in die Wasserver- und -entsorgung oder in die Schienen- und Straßeninfrastruktur.

²³⁾ Das Arbeitskräfteangebot ist im Modell exogen vorgegeben und reagiert nicht auf das wirtschaftliche Umfeld. In der Realität wäre wohl eine gewisse Ausweitung des Arbeitskräfteangebots durch die verbesserte Wirtschaftslage zu erwarten, womit die Arbeitslosenquote und damit die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung schwächer sinken würden.

CO₂-Bepreisung zustande kommen. Der Rückgang der CO₂-Emissionen wird unter diesen Rahmenbedingungen auf gut 6% geschätzt, ist also um 1,5 Prozentpunkte kräftiger als im Szenario, das sämtliche Reformmaßnahmen berücksichtigt (Übersicht 3).

Anders ausgedrückt: Die expansive Wirkung der Steuerreform dämpft den emissionsreduzierenden Effekt der CO₂-Bepreisung um 1,5 Prozentpunkte oder rund ein Viertel.

Übersicht 3: **Ergebnisse der langfristigen Simulation der Steuerreform 2022/2024¹⁾**

	Steuerreform 2022/2024 insgesamt	Nur CO ₂ -Bepreisung
	Differenz gegenüber dem Basisszenario ohne Steuerreform in %	
BIP, real	+ 0,8	- 0,3
Verbraucherpreisindex	+ 1,5	+ 0,7
Produktionswert, real	- 0,0	- 0,8
Privater Konsum, real	+ 2,2	- 0,8
Öffentlicher Konsum, real	- 0,5	0,0
Investitionen, real	+ 0,8	- 0,7
Exporte, real	- 1,1	- 0,3
Importe, real	+ 0,5	- 0,7
Beschäftigung insgesamt	+ 0,6	- 0,2
Arbeitslosenquote	in Prozentpunkten - 0,6	0,1
Staatsausgaben insgesamt	+ 0,8	- 0,2
Staatseinnahmen insgesamt	+ 0,8	+ 0,7
Budgetüberschuss	in % des BIP + 0,0	+ 0,5
Staatsschulden	in % des BIP - 0,7	- 6,3
Vermögen der privaten Haushalte	+ 2,4	- 0,2
Arbeitskosten insgesamt	+ 1,5	- 0,2
Selbständigeneinkommen	+ 2,6	- 0,2
Dienstgeberabgaben	+ 1,4	- 0,3
Gütersteuern insgesamt	+ 6,6	+ 4,0
Unternehmenssteuern	- 1,3	- 0,4
Steuern der privaten Haushalte	- 5,0	- 0,2
Arbeitslosenversicherungsleistungen	- 10,7	2,3
CO ₂ -Emissionen		
Insgesamt	- 4,6	- 6,1
Produktion	- 3,7	- 4,5
Private Haushalte	- 6,4	- 9,6

Q: WIFO-Berechnungen mit ADAGIO. – 1) Simulationshorizont: 20 Jahre.

Die CO₂-Bepreisung trifft die produzierenden Branchen in unterschiedlichem Ausmaß; vor allem energieintensive Sektoren und die Energieerzeugung verzeichnen Produktionsrückgänge.

Die CO₂-Bepreisung trifft die produzierenden Sektoren in unterschiedlichem Ausmaß, das sich im Wesentlichen nach ihrer Energieintensität richtet²⁴⁾. In erster Linie nur indirekt werden jene Branchen negativ beeinflusst, die fossile Energieträger fördern oder daraus Energie erzeugen: die Nachfrage nach ihren Produkten sinkt infolge der CO₂-Steuer, die ja erst bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Form einer Gütersteuer, nicht bereits bei den Produzenten als Produktions-

abgabe eingehoben wird. Dementsprechend zählen die Sektoren B05 und B06 (Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas), C19 (Kokerei und Mineralölverarbeitung) und D35 (Energieversorgung) zu den "Verlierern" der Steuerreform; ihre Produktion sinkt real um 3,4% bis 6,9%. Übersicht 4 gibt einen Überblick über die langfristigen Auswirkungen der Steuerreform bzw. der CO₂-Bepreisung auf den realen Produktionswert der Modellsektoren.

²⁴⁾ Auch wenn genau genommen nur fossile Energieträger besteuert werden, ist der Anteil der erneuer-

baren Energieträger am Gesamtverbrauch tendenziell zu gering, um einen merkbaren Einfluss auszuüben.

Übersicht 4: Sektorale Wirkungen der Steuerreform 2022/2024

		Steuerreform 2022/2024 insgesamt	Nur CO ₂ -Bepreisung
		Langfristige Veränderungen im realen Produktionswert in %	
A01	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten	- 0,8	- 1,4
A02	Forstwirtschaft und Holzeinschlag	+ 1,4	- 0,1
A03	Fischerei und Aquakultur	+ 1,1	- 0,5
B05 bis B07	Kohlenbergbau; Gewinnung von Erdöl und Erdgas; Erzbergbau	- 5,7	- 6,9
B08 bis B09	Gewinnung von Steinen und Erden; sonstiger Bergbau; Dienstleistungen für den Bergbau	- 0,9	- 2,3
C10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	+ 0,0	- 0,9
C11 bis C12	Getränkeherstellung, Tabakverarbeitung	+ 0,1	- 0,4
C13	Herstellung von Textilien	- 2,5	- 1,0
C14	Herstellung von Bekleidung	- 1,5	- 0,7
C15	Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	- 1,4	- 0,7
C16	Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	- 0,0	- 0,4
C17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	- 1,3	- 0,5
C18	Herstellung von Druckerzeugnissen	- 0,5	- 0,7
C19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	- 2,3	- 3,4
C20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	- 0,6	- 0,5
C21	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	- 0,9	- 0,4
C22	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	+ 1,2	+ 0,6
C23	Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	- 0,2	- 0,9
C24	Metallerzeugung und -bearbeitung	- 0,6	- 0,5
C25	Herstellung von Metallerzeugnissen	- 0,6	- 0,4
C26	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	- 0,7	- 0,4
C27	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	- 0,6	- 0,7
C28	Maschinenbau	- 0,6	- 0,4
C29	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	- 0,5	- 0,2
C30	Sonstiger Fahrzeugbau	- 1,4	- 0,3
C31	Herstellung von Möbeln	- 0,3	- 0,4
C32	Herstellung von sonstigen Waren	- 0,2	- 0,2
C33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	- 0,1	- 0,9
D35	Energieversorgung	- 4,7	- 6,8
E36	Wasserversorgung	+ 1,6	- 0,7
E37 bis E39	Abwasserentsorgung; Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung; Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	+ 2,8	- 0,3
F41	Hochbau	+ 1,3	- 0,7
F42	Tiefbau	- 0,0	- 1,4
F43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	+ 1,1	- 0,8
G45	Handel mit Kfz; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	+ 0,6	- 0,6
G46	Großhandel (ohne Handel mit Kfz)	- 1,3	- 0,7
G47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz)	- 1,4	- 0,3
H49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	- 0,9	- 1,3
H50	Schifffahrt	- 0,9	- 1,5
H51	Luffahrt	- 0,1	- 1,4
H52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	- 0,7	- 1,2
H53	Post-, Kurier- und Expressdienste	- 1,4	- 0,9
I55 bis I56	Beherbergung und Gastronomie	+ 1,4	- 0,1
J58	Verlagswesen	- 0,9	- 0,8
J59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	- 0,1	- 0,5
J60	Rundfunkveranstalter	- 0,1	- 0,3
J61	Telekommunikation	+ 0,9	- 0,3
J62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	- 0,5	- 0,7
K64	Erbringung von Finanzdienstleistungen	- 0,0	- 0,6
K65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	+ 0,9	- 0,5
K66	Mit Finanz- und Versicherungsleistungen verbundene Tätigkeiten	+ 0,4	- 0,4
L68	Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 4,0	- 0,4

Q: WIFO-Berechnungen mit ADAGIO.

Übersicht 4/Fortsetzung: **Sektorale Wirkungen der Steuerreform 2022/2024**

		Steuerreform 2022/2024 insgesamt	Nur CO ₂ -Bepreisung
		Langfristige Veränderungen im realen Produktionswert in %	
M69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	-0,4	-0,7
M70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	+0,1	-0,6
M71	Architektur- und Ingenieurbüros	-0,1	-0,5
M72	Forschung und Entwicklung	-1,6	-0,7
M73	Werbung und Marktforschung	-0,8	-0,6
M74 bis M75	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten; Veterinärwesen	-0,3	-0,6
N77	Vermietung von beweglichen Sachen	+0,1	-0,8
N78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	-0,5	-1,0
N79	Reisebüros, Reiseveranstalter, sonstige Reservierungsdienstleistungen	+1,3	-0,3
N80 bis N82	Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	+0,4	-0,5
O84	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	-0,6	-0,4
P85	Erziehung und Unterricht	-0,7	+0,1
Q86	Gesundheitswesen	-0,5	+0,3
Q87 bis Q88	Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime); Sozialwesen (ohne Heime)	-0,6	+0,3
R90	Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten	-0,4	-0,2
R91	Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten	+0,6	-0,3
R92	Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	+1,9	-0,2
R93	Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	+0,7	-0,4
S94	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen	-0,9	-0,3
S95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	-0,3	-0,7
S96	Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen	+1,3	-0,2
T97 bis T98	Private Haushalte mit Hauspersonal	+4,8	-0,2

Q: WIFO-Berechnungen mit ADAGIO.

Die höchsten Einbußen weisen die Energiesektoren auf. Kaum Rückgänge gibt es dagegen in den ebenfalls energie- und vor allem emissionsintensiven Branchen C23 (Baustoffe) und C24 bzw. C25 (Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallernzeugnissen). Diese Branchen weisen erstens einen hohen Anteil an Prozessemissionen auf, die nicht der CO₂-Bepreisung unterliegen, und werden zweitens bereits weitgehend vom EU-ETS erfasst, sodass ihre energiebedingten Emissionen ebenfalls kaum der CO₂-Besteuerung unterworfen sind. Die geringe Wirkung der CO₂-Bepreisung auf den Kfz-Sektor (C29) hat hingegen einen anderen Grund: Die österreichischen Unternehmen der Kfz-Branche produzieren kaum für heimische Endverbraucherinnen und End-

verbraucher, sondern liefern in erster Linie internationalen Unternehmen zu. Fahrfertige Kfz für den heimischen Markt werden fast zur Gänze importiert. Ein allfälliger Rückgang in der Binnennachfrage nach Automobilen spiegelt sich daher kaum in der heimischen Kfz-Produktion wider.

Positive Wirkungen erzeugt die Steuerreform tendenziell im Dienstleistungsbereich; am kräftigsten sind sie im Grundstücks- und Wohnungswesen (L68) sowie im Bereich der privaten Haushalte mit Hauspersonal (T97). Beides erklärt sich dadurch, dass höhere Einkommenschichten, in denen diese beiden Ausgabenkategorien überrepräsentiert sind, in der Simulation in absoluten Zahlen stärkere Konsumreaktionen aufweisen.

Übersicht 5: **Effekte der Steuerreform auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und die nominellen Konsumausgaben**

	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben
	In %	
1. Quintil	2,9	2,8
2. Quintil	4,6	3,2
3. Quintil	4,1	3,3
4. Quintil	4,3	3,3
5. Quintil	1,9	2,0
Insgesamt	3,0	2,7

Q: WIFO-Berechnungen mit ADAGIO.

Die Verteilungswirkung der Steuerreform ist sowohl in Hinblick auf das verfügbare Einkommen als auch hinsichtlich der Konsumausgaben relativ ausgewogen: Alle Einkommensquintile profitieren von der Reform. Am höchsten sind die geschätzten Wirkungen in den mittleren Einkommensquintilen 2 bis 4, etwas schwächer im 1. und im 5. Quintil (Übersicht 5). Im Falle des 1. Quintils liegt der Hauptgrund des abgeschwächten Effektes in der Einkommensteuer: Die Tarifreform, die

rund die Hälfte des Reformvolumens ausmacht, kommt dieser Haushaltsklasse kaum zugute, da sie dafür ein zu geringes Einkommen bezieht. Die verschiedenen Maßnahmen für Geringverdienende scheinen dies nicht vollständig kompensieren zu können. Das einkommensstärkste 5. Quintil wird zwar in absoluten Zahlen am stärksten entlastet, relativ zum Haushaltseinkommen ist die Entlastung aber geringer als in den anderen Quintilen.

Die Verteilungswirkung der Steuerreform ist relativ ausgewogen.

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Gemäß der Simulation mit dem sektoralen Wirtschaftsmodell ADAGIO erhöht die Steuerreform 2022/2024 das heimische Bruttoinlandsprodukt langfristig um 0,8% (real, Prognosehorizont von 20 Jahren); dies impliziert eine Steigerung des Wirtschaftswachstums um 0,05 Prozentpunkte pro Jahr und stimmt gut mit den kurz- bis mittelfristigen Wirkungen überein, die Baumgartner et al. (2021) mit dem WIFO-Macromod errechnet haben: Sie schätzten den BIP-Effekt auf +0,2% im ersten und auf ebenfalls +0,8% im fünften und letzten Analysejahr (2026). Gut vergleichbar sind auch die Wirkungen der Reform auf die privaten Konsumausgaben (mittelfristig +1,5%, langfristig +2,2%), nur die Investitionseffekte werden vom WIFO-Macromod mit +1,9% deutlich höher geschätzt als von ADAGIO (+0,8%). Konsistent ist wiederum die geschätzte Beschäftigungswirkung von +0,6%.

Die CO₂-Bepreisung betrifft am stärksten jene Branchen, die mit der Förderung und Bereitstellung fossiler Energieträger befasst sind – Erdöl- bzw. Erdgasgewinnung und -verarbeitung sowie Gasversorgung. Kaum betroffen sind hingegen die emissionsintensiven Branchen der Baustoff- und Metallherzeugung. Diese Bereiche sind einerseits bereits vom EU-ETS erfasst und weisen andererseits einen hohen Anteil an Prozessemissionen auf. Sowohl die bereits im EU-ETS erfassten Emissionen als auch die Prozessemissionen unterliegen jedoch nicht der neuen CO₂-Bepreisung. Die Wirkung der Steuerreform auf die Gesamtemissionen ist dennoch spürbar: ADAGIO schätzt den durch die Reform induzierten Rückgang der CO₂-Emissionen auf rund 5%.

Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, spätestens im Jahr 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Für 2030 hat die Europäische Kommission im Rahmen des "Fit for 55"-Paketes für

die österreichischen Nicht-Emissionshandels-sektoren ein Reduktionsziel von 48% gegenüber 2005 vorgeschlagen. Die Simulationen mit dem Modell ADAGIO bestätigen in diesem Zusammenhang, dass die CO₂-Bepreisung allein nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Erreichung dieses Zieles leisten kann und in ein umfassendes Maßnahmenpaket eingebettet werden muss.

Die in den Simulationen geschätzte Reduktion der CO₂-Emissionen ist jedoch als untere Grenze zu verstehen: Steueränderungen wirken üblicherweise stärker auf die Nachfrage als reine Preisänderungen ("tax salience", siehe z. B. Davis & Kilian, 2011; Rivers & Schaufele, 2015; Andersson, 2019). Darüber hinaus ist der im Modell angenommene CO₂-Preis von 55 € je t über die gesamte Simulationsperiode überaus konservativ.

Für den Zeitraum ab 2026 plant die Europäische Kommission zudem im Rahmen des "Fit for 55"-Paketes die Einführung eines zusätzlichen – separaten – EU-weiten Emissionshandelsystems für Gebäude und Verkehr, welches das nationale österreichische System ersetzen würde (ein Überblick dazu findet sich in Kettner-Marx & Feichtinger, 2021).

In Hinblick auf die Verteilungswirkung der Steuerreform 2022/2024 ergeben die Simulationen für alle Quintile einen Anstieg des verfügbaren Einkommens und der Konsumausgaben. Die kräftigsten Wirkungen ergeben sich dabei in den drei mittleren Quintilen, etwas schwächer sind sie im 1. und im 5. Quintil. Darin spiegelt sich einerseits die geringere Entlastung des einkommensschwächsten 1. Quintils durch die Tarifreform und andererseits die schwächere Wirkung der Steuerreform im obersten Quintil in Relation zum Einkommen.

Die Reduktion der CO₂-Emissionen infolge der CO₂-Bepreisung leistet nur einen moderaten Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

7. Literaturhinweise

Andersson, J. J. (2019). Carbon Taxes and CO₂ Emissions: Sweden as a Case Study. *American Economic Journal: Economic Policy*, 11(4), 1-30.

Baumgartner, J., Kaniowski, S., Fink, M., & Schratzenstaller, M. (2021). Steuerreform 2022/2024 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen. *WIFO-Monatsberichte*, 94(12), 883-898. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69242>.

Davis, L. W., & Kilian, L. (2011). Estimating the Effect of a Gasoline Tax on Carbon Emissions. *Journal of Applied Econometrics*, 26(7), 1187-1214.

- Kettner-Marx, C., & Feichtinger, G. (2021). Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU. *WIFO-Monatsberichte*, 94(9), 665-677. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67993>.
- Kettner-Marx, C., Loretz, S., & Schratzenstaller, M. (2021). Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung. *WIFO-Monatsberichte*, 94(11), 815-827. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69189>.
- Kratena, K., Streicher, G., Salotti, S., Sommer, M., & Valderas Jaramillo, J. M. (2017). *FIDELIO 2: Overview and Theoretical Foundations of the Second Version of the Fully Interregional Dynamic Econometric Long-term Input-Output Model for the EU 27*. WIFO, JRC-IPTS. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61880>.
- Kratena, K., & Streicher, G. (2009). Macroeconomic Input-Output modelling – structures, functional forms and closure rules. *International Input-Output Association Working Paper*, (WPIOX 09-009).
- Kratena, K., & Streicher, G. (2017). Fiscal Policy Multipliers and Spillovers in a Multi-Regional Macroeconomic Input-Output Model. *WIFO Working Papers*, (540). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/60576>.
- Rivers, N., & Schaufele, B. (2015). Saliency of Carbon Taxes in the Gasoline Market. *Journal of Environmental Economics and Management*, 74(2), 23-36.
- Streicher, G., & Stehrer, R. (2015). Whither Panama? Constructing a consistent and balanced world SUT system including international trade and transport margins. *Economic Systems Research*, 27(2), 213-237.
- Timmer, M. P., Dietzenbacher, E., Los, B., Stehrer, R., & de Vries, G. J. (2015). An Illustrated User Guide to the World Input-Output Database: The Case of Global Automotive Production. *Review of International Economics*, 23(3), 575-605.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2018	2019	2020	2020	2021				2021				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	5,5	5,4	7,2	7,0	6,7	6,5	5,9	6,3	6,1	5,9	5,7	5,7	5,5
USA	3,9	3,7	8,1	6,8	6,2	5,9	5,1	5,9	5,4	5,2	4,7	4,6	4,2
Japan	2,4	2,4	2,8	3,0	2,8	2,9	2,8	2,9	2,8	2,8	2,8	2,7	2,8
Euro-Raum	8,2	7,6	7,9	8,2	8,1	8,0	7,5	7,8	7,6	7,5	7,4	7,3	7,2
Belgien	6,0	5,4	5,6	5,9	6,7	6,4	6,2	6,3	6,2	6,3	6,2	6,0	5,9
Deutschland	3,4	3,2	3,9	4,1	3,9	3,6	3,4	3,5	3,4	3,4	3,3	3,3	3,2
Irland	5,8	5,0	5,8	6,3	7,5	6,9	5,4	6,3	5,7	5,4	5,2	5,2	5,2
Griechenland	19,3	17,3	16,4	16,1	16,4	16,0	13,7	14,9	14,0	13,9	13,1	13,3	13,4
Spanien	15,3	14,1	15,6	16,2	15,6	15,4	14,8	15,3	15,0	14,7	14,6	14,4	14,1
Frankreich	9,0	8,4	8,0	8,0	8,0	8,2	7,9	8,1	8,0	7,9	7,7	7,6	7,5
Italien	10,7	10,0	9,3	9,8	10,1	9,8	9,2	9,4	9,2	9,3	9,2	9,4	9,2
Luxemburg	5,5	5,6	6,6	6,3	6,2	5,9	5,3	5,6	5,5	5,3	5,2	5,0	5,0
Niederlande	3,8	3,4	3,8	4,1	3,6	3,3	3,1	3,2	3,1	3,2	3,1	2,9	2,7
Österreich	5,2	4,8	6,1	6,4	7,0	6,7	5,7	6,2	6,0	5,9	5,2	5,7	5,3
Portugal	7,2	6,7	7,1	7,2	6,8	6,9	6,4	6,8	6,6	6,3	6,4	6,4	6,3
Slowakei	6,6	5,7	6,7	7,1	7,1	7,0	6,6	6,9	6,7	6,6	6,5	6,4	6,3
Finnland	7,4	6,7	7,8	8,1	8,0	8,1	7,5	7,7	7,7	7,1	7,7	6,7	6,8
Tschechien	2,3	2,0	2,6	3,1	3,3	3,1	2,7	2,8	2,6	2,8	2,6	2,6	2,2
Ungarn	3,6	3,3	4,1	4,2	4,3	4,1	3,9	4,1	4,1	4,1	3,6	3,9	3,8
Polen	3,9	3,3	3,2	3,3	3,8	3,6	3,1	3,4	3,2	3,1	3,0	3,0	3,0
Schweiz	4,7	4,4	4,8	5,1	5,4	5,3	5,0

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2018	2019	2020	2020	2021				2021				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,9	+ 3,7	+ 4,4	+ 4,0	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,6	+ 5,2	+ 5,8
USA	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,9	+ 4,8	+ 5,3	+ 5,4	+ 5,4	+ 5,3	+ 5,4	+ 6,2	+ 6,8
Japan	+ 1,0	+ 0,5	- 0,0	- 0,9	- 0,5	- 0,7	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,3	- 0,3	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,9	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,4	+ 4,1	+ 4,9
Belgien	+ 2,3	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,6	+ 1,4	+ 4,7	+ 3,8	+ 5,4	+ 7,1
Deutschland	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,4	- 0,6	+ 1,7	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,1	+ 3,1	+ 3,4	+ 4,1	+ 4,6	+ 6,0
Irland	+ 0,7	+ 0,9	- 0,5	- 1,1	- 0,1	+ 1,5	+ 3,0	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,8	+ 5,1	+ 5,4
Griechenland	+ 0,8	+ 0,5	- 1,3	- 2,2	- 2,1	- 0,6	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,8	+ 4,0
Spanien	+ 1,7	+ 0,8	- 0,3	- 0,8	+ 0,5	+ 2,3	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,3	+ 4,0	+ 5,4	+ 5,5
Frankreich	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,4
Italien	+ 1,2	+ 0,6	- 0,1	- 0,4	+ 0,7	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,9
Luxemburg	+ 2,0	+ 1,6	+ 0,0	- 0,5	+ 1,0	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,5	+ 4,0	+ 5,3	+ 6,3
Niederlande	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,7	+ 5,9
Österreich	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,8	+ 4,1
Portugal	+ 1,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,4	+ 0,2	- 0,1	+ 1,2	- 0,6	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,6
Slowakei	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,1	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,3	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,8
Finnland	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,5
Tschechien	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,1	+ 4,0	+ 4,8	+ 4,8
Ungarn	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,9	+ 3,3	+ 5,3	+ 5,0	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,9	+ 5,5	+ 6,6	+ 7,5
Polen	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,9	+ 4,6	+ 5,1	+ 4,1	+ 4,7	+ 5,0	+ 5,6	+ 6,4	+ 7,4
Schweiz	+ 0,9	+ 0,4	- 0,8	- 0,9	- 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,5

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2018	2019	2020	2021				2021				
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Europa, MSCI Europa	+ 0,8	- 4,3	+ 23,0	+ 7,7	+ 31,1	+ 28,3	+ 25,8	+ 29,7	+ 29,1	+ 29,9	+ 27,0	+ 21,1
Euro-Raum, STOXX 50	+ 1,4	- 4,7	+ 22,9	+ 7,8	+ 34,4	+ 25,5	+ 25,2	+ 26,7	+ 27,5	+ 29,9	+ 27,0	+ 19,2
Deutschland, DAX 30	- 1,3	+ 1,9	+ 23,3	+ 15,6	+ 36,9	+ 21,8	+ 20,5	+ 22,8	+ 20,2	+ 22,2	+ 23,0	+ 16,0
Österreich, ATX	- 9,0	- 20,5	+ 42,5	+ 8,2	+ 52,9	+ 59,5	+ 56,9	+ 61,3	+ 66,5	+ 73,6	+ 58,4	+ 41,3
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 1,2	- 13,7	+ 11,6	- 2,8	+ 17,2	+ 16,9	+ 16,9	+ 17,5	+ 19,1	+ 22,4	+ 16,7	+ 11,7
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	- 3,1	- 22,1	+ 20,4	- 4,6	+ 26,5	+ 30,3	+ 34,0	+ 27,7	+ 39,7	+ 52,2	+ 33,3	+ 18,6
Tschechien, PX 50	- 3,2	- 11,6	+ 29,1	+ 5,2	+ 28,4	+ 37,4	+ 48,7	+ 39,4	+ 46,4	+ 56,5	+ 48,7	+ 41,3
Ungarn, BUX Index	+ 10,0	- 10,2	+ 29,6	+ 6,5	+ 29,7	+ 43,4	+ 41,9	+ 41,7	+ 54,1	+ 63,4	+ 41,6	+ 23,7
Polen, WIG Index	- 1,3	- 13,9	+ 29,4	+ 10,8	+ 34,8	+ 35,0	+ 37,8	+ 32,0	+ 42,1	+ 52,7	+ 39,9	+ 22,4
Russland, RTS Index	+ 12,7	- 4,0	+ 28,0	+ 5,7	+ 34,1	+ 34,3	+ 39,1	+ 28,9	+ 43,9	+ 63,5	+ 42,1	+ 16,6
Amerika												
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 5,3	+ 2,0	+ 26,4	+ 18,8	+ 38,9	+ 27,9	+ 22,1	+ 26,7	+ 25,1	+ 25,2	+ 22,9	+ 18,3
USA, S&P 500 Index	+ 6,1	+ 10,5	+ 32,8	+ 26,5	+ 42,7	+ 33,2	+ 29,5	+ 31,3	+ 32,1	+ 30,5	+ 31,5	+ 26,5
Brasilien, BM&FBOVESPA	+ 23,3	- 1,9	+ 18,4	+ 13,2	+ 45,9	+ 19,4	+ 0,6	+ 18,3	+ 15,6	+ 12,5	- 0,3	- 8,8
Asien												
Japan, Nikkei 225	- 2,7	+ 4,7	+ 27,0	+ 32,8	+ 39,4	+ 24,7	+ 14,4	+ 21,1	+ 28,3	+ 21,9	+ 16,2	+ 6,4
China, Shanghai Index	- 0,8	+ 7,2	+ 13,1	+ 19,7	+ 22,3	+ 6,8	+ 6,8	+ 3,6	+ 10,3	+ 8,2	+ 5,8	+ 6,7
Indien, Sensex 30 Index	+ 8,3	- 1,1	+ 41,8	+ 30,7	+ 56,2	+ 46,6	+ 36,9	+ 44,1	+ 53,1	+ 51,0	+ 38,1	+ 24,7

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In %												
USA	2,2	0,6	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
Japan	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kanada	1,9	0,6	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Euro-Raum	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,6
Tschechien	2,1	0,9	1,1	0,4	0,4	0,9	2,8	0,7	0,9	1,1	2,0	3,0	3,5
Dänemark	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Ungarn	0,2	0,7	1,4	0,8	0,8	1,1	2,8	0,0	1,6	1,7	2,0	2,6	3,7
Polen	1,7	0,6	0,6	0,2	0,2	0,2	1,8	0,2	0,2	0,2	0,7	2,1	2,5
Schweden	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,4
Vereinigtes Königreich	0,8	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2
Norwegen	1,6	0,7	0,5	0,4	0,2	0,5	0,9	0,3	0,4	0,7	0,7	0,8	1,0
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, comelia.schober@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In %												
USA	2,1	0,9	1,4	1,3	1,6	1,3	1,5	1,3	1,3	1,4	1,6	1,6	1,5
Japan	- 0,1	- 0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Kanada	1,6	0,8	1,4	1,1	1,5	1,2	1,6	1,3	1,2	1,3	1,6	1,7	1,5
Euro-Raum	0,6	0,2	0,2	0,0	0,3	0,1	0,3	0,2	0,1	0,2	0,4	0,3	0,3
Belgien	0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,2	0,1	- 0,1	0,1	- 0,0	- 0,1	0,0	0,2	0,1	0,0
Deutschland	- 0,3	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,5	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,4
Irland	0,3	- 0,1	0,1	- 0,1	0,2	0,0	0,2	0,0	- 0,1	0,1	0,2	0,2	0,1
Griechenland	2,6	1,3	0,9	0,8	0,9	0,7	1,2	0,7	0,6	0,8	1,0	1,2	1,3
Spanien	0,7	0,4	0,3	0,2	0,4	0,3	0,5	0,3	0,2	0,3	0,5	0,5	0,4
Frankreich	0,1	- 0,1	0,0	- 0,2	0,1	- 0,0	0,1	- 0,0	- 0,1	0,0	0,2	0,1	0,1
Italien	2,0	1,2	0,8	0,6	0,9	0,7	1,0	0,8	0,6	0,8	1,0	1,0	1,1
Luxemburg	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Niederlande	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,3
Österreich	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	0,0	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	0,1	- 0,0	- 0,0
Portugal	0,8	0,4	0,3	0,1	0,4	0,2	0,4	0,3	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4
Finnland	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	0,1	0,0	- 0,1
Dänemark	- 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,3	0,1	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,0	0,1	0,0	- 0,1
Schweden	0,0	- 0,0	0,3	0,2	0,4	0,2	0,3	0,2	0,1	0,3	0,4	0,3	0,1
Vereinigtes Königreich	0,9	0,3	0,7	0,5	0,8	0,7	1,0	0,6	0,6	0,8	1,1	0,9	0,8
Norwegen	1,5	0,8	1,4	1,2	1,5	1,3	1,6	1,2	1,2	1,4	1,7	1,6	1,6
Schweiz	- 0,5	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2019	2020	2021	2021				2021					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,12	1,14	1,18	1,19	1,21	1,21	1,18	1,14	1,18	1,18	1,16	1,14	1,13
Yen	122,06	121,78	129,86	124,59	127,73	131,90	129,76	130,04	129,28	129,66	131,21	130,12	128,80
Schweizer Franken	1,11	1,07	1,08	1,08	1,09	1,10	1,08	1,05	1,08	1,09	1,07	1,05	1,04
Pfund Sterling	0,88	0,89	0,86	0,90	0,87	0,86	0,86	0,85	0,85	0,86	0,85	0,85	0,85
Schwedische Krone	10,59	10,49	10,14	10,27	10,12	10,14	10,19	10,12	10,22	10,17	10,06	10,05	10,27
Dänische Krone	7,47	7,45	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44
Norwegische Krone	9,85	10,72	10,16	10,76	10,26	10,09	10,33	9,97	10,42	10,19	9,81	9,97	10,13
Tschechische Krone	25,67	26,46	25,65	26,66	26,07	25,65	25,50	25,38	25,47	25,39	25,50	25,39	25,25
Russischer Rubel	72,46	82,65	87,23	90,89	89,72	89,49	86,59	83,13	86,61	85,77	82,77	83,11	83,49
Ungarischer Forint	325,23	351,21	358,46	360,46	360,98	354,72	353,87	364,27	351,84	352,51	360,82	364,50	367,50
Polnischer Zloty	4,30	4,44	4,56	4,50	4,54	4,53	4,57	4,62	4,57	4,57	4,59	4,65	4,61
Neuer Rumänischer Leu	4,75	4,84	4,92	4,87	4,88	4,92	4,93	4,95	4,92	4,95	4,95	4,95	4,95
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,73	7,87	7,63	7,90	7,81	7,79	7,63	7,31	7,62	7,60	7,45	7,29	7,20
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	- 0,7	+ 1,6	+ 0,6	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,4	- 0,3	- 1,1	- 0,5	- 0,7	- 1,1	- 1,0	- 1,2
Industriewaren	- 0,7	+ 1,4	+ 0,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,3	- 0,4	- 1,1	- 0,7	- 0,8	- 1,0	- 1,0	- 1,3
Real	- 1,1	+ 1,9	.	+ 3,6	+ 2,4	+ 1,4	- 0,7	.	- 0,8	- 1,3	- 1,8	- 2,2	.
Industriewaren	- 1,1	+ 1,8	.	+ 3,3	+ 2,3	+ 1,4	- 0,6	.	- 0,8	- 1,2	- 1,5	- 2,0	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	- 14,8	- 23,3	+ 87,6	+ 33,9	+ 110,0	+ 97,3	+ 114,2	+ 97,8	+ 87,0	+ 107,1	+ 143,3	+ 106,3	+ 96,2
Ohne Energierohstoffe	- 7,8	+ 2,9	+ 43,2	+ 40,0	+ 69,5	+ 40,3	+ 27,9	+ 53,0	+ 39,5	+ 29,7	+ 32,5	+ 29,1	+ 22,6
Auf Euro-Basis	- 10,2	- 24,9	+ 82,4	+ 22,6	+ 92,2	+ 96,0	+ 123,9	+ 91,8	+ 88,1	+ 107,8	+ 147,4	+ 114,3	+ 111,7
Ohne Energierohstoffe	- 2,7	+ 0,8	+ 38,5	+ 28,1	+ 54,9	+ 39,2	+ 33,4	+ 48,3	+ 40,2	+ 29,9	+ 34,4	+ 33,8	+ 32,1
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,5	+ 3,6	+ 33,5	+ 21,1	+ 37,8	+ 39,7	+ 35,8	+ 42,0	+ 44,9	+ 32,6	+ 33,1	+ 35,5	+ 38,7
Industrierohstoffe	- 4,3	- 0,7	+ 41,3	+ 32,2	+ 64,9	+ 38,9	+ 32,0	+ 51,6	+ 37,8	+ 28,4	+ 35,1	+ 32,9	+ 28,4
Energierohstoffe	- 11,9	- 31,4	+ 98,6	+ 20,8	+ 108,8	+ 117,7	+ 156,8	+ 108,4	+ 105,8	+ 138,7	+ 190,5	+ 143,4	+ 139,8
Rohöl	- 5,3	- 33,4	+ 60,3	+ 10,6	+ 97,3	+ 67,8	+ 84,8	+ 67,1	+ 58,6	+ 78,3	+ 104,8	+ 91,9	+ 61,3

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. Revision aufgrund neuer Gewichtung der Indizes. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2020			2021		
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5	-13,5	- 4,4	- 5,7	- 5,0	+13,0	+ 5,7
Exporte	+ 4,9	+ 5,1	+ 3,4	-10,8	+10,2	+ 8,5	+ 4,2	-22,6	- 8,8	- 7,5	- 7,7	+34,6	+11,7
Importe	+ 5,3	+ 5,3	+ 2,0	- 9,4	+12,6	+ 6,1	+ 3,9	-20,0	- 9,8	- 3,2	+ 2,2	+29,3	+12,9
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,4	+ 2,5	+ 0,7	- 5,8	+ 5,1	+ 3,9	+ 2,3	-12,0	- 4,8	- 3,4	+ 0,5	+10,4	+ 6,1
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,9	- 6,3	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,0	-11,8	- 4,4	- 5,4	- 4,0	+ 8,6	+ 4,8
Private Haushalte ²⁾	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,4	+ 6,3	+ 2,9	-15,2	- 5,5	- 8,6	- 7,2	+ 8,6	+ 4,1
Staat	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,5	- 0,5	+ 5,3	- 2,0	- 0,4	- 2,6	- 1,3	+ 3,2	+ 3,5	+ 8,6	+ 6,9
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 4,5	+ 6,1	- 0,2	- 4,6	+ 7,7	+ 4,2	+ 3,1	-12,3	- 5,3	+ 1,1	+12,1	+13,7	+ 7,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,8	- 5,2	+ 5,7	+ 4,8	+ 1,8	-11,2	- 3,1	- 3,8	+ 3,4	+14,1	+ 1,7
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 7,4	+ 1,3	+ 4,3	- 8,7	+ 8,0	+ 7,5	+ 1,0	-18,8	- 3,3	- 4,5	+ 5,2	+21,8	+ 3,0
Bauten	+ 2,7	+ 5,6	+ 4,0	- 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 1,9	- 8,1	- 2,1	- 3,5	+ 4,2	+12,3	- 0,1
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 2,5	+ 6,9	+ 7,3	- 3,2	+ 4,0	+ 5,0	+ 2,7	- 5,5	- 5,4	- 3,7	+ 0,0	+ 7,2	+ 4,2
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 3,2	+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,6	+ 3,2	+ 3,5	-17,2	- 4,1	- 1,3	+ 2,8	+20,7	+ 7,2
Saison- und arbeitsstagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt								-11,4	+10,9	- 2,0	- 0,4	+ 4,2	+ 3,8
Exporte								-19,0	+16,1	+ 2,3	- 1,6	+13,5	- 2,3
Importe								-16,1	+11,8	+ 4,4	+ 5,9	+ 3,4	- 2,1
Inländische Verwendung ¹⁾								- 9,7	+ 8,7	- 1,1	+ 3,5	- 1,0	+ 4,1
Konsumausgaben insgesamt								- 8,8	+ 8,8	- 1,1	- 2,3	+ 3,3	+ 5,0
Private Haushalte ²⁾								-11,1	+11,7	- 3,1	- 3,5	+ 4,0	+ 7,0
Staat								- 2,8	+ 2,0	+ 4,1	+ 0,5	+ 1,7	+ 0,5
Bruttoinvestitionen ³⁾								-10,6	+ 3,4	+ 5,6	+13,6	- 7,9	- 2,6
Bruttoanlageinvestitionen								- 8,5	+ 8,4	- 0,6	+ 4,7	+ 0,8	- 2,8
Ausrüstungen und Waffensysteme								-12,6	+15,0	- 3,3	+ 7,6	+ 1,0	- 1,7
Bauten								- 6,8	+ 7,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 0,8	- 4,8
Sonstige Anlagen ⁴⁾								- 6,2	+ 2,3	+ 1,3	+ 2,6	+ 0,6	- 0,3
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren								-12,7	+13,7	+ 1,3	+ 3,1	+ 0,6	+ 1,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Einschließlich statistischer Differenz. – 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 3) Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – 4) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2020			2021			
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 2,3	+ 4,3	+ 3,8	- 4,3	+ 5,3	+ 8,1	+ 4,6							
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,2	- 0,4	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,1	- 4,9	+ 0,5	+ 0,8	- 0,9	+10,1	+ 6,2	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 3,2	+ 4,4	+ 1,7	- 0,7	+ 3,2	+ 6,0	+ 2,8	- 2,4	- 0,5	+ 4,6	+ 4,7	+ 8,1	+ 7,1	
Gesamtwirtschaftliche Produktivität														
BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2	- 5,0	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,0	- 9,4	- 3,0	- 4,1	- 3,2	+ 7,5	+ 2,4	
BIP nominell	Mrd. €	369,36	385,42	397,52	379,32	401,15	433,81	453,84	88,13	96,70	99,90	91,51	100,27	104,54
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	41.996	43.611	44.778	42.540	44.768	48.143	50.139	9.890	10.839	11.185	10.241	11.209	11.663
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 6,6	+ 4,5	+ 2,0	-15,9	- 3,4	- 9,9	- 2,7	+16,4	+ 3,8	
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	+ 1,2	+ 0,5	- 0,1	+ 2,1	- 2,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 2,9	- 1,0	+ 4,7	- 2,4	- 3,0	+ 1,9	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – 2) Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2020	2021			2021						
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Indexpunkte (saisonbereinigt)											
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft	- 12,3	- 9,9	+ 15,5	+ 18,2	+ 16,3	+ 19,9	+ 17,6	+ 17,3	+ 19,1	+ 17,7	+ 12,0
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 10,3	- 11,8	+ 14,1	+ 21,2	+ 17,4	+ 22,9	+ 20,5	+ 20,3	+ 20,7	+ 19,1	+ 12,4
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 14,2	- 8,0	+ 16,8	+ 15,3	+ 15,2	+ 16,9	+ 14,7	+ 14,3	+ 17,7	+ 16,3	+ 11,6
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche											
Sachgütererzeugung	- 10,6	- 5,6	+ 18,3	+ 19,8	+ 20,1	+ 20,6	+ 19,0	+ 19,6	+ 20,6	+ 19,5	+ 20,2
Bauwirtschaft	+ 8,5	+ 16,1	+ 37,4	+ 37,2	+ 37,6	+ 35,4	+ 36,7	+ 39,4	+ 35,5	+ 36,7	+ 40,5
Dienstleistungen	- 18,7	- 17,3	+ 12,7	+ 17,2	+ 14,4	+ 20,0	+ 16,6	+ 15,1	+ 19,5	+ 17,2	+ 6,4

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: **Tourismusentwicklung in der laufenden Saison**

	Umsätze im Gesamtreiseverkehr	Sommersaison 2020			Umsätze im Gesamtreiseverkehr ²⁾	Sommersaison 2021							
		Insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland		Insgesamt	Übernachtungen ¹⁾ Aus dem Inland	Aus dem Ausland					
					Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Österreich	- 33,4	- 31,8	- 4,7	- 43,2	+ 27,8	+ 23,3	+ 8,3	+ 33,9					
Wien	- 80,4	- 80,8	- 57,4	- 85,5	+ 115,9	+ 105,2	+ 49,2	+ 137,8					
Niederösterreich	- 34,7	- 36,1	- 21,3	- 60,5	+ 26,8	+ 21,3	+ 14,0	+ 45,5					
Burgenland	- 11,2	- 12,4	- 0,8	- 44,6	+ 21,1	+ 15,7	+ 12,1	+ 33,8					
Steiermark	- 11,3	- 13,3	+ 1,0	- 36,0	+ 21,5	+ 16,1	+ 8,4	+ 34,9					
Kärnten	- 7,9	- 11,0	+ 19,8	- 31,7	+ 14,5	+ 8,4	- 0,4	+ 18,8					
Oberösterreich	- 24,4	- 29,5	+ 14,7	- 45,5	+ 28,4	+ 20,8	+ 15,2	+ 30,4					
Salzburg	- 28,0	- 30,0	+ 1,5	- 39,6	+ 28,9	+ 22,3	+ 6,4	+ 30,4					
Tirol	- 24,9	- 29,7	+ 1,7	- 33,3	+ 36,1	+ 27,4	+ 1,5	+ 32,0					
Vorarlberg	- 17,8	- 24,3	- 5,5	- 27,1	+ 31,4	+ 22,2	+ 4,9	+ 25,5					

Q: OeNB; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – ¹⁾ Oktober 2021: Hochrechnung. – ²⁾ Schätzung. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, susanne.markytan@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: **Warenexporte und Warenimporte**

	2020	2021	2020	2021	2018	2019	2020	2021	Juni	Juli	2021 August	2021 Septem-ber	2021 Oktober
	Jänner bis Oktober		Jänner bis Oktober		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
	Mrd. €		Anteile in %										
Warenexporte insgesamt	142,6	135,8	100,0	100,0	+ 5,7	+ 2,3	- 7,1	+ 15,2	+ 21,2	+ 10,6	+ 20,4	+ 14,5	+ 7,9
Intra-EU 27 (ab 2020)	96,4	92,6	67,6	68,2	+ 5,9	+ 1,7	- 5,9	+ 15,9	+ 24,1	+ 12,7	+ 18,3	+ 15,6	+ 8,4
Deutschland	43,4	41,2	30,5	30,3	+ 5,5	- 0,4	- 3,6	+ 14,5	+ 16,9	+ 6,7	+ 17,5	+ 9,4	+ 3,4
Italien	8,8	9,2	6,2	6,8	+ 7,2	- 0,1	- 9,5	+ 26,1	+ 34,7	+ 27,3	+ 20,6	+ 25,4	+ 19,3
Frankreich	6,1	5,1	4,3	3,8	- 8,5	+ 4,8	- 9,2	- 0,7	+ 25,1	+ 10,1	+ 13,8	+ 26,7	+ 18,9
EU-Länder seit 2004	26,3	25,8	18,5	19,0	+ 7,8	+ 2,7	- 5,6	+ 18,3	+ 33,2	+ 19,6	+ 16,8	+ 21,7	+ 10,2
5 EU-Länder ¹⁾	21,3	20,8	14,9	15,3	+ 7,5	+ 3,1	- 5,5	+ 17,8	+ 32,4	+ 20,8	+ 16,8	+ 21,7	+ 10,5
Tschechien	5,1	4,9	3,6	3,6	+ 7,6	- 4,6	- 6,0	+ 17,8	+ 32,7	+ 17,2	+ 20,2	+ 19,1	+ 7,1
Ungarn	4,9	5,0	3,5	3,7	+ 6,1	+ 9,3	- 11,4	+ 21,0	+ 39,9	+ 28,3	+ 22,4	+ 36,6	+ 19,3
Polen	5,5	5,4	3,9	4,0	+ 9,8	+ 8,1	+ 6,6	+ 19,2	+ 37,8	+ 24,7	+ 13,3	+ 11,4	+ 6,5
Extra-EU 27 (ab 2020)	46,2	43,3	32,4	31,8	+ 5,5	+ 3,5	- 9,6	+ 13,7	+ 15,3	+ 6,3	+ 24,9	+ 12,3	+ 6,7
Schweiz	7,5	6,8	5,2	5,0	+ 0,2	+ 3,6	+ 3,0	+ 7,0	- 10,3	- 3,1	+ 38,7	+ 12,0	+ 12,8
Vereinigtes Königreich	4,1	3,7	2,9	2,7	+ 7,5	+ 7,1	- 9,3	+ 11,4	+ 32,3	+ 23,3	+ 13,7	+ 3,0	- 9,8
Westbalkanländer	1,4	1,3	1,0	1,0	+ 2,9	+ 12,8	- 10,4	+ 17,2	+ 35,9	+ 7,7	+ 29,1	+ 19,2	+ 4,0
GUS-Europa	2,3	1,8	1,6	1,3	- 3,6	+ 11,5	- 11,6	- 6,3	- 4,2	- 39,4	+ 24,5	- 5,3	+ 10,9
Russland	2,1	1,6	1,5	1,2	- 3,7	+ 12,3	- 10,3	- 9,1	- 8,7	- 42,4	+ 22,5	- 8,6	+ 10,8
Industrieländer in Übersee	15,3	14,8	10,7	10,9	+ 9,0	+ 0,4	- 11,9	+ 18,0	+ 18,6	+ 10,5	+ 23,5	+ 12,0	+ 3,8
USA	9,3	8,9	6,5	6,5	+ 9,7	- 3,4	- 9,2	+ 16,8	+ 14,1	+ 12,7	+ 18,9	+ 8,5	+ 6,1
China	3,9	4,0	2,7	2,9	+ 9,6	+ 10,0	- 12,2	+ 24,2	+ 18,9	+ 16,7	+ 13,8	+ 20,6	+ 8,5
Japan	1,5	1,4	1,1	1,0	+ 10,7	+ 5,5	- 5,6	+ 12,1	- 2,4	- 8,8	+ 32,0	+ 33,0	- 6,5
Agrarwaren	12,0	10,9	8,4	8,0	+ 3,7	+ 6,7	+ 3,1	+ 8,6	+ 17,5	+ 6,8	+ 13,8	+ 12,7	+ 5,6
Roh- und Brennstoffe	7,1	8,1	5,0	5,9	+ 12,2	+ 2,0	- 14,8	+ 36,2	+ 52,0	+ 48,7	+ 54,2	+ 49,1	+ 51,0
Industriewaren	123,5	116,9	86,6	86,1	+ 5,5	+ 1,9	- 7,5	+ 14,6	+ 19,9	+ 8,8	+ 19,1	+ 12,8	+ 5,7
Chemische Erzeugnisse	22,2	20,6	15,6	15,2	+ 0,3	+ 8,4	+ 2,8	+ 10,5	+ 9,2	+ 6,7	+ 32,7	+ 18,1	+ 19,7
Bearbeitete Waren	28,7	29,2	20,2	21,5	+ 6,5	- 3,2	- 9,9	+ 21,9	+ 36,1	+ 23,1	+ 32,6	+ 24,4	+ 18,1
Maschinen, Fahrzeuge	54,4	50,4	38,2	37,1	+ 6,2	+ 2,5	- 11,9	+ 13,1	+ 15,3	+ 3,7	+ 11,2	+ 5,3	- 4,2
Konsumnahe Fertigwaren	16,0	14,4	11,2	10,6	+ 7,2	+ 1,8	- 7,3	+ 10,0	+ 18,9	+ 4,4	+ 3,0	+ 6,6	- 0,2
Warenimporte insgesamt	144,4	145,8	100,0	100,0	+ 5,8	+ 1,1	- 8,5	+ 22,0	+ 35,3	+ 19,9	+ 26,4	+ 23,6	+ 14,0
Intra-EU 27 (ab 2020)	98,8	97,3	68,4	66,7	+ 5,3	+ 0,3	- 8,4	+ 19,3	+ 29,4	+ 16,6	+ 23,5	+ 17,0	+ 9,4
Deutschland	50,5	48,5	35,0	33,3	+ 2,7	- 1,1	- 8,5	+ 16,0	+ 27,3	+ 15,2	+ 18,6	+ 11,9	+ 5,2
Italien	9,1	9,5	6,3	6,5	+ 9,5	+ 4,1	- 12,0	+ 25,4	+ 35,4	+ 15,3	+ 27,5	+ 19,4	+ 19,3
Frankreich	3,7	3,7	2,6	2,6	+ 8,4	- 1,4	- 11,4	+ 22,0	+ 22,4	+ 14,6	+ 21,8	+ 28,9	+ 14,9
EU-Länder seit 2004	22,5	23,2	15,6	15,9	+ 8,8	+ 1,2	- 6,6	+ 25,3	+ 34,6	+ 19,3	+ 33,2	+ 27,4	+ 16,0
5 EU-Länder ¹⁾	19,3	19,6	13,3	13,4	+ 9,2	+ 1,1	- 8,6	+ 24,1	+ 33,7	+ 16,6	+ 32,9	+ 26,1	+ 15,9
Tschechien	6,0	6,2	4,2	4,2	+ 6,9	- 2,4	- 9,3	+ 25,6	+ 30,3	+ 13,4	+ 41,8	+ 45,1	+ 19,7
Ungarn	3,9	3,9	2,7	2,7	+ 5,9	+ 2,5	- 9,9	+ 21,0	+ 37,3	+ 17,2	+ 22,1	+ 15,3	+ 9,9
Polen	4,5	4,7	3,1	3,2	+ 10,3	+ 11,0	- 3,4	+ 31,2	+ 37,3	+ 13,2	+ 38,6	+ 24,4	+ 14,4
Extra-EU 27 (ab 2020)	45,7	48,5	31,6	33,3	+ 6,9	+ 2,8	- 8,7	+ 27,7	+ 48,4	+ 27,7	+ 32,4	+ 38,8	+ 23,9
Schweiz	7,6	8,3	5,3	5,7	- 10,8	- 10,8	+ 25,5	+ 25,7	+ 24,8	+ 70,3	+ 7,6	+ 50,1	- 0,6
Vereinigtes Königreich	2,1	2,0	1,5	1,4	+ 16,3	- 1,3	- 24,2	+ 14,8	+ 146,2	+ 2,3	- 1,8	- 1,8	- 17,7
Westbalkanländer	1,3	1,3	0,9	0,9	+ 9,2	+ 16,0	- 10,3	+ 22,4	+ 35,6	+ 21,2	+ 35,7	+ 32,9	+ 25,4
GUS-Europa	2,3	3,5	1,6	2,4	+ 19,0	- 15,9	- 20,7	+ 90,1	+ 113,3	+ 137,9	+ 183,1	+ 224,8	+ 156,4
Russland	2,2	3,4	1,5	2,4	+ 19,0	- 16,1	- 21,4	+ 94,0	+ 118,2	+ 145,2	+ 191,0	+ 237,7	+ 163,3
Industrieländer in Übersee	8,9	8,2	6,2	5,7	+ 1,3	+ 10,6	- 19,4	+ 12,9	+ 52,5	+ 1,4	+ 21,2	+ 16,7	+ 3,5
USA	5,3	4,7	3,6	3,2	+ 2,9	+ 18,5	- 25,9	+ 9,4	+ 65,7	- 4,7	+ 23,8	+ 15,8	- 7,1
China	10,2	10,7	7,1	7,4	+ 7,1	+ 7,9	+ 3,7	+ 28,7	+ 19,4	+ 10,9	+ 32,0	+ 34,2	+ 32,1
Japan	2,1	1,9	1,4	1,3	+ 4,2	+ 0,2	- 8,7	+ 8,0	+ 0,0	+ 9,4	+ 6,2	+ 9,6	+ 13,6
Agrarwaren	11,6	10,4	8,1	7,1	+ 1,2	+ 4,7	- 0,4	+ 6,5	+ 15,9	+ 5,6	+ 13,7	+ 15,4	+ 10,1
Roh- und Brennstoffe	14,1	17,4	9,7	11,9	+ 15,3	- 4,0	- 23,4	+ 48,7	+ 81,1	+ 68,1	+ 79,5	+ 87,9	+ 79,1
Industriewaren	118,7	118,0	82,2	81,0	+ 4,9	+ 1,6	- 7,1	+ 20,3	+ 32,8	+ 16,3	+ 21,3	+ 17,6	+ 7,3
Chemische Erzeugnisse	21,0	21,5	14,5	14,7	+ 4,5	+ 3,1	- 4,1	+ 22,5	+ 40,0	+ 24,6	+ 24,4	+ 29,1	+ 8,4
Bearbeitete Waren	22,9	24,0	15,9	16,5	+ 6,9	- 2,2	- 6,1	+ 24,4	+ 37,6	+ 29,1	+ 35,9	+ 31,6	+ 26,0
Maschinen, Fahrzeuge	50,4	48,8	34,9	33,4	+ 4,4	+ 3,7	- 11,2	+ 18,7	+ 25,2	+ 8,6	+ 20,8	+ 10,8	- 0,8
Konsumnahe Fertigwaren	21,8	20,1	15,1	13,8	+ 4,6	+ 3,1	- 7,9	+ 11,6	+ 20,0	+ 2,5	+ 10,6	+ 5,8	+ 5,1

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2017	2018	2019	2020	2020		2021		2021				
					III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	August	September	Oktober	November
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Marktentwicklung													
Milchanlieferung ¹⁾	3.313	3.391	3.378	3.384	- 0,5	- 1,7	- 2,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,4	+ 3,1	+ 3,2
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.459	2.493	2.691	2.932									
BEE ³⁾ Rindfleisch	213	218	215	205	- 6,6	- 9,3	- 8,3	- 0,2	- 1,5	+ 4,7	- 2,3	- 7,6	+ 5,3
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	- 14,7	- 5,6	- 9,0	- 10,5	+ 13,3	+ 20,9	+ 15,0	+ 11,6	- 5,0
BEE ³⁾ Schweinefleisch	467	468	468	475	+ 3,1	+ 2,8	+ 1,3	+ 4,2	- 0,7	+ 4,2	- 0,1	- 5,4	- 0,4
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	108	110	116	125	+ 13,6	+ 4,3	+ 6,8	- 0,1	+ 3,9	+ 10,6	+ 3,6	- 1,1	+ 4,9
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	364	359	359	366	+ 3,9	+ 9,2	+ 4,7	+ 4,7	+ 5,5	+ 5,0	+ 3,8	+ 4,5	+ 4,7
Qualitätsweizen ⁵⁾	156	159	166	161	+ 0,2	+ 3,4	+ 8,1	+ 24,5	+ 23,5	+ 22,5	+ 38,0	+ 49,1	+ 69,9
Körnermais ⁵⁾	144	149	143	143	+ 8,4	+ 2,9	+ 21,7	+ 37,8	+ 57,0	+ 58,5	+ 68,9	+ 54,3	+ 47,6
Jungtiere (Handelsklasse R3) ⁶⁾ 7)	3.861	3.868	3.703	3.650	- 0,5	+ 0,7	+ 2,9	+ 10,0	+ 9,5	+ 9,2	+ 10,4	+ 13,4	+ 15,2
Schweine (Handelsklasse E) ⁶⁾	1.668	1.487	1.757	1.678	- 14,3	- 26,2	- 25,1	- 3,3	+ 2,1	+ 1,9	- 0,6	+ 0,0	+ 3,5
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.082	2.731	2.665	2.385	- 3,9	- 7,5	- 0,7	+ 5,3	- 0,1	- 0,8	- 1,3	- 0,8	+ 1,3

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Milchanlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – 2) Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – 3) Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – 4) Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – 5) Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – 6) € je t Schlachtgewicht. – 7) Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – 8) Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2018	2019	2020	2020	2021			2021					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitslagsbereinigt)													
Insgesamt	+ 4,2	+ 0,1	- 7,0	- 0,2	+ 3,9	+ 25,7	+ 8,5	+ 15,9	+ 10,2	+ 9,7	+ 6,0	+ 6,0	+ 6,5
Vorleistungen	+ 4,0	- 1,1	- 4,6	+ 2,8	+ 4,9	+ 24,7	+ 12,1	+ 18,4	+ 14,7	+ 12,2	+ 9,7	+ 6,1	+ 8,9
Investitionsgüter	+ 6,2	+ 2,5	- 12,4	- 3,1	+ 6,9	+ 37,6	+ 8,0	+ 18,9	+ 8,8	+ 12,8	+ 3,8	+ 7,0	+ 5,3
Kfz	+ 10,2	+ 4,9	- 17,6	+ 6,4	+ 16,7	+ 64,9	- 10,2	+ 6,2	- 10,2	+ 10,5	- 21,8	- 17,7	- 22,1
Konsumgüter	+ 1,4	- 1,5	- 3,0	- 1,7	- 1,7	+ 13,2	+ 1,9	+ 8,2	+ 3,8	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,4	+ 5,1
Langlebige Konsumgüter	+ 3,5	- 2,3	- 0,6	+ 9,9	+ 13,2	+ 43,1	+ 5,2	+ 25,0	+ 14,6	- 3,7	+ 3,4	+ 1,8	- 1,0
Kurzlebige Konsumgüter	+ 1,0	- 1,4	- 3,6	- 4,5	- 5,0	+ 6,3	+ 1,1	+ 3,6	+ 1,0	+ 2,5	- 0,1	+ 1,8	+ 6,8
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	+ 3,4	+ 1,6	- 1,3	- 1,8	- 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,1	.	.
Geleistete Stunden	+ 3,2	+ 2,2	- 4,6	- 3,2	+ 0,3	+ 16,0	+ 4,6	+ 14,0	+ 2,7	+ 5,6	+ 4,5	.	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	+ 0,7	- 1,5	- 5,8	+ 1,7	+ 5,1	+ 24,8	+ 7,6	+ 15,1	+ 9,5	+ 8,6	+ 4,9	.	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	+ 1,1	- 1,9	- 2,1	+ 2,9	+ 2,4	+ 9,4	+ 3,8	+ 4,9	+ 4,3	+ 7,8	+ 1,2	.	.
Aufträge													
Auftragseingänge	+ 7,1	- 2,1	- 7,4	+ 6,1	+ 18,4	+ 61,1	+ 23,3	+ 48,2	+ 30,6	+ 23,2	+ 17,0	.	.
Inland	- 0,2	- 0,9	- 4,5	+ 7,0	+ 8,9	+ 60,7	+ 33,7	+ 49,6	+ 39,7	+ 38,8	+ 24,1	.	.
Ausland	+ 9,4	- 2,5	- 8,3	+ 5,8	+ 21,4	+ 61,2	+ 20,2	+ 47,8	+ 27,7	+ 18,7	+ 14,9	.	.
Auftragsbestand	+ 10,7	+ 2,5	- 1,6	+ 1,1	+ 8,1	+ 18,9	+ 26,3	+ 22,7	+ 26,7	+ 25,8	+ 26,3	.	.
Inland	+ 10,0	+ 2,1	+ 6,2	+ 7,3	+ 10,1	+ 19,4	+ 33,9	+ 24,4	+ 30,9	+ 34,3	+ 36,5	.	.
Ausland	+ 10,8	+ 2,6	- 3,2	- 0,2	+ 7,6	+ 18,8	+ 24,5	+ 22,3	+ 25,7	+ 23,8	+ 24,0	.	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ab 2021: vorläufig. • Rückfragen: tim.slickers@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2020		2021			2021					
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾										
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	- 10,6	- 5,6	+ 18,3	+ 19,8	+ 20,1	+ 20,6	+ 19,0	+ 19,6	+ 20,6	+ 19,5	+ 20,2
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 9,9	- 7,4	+ 18,3	+ 22,3	+ 21,8	+ 24,4	+ 20,7	+ 21,8	+ 23,4	+ 19,4	+ 22,5
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 11,3	- 3,9	+ 18,2	+ 17,2	+ 18,5	+ 16,8	+ 17,3	+ 17,5	+ 17,9	+ 19,7	+ 17,9
	In % der Unternehmen (saisonbereinigt)										
Auftragsbestände zumindest ausreichend	57,6	59,8	74,9	79,5	80,8	80,6	79,1	79,0	82,0	79,7	80,7
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	53,7	54,1	70,0	72,2	75,4	72,8	71,7	72,2	77,0	72,4	76,7
	Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)										
Fertigwarenlager zur Zeit	+ 7,3	+ 4,3	- 8,5	- 9,3	- 9,5	- 10,2	- 7,4	- 10,2	- 11,0	- 6,8	- 10,6
Produktion in den nächsten 3 Monaten	- 7,3	+ 1,1	+ 22,3	+ 16,7	+ 20,6	+ 16,3	+ 17,6	+ 16,1	+ 19,4	+ 23,6	+ 18,9
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	- 17,4	- 8,4	+ 17,6	+ 16,0	+ 12,2	+ 15,4	+ 15,9	+ 16,9	+ 11,8	+ 12,6	+ 12,1
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	- 1,7	+ 9,2	+ 39,2	+ 49,3	+ 56,5	+ 48,3	+ 47,7	+ 52,0	+ 53,9	+ 56,4	+ 59,1

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gagnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	+ 7,3	- 1,7	.	+ 8,2	+26,2	+ 8,3	.	+ 7,1	+10,5	+ 7,7	.	.	.
Hochbau	+ 9,6	- 2,9	.	+ 9,1	+22,3	+ 7,9	.	+ 4,4	+ 8,9	+10,3	.	.	.
Tiefbau	+ 5,9	- 2,4	.	+ 7,9	+25,5	+ 5,8	.	+ 3,3	+10,8	+ 3,8	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	+ 6,2	- 0,6	.	+ 7,7	+29,3	+ 9,5	.	+10,0	+11,5	+ 7,4	.	.	.
Auftragsbestände	+ 4,8	- 0,9	.	+11,1	+18,9	+17,7	.	+19,4	+16,8	+16,9	.	.	.
Auftragseingänge	- 1,7	+ 2,3	.	+34,7	+33,7	+ 2,3	.	- 0,3	- 0,7	+ 7,2	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,8	- 0,1	+ 5,1	+ 6,8	+ 7,4	+ 3,0	+ 3,6	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,8
Arbeitslose	- 8,6	+29,9	-18,7	- 8,3	-37,0	-22,0	-17,1	-23,7	-21,2	-21,0	-22,4	-23,8	-12,4
Offene Stellen	+10,5	+ 2,2	+24,9	+ 7,8	+28,9	+29,3	+33,5	+25,6	+30,7	+31,7	+31,8	+29,3	+43,1
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 3,1	+ 2,6	.	+ 2,8	+ 4,9	+ 6,2
Hochbau	+ 3,4	+ 3,2	.	+ 3,6	+ 7,4	+ 9,9
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,3	+ 3,2	.	+ 3,7	+ 7,2	+ 9,6
Sonstiger Hochbau	+ 3,4	+ 3,1	.	+ 3,7	+ 7,7	+10,4
Tiefbau	+ 2,7	+ 1,8	.	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). Ab 2021: vorläufig. – 2) Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – 3) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2018	2019	2020	2020	2021				2021				
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 3,7	+ 1,2	- 5,3	- 3,4	+ 3,5	+22,3	+ 8,1	+17,3	+17,6	+ 4,1	+11,7	+ 9,0	+ 6,0
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 2,1	+ 0,6	-10,7	- 1,3	+17,7	+35,6	+ 1,3	+27,9	+14,4	- 2,3	+ 7,2	- 0,1	- 4,7
Großhandel	+ 4,9	+ 0,9	- 7,0	- 5,8	+ 1,1	+26,7	+13,7	+24,1	+24,5	+ 8,6	+17,9	+15,0	+12,1
Einzelhandel	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,1	- 0,5	+ 2,1	+10,6	+ 2,3	+ 4,0	+ 8,3	- 0,1	+ 4,2	+ 2,9	+ 1,4
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 1,3	+ 0,6	- 4,8	- 3,2	+ 1,1	+15,4	+ 0,8	+10,3	+10,3	- 2,5	+ 4,4	+ 1,1	- 2,5
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,7	- 1,2	-12,5	- 3,1	+15,7	+32,7	- 1,4	+25,3	+11,9	- 4,6	+ 4,2	- 2,9	- 7,9
Großhandel	+ 2,1	+ 0,6	- 5,3	- 5,0	- 3,0	+15,5	+ 2,0	+12,4	+12,6	- 2,2	+ 5,9	+ 2,7	- 1,3
Einzelhandel	+ 0,3	+ 1,2	- 0,2	- 0,5	+ 2,1	+ 8,6	- 0,1	+ 1,5	+ 5,9	- 2,0	+ 1,7	+ 0,3	- 1,7
Beschäftigte ²⁾	+ 1,3	+ 0,2	- 1,7	- 1,4	- 1,1	+ 2,4	+ 0,5	+ 2,4	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 2,2	+ 0,9	- 1,8	- 1,7	- 1,5	+ 0,9	- 1,1	+ 0,8	- 0,2	- 1,0	- 1,2	- 1,1	- 0,9
Großhandel	+ 2,0	+ 0,9	- 1,5	- 1,7	- 1,5	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,9
Einzelhandel	+ 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,1	- 0,8	+ 3,4	+ 0,8	+ 3,5	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – 1) Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – 2) Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	+ 0,7	- 8,5	.	- 7,2	+ 8,6	+ 4,1
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,3	- 2,6	.	+18,3	+34,9	+ 1,5
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Sparquote ¹⁾	8,5	14,4	.	14,8	14,2	13,6
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	- 2,7	-10,1	- 5,1	-10,1	- 4,1	- 1,3	- 4,7	- 0,3	- 0,3	- 3,4	- 1,6	- 3,9	- 8,7
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	+ 1,9	- 2,3	- 6,2	- 8,0	- 8,1	- 4,2	- 4,5	- 5,5	- 2,4	- 4,6	- 3,0	- 3,9	- 6,6
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 6,2	+ 0,4	+ 2,4	+ 0,4	+ 4,7	+ 4,3	+ 0,1	+ 4,6	+ 5,7	+ 2,6	+ 1,8	- 0,3	- 1,2
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	- 4,9	-22,2	- 3,2	-21,6	± 0,0	+ 7,4	+ 1,3	+10,2	+ 8,5	+ 3,4	+10,2	+ 2,7	- 8,9
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	-14,0	-16,3	-13,2	-11,1	-13,0	-12,8	-15,8	-10,4	-13,0	-15,0	-15,3	-14,0	-18,2

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2019	2020	2021	2021									
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Güterverkehr													
Verkehrsleistung													
Straße	+ 1,7	- 0,9	.	+ 8,4	+ 15,1	+ 0,5
Schiene	- 0,4	- 5,7	.	- 6,0	+ 26,6
Luffahrt ¹⁾	- 4,6	- 26,6	.	- 9,0	+ 49,6	+ 26,1	.	+ 41,3	+ 21,7	+ 16,7	+ 22,9	+ 17,4	.
Binnenschifffahrt	+ 20,7	- 10,2	.	- 8,4	- 7,4	.	.	+ 12,3
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 0,9	- 4,6	+ 8,8	+ 5,0	+ 22,6	+ 6,3	+ 2,9	+ 5,0	+ 11,0	+ 3,6	- 1,2	+ 4,6	+ 6,0
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+ 1,5	- 17,1	.	+ 32,7	+ 125,7	+ 44,5	.	+ 30,6	+ 69,5	+ 35,3	+ 148,4	- 32,7	.
Personenverkehr													
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 3,4	- 24,5	.	+ 16,2	+ 22,0	- 18,2	.	- 19,7	- 15,2	- 19,4	- 39,2	- 12,6	.
Bahn (Personenkilometer)	+ 0,8	- 44,6
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 14,0	- 74,3	.	- 90,6	+ 718,0	+ 150,1	.	+ 156,8	+ 124,1	+ 179,8	+ 310,2	+ 543,4	.
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 1,6	- 3,8	- 0,4	- 5,1	+ 0,8	- 0,5	+ 3,5	- 0,7	- 0,5	- 0,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 5,5
Arbeitslose	- 1,0	+ 52,0	- 22,6	+ 11,6	- 34,1	- 30,8	- 33,1	- 32,4	- 29,8	- 30,1	- 31,5	- 34,0	- 33,7
Offene Stellen	+ 6,0	- 31,4	+ 63,8	- 20,0	+ 61,1	+ 109,7	+ 130,6	+ 107,1	+ 107,3	+ 114,6	+ 108,9	+ 129,6	+ 158,8
Kraftstoffpreise													
Dieselmotorkraftstoff	- 1,4	- 12,8	+ 17,4	- 3,5	+ 17,8	+ 22,0	+ 36,4	+ 20,7	+ 21,4	+ 23,8	+ 36,0	+ 40,0	+ 33,4
Normalbenzin	- 2,0	- 12,4	+ 17,9	- 2,6	+ 20,5	+ 24,1	+ 32,2	+ 23,5	+ 24,5	+ 24,1	+ 30,2	+ 35,7	+ 30,6

Q: Statistik Austria; BMK; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2019	2020	2021	2020	2021								
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember
In %													
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Taggeldsatz	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,6
Sekundärmarktzinssätze													
Benchmark	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,4	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,1	0,1	- 0,0	- 0,0
Umlaufgewichtete Durchschnittszinssätze	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,0	.	3,9	3,7	4,2	4,5	.	4,5	4,5	4,5	4,3	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	1,9	1,5	.	1,4	1,4	1,4	1,3	.	1,3	1,3	1,3	1,3	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	.	1,6	1,7	1,6	1,7	.	1,7	1,7	1,7	1,6	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,2	1,3	.	1,4	1,0	1,3	1,5	.	1,4	1,5	1,2	1,3	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen													
In Yen	1,5	1,4	.	1,4	1,2	1,2	1,1	.	1,1	1,1	1,5	1,5	.
In Schweizer Franken	1,0	1,0	.	1,2	1,1	1,1	0,9	.	1,2	0,9	0,9	0,9	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,1	.	0,2	0,2	0,1	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,1	.
Über 2 Jahre	0,5	0,5	.	0,5	0,5	0,4	0,3	.	0,4	0,3	0,4	0,5	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	.	0,2	0,1	0,1	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,1	.
Über 2 Jahre	0,5	0,4	.	0,6	0,5	0,5	0,5	.	0,5	0,5	0,4	0,6	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
Einlagen und Kredite													
Einlagen insgesamt	+ 3,7	+ 8,6	.	+ 8,6	+ 7,6	+ 6,1	+ 4,9
Spareinlagen	+ 0,3	+ 20,0	.	+ 20,0	+ 21,2	+ 22,0	+ 21,4
Einlagen ohne Bindung	+ 6,4	+ 13,5	.	+ 13,5	+ 12,5	+ 11,3	+ 9,2
Einlagen mit Bindung	- 1,8	- 2,2	.	- 2,2	- 3,3	- 6,0	- 5,4
Forderungen an inländische Nichtbanken													
	+ 4,4	+ 3,8	.	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,6	+ 4,2

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2020			2021				2021					
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 3,0	+ 2,8	- 0,1	- 0,4	+ 2,3	+ 0,9	+ 0,9	- 0,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	- 0,2
Arbeitslose	+ 39,9	- 19,4	- 5,3	- 1,8	- 9,3	- 9,6	- 7,5	- 3,2	- 1,6	- 3,0	- 4,2	- 0,7	- 1,5
Offene Stellen	- 26,1	+ 13,5	+ 5,5	+ 8,0	+ 26,2	+ 18,5	+ 13,0	+ 3,8	+ 4,8	+ 1,8	+ 5,0	+ 2,6	+ 8,8
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	12,2	9,8	9,4	9,3	8,3	7,5	6,9	7,7	7,5	7,3	7,0	7,0	6,9
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	6,9	6,5	6,4	7,0	6,7	5,7	.	6,0	5,9	5,2	5,7	5,3	.

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.797	3.717	3.805	3.674	3.806	3.893	3.846	3.895	3.891	3.893	3.872	3.854	3.813
Männer	2.034	1.991	2.042	1.960	2.051	2.097	2.061	2.093	2.097	2.100	2.088	2.078	2.019
Frauen	1.763	1.726	1.763	1.715	1.755	1.796	1.785	1.802	1.794	1.793	1.784	1.776	1.795
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.720	3.644	3.734	3.603	3.734	3.824	3.776	3.826	3.822	3.823	3.802	3.784	3.743
Männer	2.026	1.983	2.035	1.953	2.043	2.089	2.055	2.086	2.089	2.093	2.080	2.071	2.013
Frauen	1.694	1.661	1.699	1.650	1.691	1.735	1.721	1.740	1.733	1.731	1.721	1.713	1.730
Ausländische Arbeitskräfte	799	777	840	768	838	884	868	876	882	893	879	871	855
Herstellung von Waren	629	620	623	615	622	630	627	631	630	629	628	630	624
Bauwesen	271	271	285	258	296	302	285	300	302	303	302	299	253
Private Dienstleistungen	1.781	1.707	1.756	1.675	1.743	1.819	1.787	1.823	1.823	1.811	1.792	1.777	1.792
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	963	970	993	985	995	991	1.004	990	986	996	1.002	1.004	1.005
Arbeitslose	301	410	332	429	320	279	298	283	286	269	270	289	336
Männer	167	224	181	243	169	145	166	147	147	141	142	153	203
Frauen	135	186	151	185	152	134	132	135	140	128	128	136	133
Personen in Schulung	62	57	70	72	75	64	71	61	61	69	72	74	66
Offene Stellen	77	63	95	66	96	113	105	113	114	114	112	101	102
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 55,8	- 80,1	+ 87,8	- 34,0	+ 158,8	+ 96,2	+ 130,1	+ 96,9	+ 98,2	+ 93,6	+ 105,8	+ 116,6	+ 167,9
Männer	+ 33,9	- 43,1	+ 51,4	- 6,4	+ 87,1	+ 54,5	+ 70,2	+ 52,5	+ 56,8	+ 54,2	+ 58,5	+ 64,7	+ 87,5
Frauen	+ 22,0	- 37,1	+ 36,4	- 27,6	+ 71,7	+ 41,7	+ 59,9	+ 44,4	+ 41,4	+ 39,4	+ 47,3	+ 51,8	+ 80,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	- 30,6	+ 162,6	+ 99,0	+ 130,7	+ 100,9	+ 100,7	+ 95,3	+ 106,5	+ 117,5	+ 168,2
Männer	+ 34,1	- 43,0	+ 51,6	- 6,2	+ 88,5	+ 54,4	+ 69,9	+ 52,8	+ 56,4	+ 53,9	+ 58,0	+ 64,4	+ 87,1
Frauen	+ 24,8	- 33,1	+ 38,8	- 24,4	+ 74,1	+ 44,6	+ 60,9	+ 48,0	+ 44,3	+ 41,4	+ 48,5	+ 53,1	+ 81,1
Ausländische Arbeitskräfte	+ 46,6	- 22,2	+ 62,4	- 7,3	+ 96,4	+ 69,1	+ 91,2	+ 69,0	+ 68,2	+ 70,1	+ 77,0	+ 82,2	+ 114,5
Herstellung von Waren	+ 9,9	- 9,5	+ 3,9	- 6,6	+ 6,8	+ 5,7	+ 9,7	+ 4,0	+ 6,7	+ 6,5	+ 7,0	+ 10,6	+ 11,6
Bauwesen	+ 9,9	- 0,3	+ 13,9	+ 16,4	+ 20,4	+ 8,9	+ 9,9	+ 7,5	+ 9,8	+ 9,5	+ 9,9	+ 10,6	+ 9,3
Private Dienstleistungen	+ 29,9	- 73,6	+ 48,7	- 56,6	+ 102,9	+ 59,9	+ 88,5	+ 63,6	+ 59,7	+ 56,3	+ 67,6	+ 74,6	+ 123,3
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 7,8	+ 7,1	+ 23,1	+ 15,1	+ 31,2	+ 24,2	+ 21,9	+ 25,4	+ 25,0	+ 22,1	+ 21,1	+ 20,8	+ 23,6
Arbeitslose	- 10,8	+ 108,3	- 77,9	+ 30,9	- 149,7	- 88,2	- 104,6	- 101,3	- 85,6	- 77,7	- 88,9	- 101,5	- 123,4
Männer	- 8,2	+ 57,3	- 43,1	+ 8,5	- 78,5	- 48,3	- 54,3	- 53,7	- 47,5	- 43,5	- 46,9	- 53,5	- 62,5
Frauen	- 2,6	+ 51,0	- 34,8	+ 22,4	- 71,2	- 39,9	- 50,3	- 47,5	- 38,1	- 34,2	- 42,0	- 48,0	- 60,9
Personen in Schulung	- 6,8	- 4,9	+ 13,2	+ 9,0	+ 27,6	+ 10,0	+ 6,3	+ 12,7	+ 10,0	+ 7,3	+ 6,3	+ 7,8	+ 4,9
Offene Stellen	+ 5,5	- 14,3	+ 32,3	- 3,3	+ 37,7	+ 47,5	+ 47,2	+ 47,9	+ 47,8	+ 46,6	+ 47,5	+ 42,5	+ 51,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	7,4	9,9	8,0	10,4	7,8	6,7	7,2	6,8	6,9	6,5	6,5	7,0	8,1
Männer	7,6	10,1	8,1	11,0	7,6	6,5	7,5	6,6	6,5	6,3	6,4	6,9	9,1
Frauen	7,1	9,7	7,9	9,8	8,0	7,0	6,9	7,0	7,2	6,7	6,7	7,1	6,9
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	8,7	11,2	9,6	12,0	9,4	8,1	8,8	8,1	8,2	8,0	8,1	8,6	9,5
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,0	10,6	9,1	9,3	8,3	9,4	9,4	9,0	9,5	9,7	9,4	9,3	9,6
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	32,7	28,5	39,7	33,2	44,9	45,2	38,2	46,1	44,8	44,7	42,5	38,5	34,4
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	3,9	6,5	3,5	6,5	3,3	2,5	2,8	2,5	2,5	2,4	2,4	2,9	3,3

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,9	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,8
Verbraucherpreisindex	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,4	+ 2,6	+ 3,2	+ 4,1	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,3
Ohne Saisonwaren	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,3	+ 2,5	+ 3,1	+ 4,1	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,3
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,0	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,7
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 1,0	+ 1,2	+ 2,4	+ 1,4	+ 2,3	+ 3,5	+ 2,4	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,3	+ 1,7	+ 2,2	+ 3,3
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8	- 0,1	+ 0,7	- 0,8	+ 2,2	+ 1,7	- 0,4	+ 2,4	+ 2,9	+ 0,1	- 1,0	- 0,3	+ 0,2
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,6	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,6	+ 5,1	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,9	+ 4,8	+ 5,3	+ 5,4
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,0
Gesundheitspflege	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,4
Verkehr	+ 0,2	- 1,7	+ 6,6	+ 0,7	+ 5,1	+ 8,9	+ 11,9	+ 8,1	+ 9,3	+ 9,4	+ 11,5	+ 12,2	+ 12,0
Nachrichtenübermittlung	- 3,1	- 3,0	- 2,9	- 3,6	- 2,4	- 3,1	- 2,3	- 2,9	- 3,2	- 3,3	- 2,6	- 2,2	- 2,2
Freizeit und Kultur	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,0	+ 4,0	+ 4,0
Erziehung und Unterricht	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7
Restaurants und Hotels	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 2,4	+ 3,3	+ 3,4	+ 4,2	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,3	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,3
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3
Großhandelspreisindex	± 0,0	- 4,1	+ 10,4	+ 2,3	+ 10,8	+ 12,8	+ 16,0	+ 12,1	+ 12,0	+ 13,5	+ 15,8	+ 16,6	+ 15,0
Ohne Saisonprodukte	- 0,1	- 4,3	+ 10,5	+ 2,1	+ 10,9	+ 12,9	+ 16,2	+ 12,3	+ 12,1	+ 13,7	+ 16,0	+ 16,9	+ 14,9

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauningner@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8
Ohne öffentlichen Dienst	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,9
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0
Angestellte	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2018	2019	2020	2020 IV. Qu.	2021			2021					
					I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 5,0	+ 4,4	- 0,4	+ 0,7	- 1,0	+ 10,1	+ 6,2						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,5	+ 4,5	+ 0,4										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,9	+ 1,4	+ 4,7	+ 3,1						
Netto	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,8										
Netto, real ²⁾	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,3										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 6,3	+ 4,1	- 1,1	+ 0,6	- 0,3	+ 6,4	+ 6,1	+ 7,8	+ 6,7	+ 5,3	+ 4,8	+ 7,7	+ 6,0
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,2	+ 2,4	+ 0,8	+ 5,7	+ 5,2	+ 7,2	+ 5,9	+ 4,6	+ 4,1	+ 6,7	+ 4,9
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,9	+ 2,9	+ 1,2	+ 2,8	+ 1,7	+ 3,0	+ 3,8	+ 5,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 4,8	+ 3,1	+ 3,6
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 7,3	+ 8,4	+ 4,6	+ 6,0	+ 4,3	+ 11,8	+ 5,4	+ 18,1	+ 11,8	+ 7,6	+ 4,0	+ 8,3	+ 3,8
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,4	+ 3,3	- 0,5	+ 5,6	+ 2,7	+ 9,2	+ 5,9	+ 3,6	+ 1,5	+ 5,5	+ 1,1
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,6	- 0,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,2	+ 2,9	+ 0,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. -¹⁾ Laut ESVG 2010. -²⁾ Referenzjahr 2015. -³⁾ Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Primärerhebung). -⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.305	2.324	2.341	2.364	2.380	2.419	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.912	1.929	1.945	1.966	1.980	2.016	1.114	1.136	1.155	1.187	1.224	1.277
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.062	1.066	1.069	1.073	1.076	1.086	862	878	892	917	945	986
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	850	864	877	893	904	930	1.420	1.443	1.464	1.500	1.543	1.602
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	357	359	360	362	364	368	1.034	1.057	1.079	1.110	1.145	1.195
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	181	185	188	193	196	202	1.274	1.296	1.315	1.344	1.377	1.423
Landwirtschaft ²⁾	176	174	171	170	168	166	777	795	811	835	863	912
Neuzuerkennungen insgesamt	100	115	117	123	132	145	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	84	96	97	102	111	121	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	47	53	54	56	58	62	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	36	43	44	47	52	60	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	15	18	18	19	20	22	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	10	11	12	12	13	16	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Landwirtschaft ²⁾	5	6	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.305	2.324	2.341	2.364	2.396	2.436	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212	1.264
Direktpensionen	1.801	1.822	1.841	1.867	1.902	1.944	1.222	1.244	1.265	1.298	1.338	1.394
Invaliditätspensionen ¹⁾	170	165	159	153	147	142	1.133	1.150	1.158	1.179	1.197	1.230
Alle Alterspensionen ²⁾	1.631	1.656	1.682	1.714	1.755	1.803	1.231	1.254	1.275	1.309	1.349	1.407
Normale Alterspensionen	1.534	1.569	1.603	1.639	1.680	1.720	1.194	1.219	1.242	1.276	1.317	1.367
Vorzeitige Alterspensionen	97	88	79	74	75	83	1.820	1.871	1.933	2.026	2.080	2.250
Bei langer Versicherungsdauer	4	3	2	2	2	2	1.809	2.022	2.275	2.340	2.400	2.462
Korridorpensionen	16	17	18	20	21	23	1.596	1.717	1.869	1.890	1.924	1.995
Für Langzeitversicherte ³⁾	67	53	18	20	21	23	1.875	1.915	1.990	2.224	2.345	2.685
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	7	9	11	14	18	21	1.829	1.932	2.004	1.658	2.135	2.221
Witwen- bzw. Witwerpensionen	456	455	452	449	447	444	725	738	747	742	762	787
Waisenpensionen	47	48	47	47	47	47	361	368	373	382	393	407
Neuzuerkennungen insgesamt	100	115	117	123	132	145	1.032	1.124	1.154	1.213	1.275	1.422
Direktpensionen	70	84	86	91	101	113	1.201	1.300	1.329	1.194	1.453	1.620
Invaliditätspensionen ¹⁾	15	19	17	16	17	17	1.123	1.137	1.122	1.155	1.162	1.197
Alle Alterspensionen ²⁾	55	65	69	75	84	96	1.223	1.347	1.382	1.452	1.514	1.696
Normale Alterspensionen	32	37	42	46	56	62	933	984	1.035	1.098	1.232	1.327
Vorzeitige Alterspensionen	23	28	27	29	28	34	1.632	1.833	1.916	2.020	2.078	2.371
Bei langer Versicherungsdauer	3	3	1	0	0	0	1.421	1.491	1.694	2.376	2.432	2.463
Korridorpensionen	6	7	8	9	9	10	1.626	1.803	1.838	1.879	1.919	1.951
Für Langzeitversicherte ³⁾	9	12	11	11	9	15	1.612	1.900	2.001	2.197	2.300	2.801
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	2	3	4	5	6	6	1.942	2.032	2.061	1.645	2.181	2.270
Witwen- bzw. Witwerpensionen	25	26	26	26	26	27	710	725	732	745	769	801
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	294	297	300	286	305	320

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – 2) Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – 3) Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – 4) Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	61,3	60,9	61,1	61,5	61,3	61,6	59,2	59,1	59,2	59,4	59,5	59,5
Invaliditätspensionen	56,0	55,4	55,1	55,7	55,0	54,5	52,8	52,5	51,9	52,2	51,4	50,4
Alle Alterspensionen	63,6	63,3	63,3	63,2	63,3	62,2	60,2	60,3	60,4	60,4	60,5	60,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.752,6	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	5.136,8	15,9	15,3	11,3	12,5	11,8	14,4
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	1.272,2	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	1.755,0	40,2	37,6	37,0	36,1	36,1	44,2
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – Landwirtschaft ²⁾	1.464,1	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	1.613,7	86,3	87,0	86,2	84,1	83,9	84,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2018	2019	2020	2020 IV. Qu.	2021 I. Qu.	2021 II. Qu.	2021 III. Qu.	Juni	Juli	2021 August	2021 Septem- ber	2021 Oktober	2021 Novem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 3,7	+ 1,9	- 35,9	- 76,3	- 93,6	+ 81,7	+ 10,6	+ 41,8	+ 0,0	+ 15,4	+ 18,5	+ 84,5	+203,3
Wien	+ 6,3	+ 6,8	- 73,9	- 91,1	- 91,4	+130,2	+ 72,6	+ 91,3	+ 30,4	+ 71,5	+125,2	+285,9	+493,5
Niederösterreich	+ 3,3	+ 3,5	- 40,5	- 52,5	- 52,0	+ 80,6	+ 9,4	+ 27,6	+ 6,2	+ 8,2	+ 14,6	+ 35,0	+ 62,7
Burgenland	- 1,4	+ 3,1	- 27,3	- 51,3	- 69,6	+ 91,1	+ 1,7	+ 43,4	+ 5,3	+ 1,6	- 2,4	+ 26,6	+174,2
Steiermark	+ 1,9	+ 1,7	- 24,6	- 55,1	- 87,1	+ 71,0	+ 6,6	+ 30,1	+ 3,5	+ 8,1	+ 8,6	+ 25,2	+130,4
Kärnten	+ 2,3	+ 0,2	- 17,0	- 54,4	- 87,5	+ 48,2	+ 2,7	+ 18,9	- 4,8	+ 7,1	+ 8,0	+ 19,7	+ 78,6
Oberösterreich	+ 5,8	+ 4,6	- 36,4	- 58,3	- 69,3	+ 73,4	+ 9,6	+ 27,2	+ 6,1	+ 7,8	+ 17,4	+ 45,3	+111,7
Salzburg	+ 4,2	+ 1,6	- 32,3	- 78,2	- 97,0	+ 89,1	+ 11,9	+ 47,1	- 0,5	+ 19,0	+ 18,8	+ 61,2	+246,1
Tirol	+ 3,6	+ 0,5	- 33,5	- 86,4	- 98,2	+105,1	+ 10,9	+ 68,2	- 2,5	+ 18,5	+ 17,9	+189,8	+412,0
Vorarlberg	+ 2,8	+ 0,5	- 30,5	- 80,2	- 97,8	+ 86,8	+ 7,6	+ 43,4	- 6,3	+ 15,8	+ 13,7	+122,5	+333,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2018	2019	2020	2020 IV. Qu.	2021 I. Qu.	2021 II. Qu.	2021 III. Qu.	April	Mai	2021 Juni	2021 Juli	2021 August	2021 Septem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 6,7	+ 1,0	- 8,8	- 1,9	+ 4,2	+34,7	+16,8	+45,6	+33,5	+26,7	+13,5	+24,3	+14,1
Wien	+ 0,9	- 3,0	+ 8,4	+ 6,8	+ 4,3	+20,7	+12,4	+11,9	+27,2	+25,0	+13,3	+13,3	+10,8
Niederösterreich	+ 9,1	- 1,5	-13,8	- 9,6	- 1,4	+34,7	+23,3	+42,8	+30,5	+31,7	+21,4	+24,7	+23,9
Burgenland	+ 2,2	- 0,8	-11,7	- 2,9	- 0,6	+41,6	+ 0,8	+90,5	+38,5	+14,8	+ 6,9	+ 5,5	- 7,7
Steiermark	+11,5	+ 4,1	-12,9	- 2,0	+ 4,5	+35,6	+17,4	+50,3	+28,9	+29,5	+ 7,1	+39,1	+11,8
Kärnten	+ 9,5	- 1,7	- 4,8	+ 5,2	+11,9	+29,8	+24,8	+43,1	+28,3	+20,8	+21,4	+29,9	+23,8
Oberösterreich	+ 4,9	+ 1,1	- 9,2	- 0,5	+ 5,6	+41,3	+13,9	+65,6	+40,5	+24,2	+10,4	+22,5	+10,9
Salzburg	+ 5,3	+ 3,7	- 5,8	+ 1,1	+ 1,0	+34,0	+17,8	+35,6	+35,2	+31,4	+17,3	+19,1	+17,1
Tirol	+ 5,5	+ 1,9	- 6,7	- 0,5	+ 8,3	+28,0	+15,7	+35,5	+28,4	+21,5	+15,6	+16,4	+15,3
Vorarlberg	+ 4,8	+ 4,4	- 7,9	- 5,9	+ 7,4	+35,3	+13,0	+33,4	+42,4	+31,1	+11,3	+24,7	+ 6,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2021: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2018	2019	2020	2020 IV. Qu.	2021 I. Qu.	2021 II. Qu.	2021 III. Qu.	April	Mai	2021 Juni	2021 Juli	2021 August	2021 Septem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 6,3	+ 7,3	- 1,7	+ 0,3	+ 8,2	+26,2	+ 8,3	+43,7	+21,8	+17,5	+ 7,1	+10,5	+ 7,7
Wien	+ 6,2	+ 8,4	- 6,2	- 8,3	+ 4,4	+24,7	+ 3,8	+46,8	+15,3	+16,7	+ 2,1	+ 8,5	+ 1,5
Niederösterreich	+ 6,6	+ 8,2	+ 0,1	+ 3,0	+ 5,7	+28,9	+10,3	+45,6	+28,3	+17,9	+ 7,9	+16,4	+ 7,5
Burgenland	- 2,4	+16,3	- 0,7	-14,3	-11,1	+22,5	+15,0	+38,9	+23,7	+ 9,7	+10,9	+13,1	+20,4
Steiermark	+ 5,4	+ 7,3	- 0,4	+ 3,0	+ 6,9	+26,4	+12,1	+46,5	+20,2	+16,9	+11,4	+13,6	+11,4
Kärnten	+ 3,9	+ 6,0	- 4,5	+ 2,1	+11,6	+25,5	+ 0,8	+45,3	+22,4	+14,3	- 3,9	+ 8,0	- 0,5
Oberösterreich	+ 9,1	+ 4,8	- 2,9	+ 0,4	+18,1	+29,6	+10,2	+45,8	+24,4	+22,7	+10,3	+11,2	+ 9,3
Salzburg	+ 8,3	+ 5,8	+ 3,7	+14,6	+16,6	+29,0	+ 8,0	+51,3	+26,4	+16,7	+ 4,7	+11,0	+ 8,7
Tirol	+ 2,7	+12,3	- 0,8	+ 0,7	+ 1,1	+18,0	+ 6,1	+25,1	+15,2	+15,2	+ 4,8	+ 1,4	+11,8
Vorarlberg	+ 8,7	+ 0,1	+ 5,6	+ 5,5	+ 9,8	+25,4	+10,5	+41,4	+25,7	+13,3	+15,5	+ 7,9	+ 7,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2021: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2019	2020	2021	2021 I. Qu.	2021 II. Qu.	2021 III. Qu.	2021 IV. Qu.	Juli	August	2021 Septem- ber	2021 Oktober	2021 Novem- ber	2021 Dezem- ber
	In 1.000												
Österreich	3.720	3.644	3.734	3.603	3.734	3.824	3.776	3.826	3.822	3.823	3.802	3.784	3.743
Wien	852	831	858	836	857	869	871	866	867	873	877	877	860
Niederösterreich	615	611	625	606	627	638	629	637	637	639	637	634	616
Burgenland	104	103	107	102	107	110	107	110	110	110	109	108	104
Steiermark	520	510	523	506	524	535	527	534	534	538	533	531	517
Kärnten	211	206	212	200	214	223	212	225	224	219	216	213	207
Oberösterreich	660	651	666	648	667	678	672	678	678	679	679	677	661
Salzburg	256	248	252	240	251	261	257	263	262	259	255	253	262
Tirol	336	322	327	307	324	343	335	344	344	339	331	327	347
Vorarlberg	165	161	164	159	163	167	166	168	167	167	165	165	169
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	- 30,6	+162,6	+ 99,0	+130,7	+100,9	+100,7	+ 95,3	+106,5	+117,5	+168,2
Wien	+ 15,9	- 20,5	+ 26,9	+ 3,4	+ 41,4	+ 29,5	+ 33,2	+ 30,2	+ 29,6	+ 28,6	+ 31,3	+ 35,0	+ 33,2
Niederösterreich	+ 10,1	- 3,9	+ 14,2	+ 4,4	+ 24,1	+ 14,1	+ 14,2	+ 13,8	+ 15,2	+ 13,2	+ 13,6	+ 14,7	+ 14,3
Burgenland	+ 1,5	- 0,9	+ 3,5	+ 2,3	+ 5,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,4
Steiermark	+ 8,0	- 10,0	+ 12,8	+ 1,9	+ 22,1	+ 12,7	+ 14,7	+ 13,6	+ 12,6	+ 11,8	+ 12,4	+ 14,7	+ 16,9
Kärnten	+ 2,2	- 5,9	+ 6,5	+ 0,1	+ 12,1	+ 6,5	+ 7,1	+ 6,7	+ 6,7	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,3	+ 9,0
Oberösterreich	+ 10,4	- 8,9	+ 15,0	+ 3,7	+ 23,6	+ 15,8	+ 17,0	+ 14,5	+ 16,7	+ 16,3	+ 16,5	+ 17,8	+ 16,7
Salzburg	+ 3,1	- 8,4	+ 4,1	- 13,9	+ 11,3	+ 6,0	+ 12,9	+ 6,6	+ 5,8	+ 5,5	+ 7,0	+ 8,0	+ 23,6
Tirol	+ 5,4	- 14,4	+ 5,1	- 26,9	+ 17,0	+ 8,0	+ 22,3	+ 8,5	+ 7,4	+ 7,9	+ 13,0	+ 13,4	+ 40,6
Vorarlberg	+ 2,2	- 3,2	+ 2,4	- 5,6	+ 5,4	+ 3,4	+ 6,2	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,9	+ 4,4	+ 10,4

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In 1.000												
Österreich	301	410	332	429	320	279	298	283	286	269	270	289	336
Wien	115	150	127	147	128	116	115	117	119	113	109	110	127
Niederösterreich	51	65	52	67	50	45	47	46	46	42	42	44	55
Burgenland	8	11	9	12	8	8	8	8	8	7	7	8	10
Steiermark	34	48	37	49	34	31	34	32	32	30	29	31	41
Kärnten	21	27	21	30	19	15	20	16	16	15	16	20	24
Oberösterreich	34	47	36	47	33	31	32	32	32	29	28	30	39
Salzburg	13	20	15	24	15	10	12	10	10	10	11	14	12
Tirol	16	29	23	37	23	13	19	13	13	14	18	22	17
Vorarlberg	9	14	12	15	12	10	10	10	10	10	10	10	10
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	- 10,8	+108,3	- 77,9	+ 30,9	- 149,7	- 88,2	- 104,6	- 101,3	- 85,6	- 77,7	- 88,9	- 101,5	- 123,4
Wien	- 3,6	+ 34,8	- 23,0	+ 11,7	- 43,5	- 30,4	- 29,9	- 36,1	- 29,6	- 25,4	- 27,6	- 32,5	- 29,7
Niederösterreich	- 1,7	+ 14,2	- 13,0	- 0,0	- 22,5	- 14,2	- 15,1	- 15,9	- 13,8	- 12,8	- 13,4	- 15,7	- 16,3
Burgenland	- 0,3	+ 2,5	- 1,9	+ 0,1	- 3,4	- 2,0	- 2,2	- 2,2	- 2,0	- 1,7	- 1,8	- 2,1	- 2,6
Steiermark	- 1,0	+ 13,9	- 10,7	- 0,5	- 20,5	- 10,3	- 11,6	- 12,2	- 10,0	- 8,6	- 9,7	- 11,8	- 13,3
Kärnten	- 0,9	+ 6,0	- 5,8	+ 0,1	- 11,3	- 5,3	- 6,7	- 5,7	- 5,1	- 5,0	- 5,5	- 5,9	- 8,6
Oberösterreich	- 1,1	+ 12,5	- 10,6	- 0,1	- 18,4	- 11,7	- 12,1	- 12,6	- 11,9	- 10,6	- 10,9	- 12,5	- 13,0
Salzburg	- 0,8	+ 7,4	- 5,0	+ 4,6	- 10,6	- 5,3	- 8,5	- 6,0	- 4,9	- 4,9	- 6,0	- 7,1	- 12,5
Tirol	- 1,2	+ 12,6	- 5,8	+ 12,1	- 14,7	- 6,4	- 14,2	- 7,4	- 5,6	- 6,1	- 10,6	- 10,2	- 21,8
Vorarlberg	- 0,0	+ 4,4	- 2,2	+ 3,0	- 4,7	- 2,8	- 4,3	- 3,3	- 2,6	- 2,5	- 3,5	- 3,8	- 5,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Österreich	7,4	9,9	8,0	10,5	7,8	6,7	7,2	6,8	6,9	6,5	6,5	7,0	8,1
Wien	11,7	15,1	12,7	14,8	12,8	11,7	11,6	11,8	11,9	11,4	10,9	11,0	12,7
Niederösterreich	7,5	9,4	7,5	9,7	7,2	6,4	6,8	6,6	6,6	6,1	6,0	6,3	8,0
Burgenland	7,3	9,4	7,7	10,4	7,1	6,3	7,2	6,5	6,4	6,0	6,0	6,7	8,8
Steiermark	6,0	8,4	6,5	8,7	6,0	5,4	5,9	5,5	5,6	5,2	5,1	5,5	7,3
Kärnten	8,8	11,3	8,8	12,8	7,9	6,3	8,5	6,4	6,4	6,2	6,9	8,3	10,3
Oberösterreich	4,8	6,5	5,0	6,7	4,7	4,3	4,5	4,4	4,5	4,0	3,9	4,1	5,5
Salzburg	4,6	7,3	5,6	8,8	5,4	3,6	4,5	3,7	3,7	3,5	4,1	5,1	4,5
Tirol	4,5	8,1	6,5	10,7	6,4	3,7	5,3	3,6	3,6	3,8	5,0	6,3	4,6
Vorarlberg	5,3	7,7	6,5	8,4	6,5	5,5	5,6	5,4	5,7	5,3	5,5	5,9	5,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	49,9	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,7	48,6	57,1
Staatseinnahmenquote	48,4	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,2	48,7
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	42,4	42,0	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,8	43,1	42,6
Indikator 2	41,5	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,6	42,1
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	- 1,5	- 5,3	- 4,4	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 1,0	- 1,5	- 0,8	0,2	0,6	- 8,3
Bund	- 1,3	- 4,3	- 3,3	- 2,3	- 2,1	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,1	0,4	- 7,5
Länder	0,1	0,1	0,2	- 0,5
Gemeinden	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1
Wien	- 0,0	0,0	0,0	- 0,2
Sozialversicherungsträger	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	- 0,0
Struktureller Budgetsaldo laut													
Europäischer Kommission ¹⁾	- 2,7	- 3,8	- 3,2	- 2,5	- 1,8	- 1,0	- 0,6	- 0,0	- 1,1	- 1,1	- 0,8	- 0,6	- 5,1
Primärsaldo	1,5	- 2,2	- 1,5	0,2	0,5	0,7	- 0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,0	- 7,0
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	68,7	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,0	70,6	83,2
Bund	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,9	72,0
Länder	6,0	5,6	5,3	5,9
Gemeinden	2,3	2,2	2,3	2,6
Wien	2,0	1,9	1,9	2,2
Sozialversicherungsträger	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – !) WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

3/2021 Wirtschaftsaktivität in Österreich bleibt stark beeinträchtigt • Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise. Zwischen Rettungspaketen und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung • Selbständig Erwerbstätige in Österreich. Struktur, Einkommen und Betroffenheit von der COVID-19-Krise • Importwettbewerb mit China. Auswirkungen auf das Wachstum der Unternehmensproduktivität in der EU • Die Breitbandförderung des Bundes 2015/2018. Ergebnisse der zweiten Zwischenevaluierung des Programmes Breitband Austria 2020

4/2021 Editorial • Verzögerte Erholung bei erneutem Lockdown. Prognose für 2021 und 2022 • Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025 • Stärkster BIP-Einbruch seit 1945. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020 • Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise • Der europäische COVID-19-Aufbauplan

5/2021 Konjunkturaussichten verbessern sich • Konjunktüreinschätzungen verbessern sich, Lieferengpässe hemmen die Produktion. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2021 • Der österreichische Arbeitsmarkt im Zeichen der COVID-19-Pandemie • COVID-19-Krise – Aufholprozess nach tiefem Einbruch im Frühjahr 2020. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2020

6/2021 Zügige Konjunkturerholung zeichnet sich ab • Regionale Konjunkturentwicklung im Zeichen der COVID 19-Krise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2020 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, digitale Skills und Infrastrukturausstattung in Zeiten von COVID-19 • Unternehmerische Unsicherheit und wirtschaftspolitische Risikofaktoren in der COVID-19-Krise. Ergebnisse des Updates der WIFO-Industriebefragung vom Sommer 2020

7/2021 Kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich. Prognose für 2021 und 2022 • Deutliche Erholung der Investitionen der Sachgütererzeugung von der COVID-19-Krise. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2021 • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2021. Sonderthema: Umwelt- und Klimamaßnahmen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan • BERIO – Ein kleinräumiges Input-Output- und Emissionsmodell der österreichischen Wirtschaft

8/2021 Aufschwung der heimischen Wirtschaft hält an, Dynamik erreicht jedoch bald Plafond • Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf dem Weg der Erholung von der COVID-19-Krise • Konjunktüreinschätzungen verbessern sich weiter, Lieferengpässe und Arbeitskräftemangel hemmen die Produktion. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2021 • COVID-19-Krise ließ Cash-Flow-Marge in der heimischen Sachgütererzeugung 2020 erneut sinken

9/2021 Kräftiger Aufschwung verschärft Preisdruck und Lieferprobleme • Privatversicherungswirtschaft bewies in der COVID-19-Krise Leistungsfähigkeit • Die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Kontext der Bioökonomie • Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU

10/2021 Vierte COVID-19-Welle bremst kräftigen Aufschwung. Prognose für 2021 • Starker privater Konsum treibt das Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2022 bis 2026 unter Berücksichtigung der Steuerreform 2022/2024 • 2020 Verschlechterung der Lohnstückkostenposition, Daten jedoch durch COVID-19-Maßnahmen verzerrt • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich

11/2021 Aufschwung der Industriekonjunktur verlangsamt sich • Geschäftstätigkeit durch Arbeitskräftemangel und Lieferengpässe beeinträchtigt. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2021 • COVID-19-Krise beschert heimischem Tourismus herbe Verluste • Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung • Dekarbonisierung als ein Treiber des Wandels der österreichischen Kfz-Zulieferindustrie

12/2021 Konjunkturerholung in Österreich verzögert sich • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2021 • Steuerreform 2022/2024 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen • Recycling von Lithium-Ionen-Batterien. Ökonomieeffekte im Kontext von Klimaschutz und Ressourcenschonung

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand**Dr. Hannes Androsch**

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Bandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Markus Gratzer, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Rainer Seele, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walser, Kurt Weinberger, Thomas Weningner, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktorin und Direktoren:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Johannes Amann, Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Gerald Feichtinger, Marian Fink, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Mag.^a Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Österreichische Hagelversicherung VVaG, Österreichische Hotellervereinigung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauningner, Andrea Grabmayer, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Eva Wretschitsch

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Lucia Glinsner, Claudia Hirsenschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klozar, Gwendolyn Kremser, Bernhard Lang, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Eva Soköll, Klara Stan, Karin Syböck, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

